

# FUI

## Frisches Umwelt Info

Infodienst der Bundeskoordination Studentischer Ökologiearbeit e.V.

**Schwerpunkt: Energie**

**33. BÖT in Lüneburg**

**BSÖ in der Ukraine**



Liebe LeserInnen	3
Was läuft wo?	4

## Anti-Atom

Gorleben Castor ab 11.11.	5
Verschleierungsmethoden in Sachen Atom Müll	6
Atomnonsens	7
Atomkraftgegner doch keine Verbrecher	8
AKW Rainaissance im Osten	8

## Verkehr

Der Metrorapid - Die Zukunft des Bahnverkehrs?	9
Nationaler Radverkehrsplan verabschiedet	10
Investieren in die Zukunft ...nicht in den Metrorapid	11
Was uns entgegenschwebt	12
Internet-Angebote rund um die aktuelle Bahnbeförderung	13
Mobil ohne Auto 2002	14
Die BahnCard 50 muss bleiben	15
GATS - Was ist das?	16

## Schwerpunkt: Energie 17

Terminkalender	27
BÖT-Plakat	28

## Ukraine

Die Ukraine-Connection	38
Ökologische Probleme in der Ostukraine	39
Überflutungen in den Ostkarpaten	40
Bakhamat	41
1. September - Babi Jar	42
Am laufenden Band	43
Große Koalition auf Kiews Straßen	44

## Tierrechte

Deutsche Waffenfirma testet(e) neue Munition an Hunden in der Ukraine	45
--	----

## BSÖ-News

Protokoll des Aktiventreffens vom 21.7.	47
33. BÖT in Lüneburg ...wie Schaf!	48
Einladung zur Mitgliederversammlung	49
Ratat-HUI	50
Literatur	52
Impressum, Abocoupon	54
Adressen	55

# FUI -ABO jetzt siehe letzte Seite

Liebe Leserinnen und Leser,

nun ist es wieder soweit, nach der Sommerpause gibt es ein neues FUI. Im August waren wir, d. h. die komplette FUI-Redaktion, in der Ukraine, und haben jede Menge neue Eindrücke gesammelt. So haben wir nun versucht, ein paar Umweltproblematiken der Ukraine in diesem FUI aufzugreifen.

Nachdem wir allen Klimaerwärmungen zum Trotz im September schon Schnee in Süddeutschland hatten, freuen wir uns auf ein hoffentlich nicht ganz so kaltes 33. BÖT im norddeutschen Lüneburg. Dort werden diesmal auch echte Altgurus der BSÖ auftauchen, falls sie sich dorthin trauen. Der Anlaß

ist das 10 jährige Bestehen der BSÖ und einige von uns können nicht glauben, dass es die BSÖ schon solange gibt. Wir erhoffen uns in Lüneburg viele begeisterte aktive TeilnehmerInnen wie beim letzten BÖT in Konstanz!

Der Schwerpunkt dieses FUIs ist das Thema Energie und gerade in Anbetracht des herannahenden Winters gibt es wieder viele Möglichkeiten, auch ganz privat Energie einzusparen. Die eingesparte Energie könnt Ihr Euch dann für den November aufheben, und diese dann im Wendland freisetzen. Wieso? Es rollt auch dieses Jahr im Spätherbst wieder strahlende Fracht

nach Gorleben. Es stehen uns also wieder aufregende Tage bevor.

Bis zum BÖT

Oliwet  
Peer  
Sig  
Florian  
Oliver

## 33. BÖT in Lüneburg ...wie Schaf!

**27.11.-01.12.**

Workshops, Vorträge, Exkursionen, BSÖ-MV,  
Kultur, Musik, etc.

# Was läuft wo?

## Clausthal

### Verhandlungen über Semesterticket in Clausthal

Die Bergstadt Clausthal-Zellerfeld liegt im Oberharz und hat keinen Bahnanschluss. Da Clausthal-Zellerfeld eine relativ kleine Stadt ist und die Uni einen zentral gelegenen Campus hat, sind die meisten Studenten entweder zu Fuß, mit dem Fahrrad oder dem Auto unterwegs. Das Buslinienangebot beschränkt sich im Großen und Gan-

zen auf den Überlandverkehr und ist damit für den Stadtverkehr unerheblich. Deshalb fürchtete der AStA, dass die meisten Studierenden kein Interesse an dem vom Verkehrsverbund Region Braunschweig (VRB) angebotenen Semesterticket haben würden. Dieses Ticket gilt für den gesamten Tarifbereich des VRB und kostet derzeit 33 Euro pro Semester. Der AStA möchte stattdessen ein Semesterticket bis zu den nächsten Bahnhöfen Goslar und Northeim für ca. 10 Euro. Nach dem die Verhandlungen mit dem VRB gescheitert waren, gibt es

in Clausthal nun doch wieder die Chance auf ein Semesterticket: Der AStA wird nun direkt mit einem Busunternehmen verhandeln.

Im Rahmen der Rückmeldung für das Wintersemester wurde deshalb eine Umfrage durchgeführt. So wollte der AStA herausfinden, ob die Studierenden überhaupt ein Semesterticket wollen. Für das kleine Ticket zu den nächsten Bahnhöfen stimmten 58 % der Studierenden, während das Ticket für den ganzen VRB abgelehnt wurde.

## Bochum

### Hochschulumweltag am 12.06.02 an der Ruhr-Uni

Am 12.06.02 fand der jährliche Hochschulumweltag an der Ruhr-Uni Bochum statt.

Stand in den letzten Jahren die plakativ-aktionistische Darstellung eines Umweltinteresses der Hochschulverwaltung im Mittelpunkt, so durfte dieses Jahr der Aktionstag von den Mitgliedern des 'Initiativkreises Nachhaltige Ruhr-Uni Bochum' (INRUB) genutzt werden, um Werbung für einen AG-21-Prozess an der Uni zu machen. Es gab wie vermutet die üblichen Werbetafeln der Fakultäten und von Privatfirmen im Uni-Umfeld. Von illustrem Interesse war am Rande vielleicht die Idee, vermittelt Anzapfen von Erdwärme mit einer Fünfkilometertiefenbohrung die Wärme- und Energieversorgung der Ruhr-Uni auf neue Art und Weise ansatzweise ökologischer zu gestalten.

Ganz nett war die offene Diskussion am Pultisch im Mensafoyer, da naturgemäß das Wetter sich an Hochschulumwelttagen von seiner intensivsten Seite zeigt. Die INRUB-Aktiven (inkl. AStA-Ökoreferent) konnten zusammen mit dem Rektor Prof. Dr. Petzina und Dr. Birkmann von der Uni Dortmund als Experte betreffs Initiierung und Begleitung eines Agendaprozesses darüber diskutieren, wie man am besten einen Agenda-Prozess startet und welche Hemmschwellen generell an der Uni für Nachhaltigkeit und Ökologie bestehen würden.



# Gorleben-Castor ab 11.11.

Die Informationen verdichten sich immer mehr: Höchstwahrscheinlich in der Woche ab dem 11. November soll der nächste Castor-Transport aus der französischen Plutoniumfabrik La Hague nach Gorleben rollen. Diesmal die gigantische Zahl von zwölf (!) Behältern, also mehr als doppelt so viel radioaktives Inventar, wie in Tschernobyl freigesetzt wurde.

## Atomausstieg kommt nicht voran

Trotz weiterer vier Jahre rot-grün: Der Atomausstieg kommt nicht voran. Wenn es stimmt, dass die Betreiber des AKW Obrigheim die Zusage von Kanzler Schröder haben, ihr AKW noch bis 2007 weiterbetreiben zu dürfen, dann wird innerhalb von acht Jahren rot-grüner Atomausstiegspolitik nur ein einziger Reaktor abgeschaltet, nämlich Stade im Jahr 2003. Und der auch nur deshalb, weil er sich im liberalisierten Strommarkt nicht mehr rechnet.

Der Atommüllberg wächst also weiter ins Unermessliche. Und nach den schweren Störfällen in Philippsburg und Brunsbüttel wissen wir: Der GAU kann jeden Tag passieren. Weiterhin werden hochradioaktive Abfälle quer durch die Ballungsräume Mitteleuropas gekarrt. Nicht erst das Zugunglück von Bad Mündel hat uns gezeigt, wie unvorbereitet und hilflos Bahn und Feuerwehren bei Unfällen mit Gefahrgut sind. Dabei wird immer deutlicher, dass die Castoren nicht so unfallsicher sind, wie behauptet wird. Falsche Berechnungen, ausbleibende Falltests und fehlende Stoßdämpfer lassen das Vertrauen in diese Technologie nicht wachsen.

Es gäbe also genug Gründe, auf den Castor-Zwölferpack im November zu verzichten. Doch die Bundesregierung will das durchziehen, vor allem weil der Weiterbetrieb einer ganzen Reihe von AKWs immer noch davon abhängt, große Mengen Atommülls nach Frankreich zu schaffen. Alleine in diesem Jahr sind 150 Transporte nach La Hague geplant. Ohne diesen Müllexport wären die Lagerkapazitäten an den Reaktoren schnell erschöpft. Der eine Transport nach Gorleben ist der Preis, den die Bundesregierung für dieses verantwortungslose Atommüllgeschäft zahlt.

## Zerfall der Grundrechte

Doch der Preis eines Castor-Transports ist

höher. Denn er rollt auf Kosten der Bevölkerung an den Transportstrecken und im Wendland, auf Kosten der eingesetzten PolizeibeamtInnen und auf Kosten der demokratischen Kultur in diesem Land. Von Transport zu Transport wird ein immer breiterer Korridor längs der Castor-Strecke zum Ausnahmezustands-Gebiet. Demokratische Grundrechte gelten nicht mehr. Auch dies ist ein wichtiger Grund, warum wieder viele Menschen gegen den Transport demonstrieren werden: Der radioaktive Zerfall der Grundrechte muss gestoppt werden. Viele, die schon einmal im Wendland waren, wissen, dass es durch die rigiden Polizei-



maßnahmen nicht einfacher geworden ist, überhaupt noch Protest öffentlich äußern zu können. Für manche war die Erfahrung frustrierend. Andere haben es mit pfiffigen Aktionen immer wieder geschafft, Sand im Getriebe zu sein und unser Anliegen deutlich zu machen.

Letztendlich ist unsere Hauptmotivation zum Widerstand nicht, wie lange beispielsweise der Castor-Transport aufgehalten wird, auch wenn wir uns natürlich über jeden gelungenen Protest freuen. Wichtiger ist: Wir demonstrieren und blockieren immer aufs Neue, weil sich an der verantwortungslosen Atompolitik nichts geändert hat. Noch immer gibt es kein Endlager für den Atommüll, noch immer sind weder das Zwischenlager in Gorleben noch die CastorBehälter sicher. Noch immer dient das Hin- und Herkutschieren von Atommüll als

Blankoscheck zum Weiterbetrieb gemeingefährlicher Reaktoren.

## Wir sind noch da!

Ein gekürztes Zitat aus dem Mitglieder-rundbrief der BI Lüchow-Dannenberg: Schon öfter in den letzten 25 Jahren - so auch im letzten November - wurde von den Medien eine „bröckelnde Bewegung“ beschrieben. Umso größer ist dann bei den gleichen JournalistInnen die Überraschung, wenn sie einige Zeit später feststellen:

„Die sind ja immer noch da.“

Vielleicht ist das die wichtigste Botschaft für den Herbst: Wir sind noch immer da, wir geben nicht klein bei. Dass die Mächtigen versuchen, auf unserem Rücken ihre Pläne durchzusetzen, ist nichts, was uns wundert oder zur Resignation treibt. Wir haben es leider schon lange zur Kenntnis nehmen müssen. Aber es geht in Gorleben um mehr: Wir können die Gefahren nicht verdrängen. Dazu leben wir einfach zu dicht dran. Deshalb haben wir unseren eigenen Maßstab für Erfolg und Misserfolg: Jeden

Tag, an dem die unbeschreibbare Katastrophe nicht geschehen ist, haben wir noch die Möglichkeit, sie abzuwenden. So lange wir noch Kraft zum Kämpfen haben und so lange junge Leute nachwachsen, die mit ihrer großer Lebenslust den Widerstand bereichern, gibt es keinen einzigen Grund, sich zur Ruhe zu setzen. Laut und deutlich immer wieder NEIN zu sagen, in Worten und Taten, das ist das Mindeste, was wir für die kommenden Generationen tun können.“ Zitat Ende.

## Aktiv werden

Was wir dafür brauchen, ist **Deine** Unterstützung im November. Es gibt viele Möglichkeiten, aktiv zu werden:

- Schon in den Wochen vor dem Transport

## Verschleierungsmethoden in Sachen Atommüll

gibt es viele Aktionen, beispielsweise eine große internationale Anti-Atom-Manifestation in Straßburg am 20. Oktober.

- Am Samstag, den 9. November, um 13 Uhr findet in GORLEBEN die große bundesweite Auftaktdemonstration zu den Castor-Protesten statt. Eine gute Gelegenheit auch für diejenigen, die nur einen Tag Zeit haben, um ins Wendland zu kommen.

- Ab diesem Zeitpunkt gibt es viele Übernachtungsmöglichkeiten in der Region, in Gästebetten, Scheunen und Camps. Es wird eine große Zahl ganz unterschiedlicher Aktionen geben, von der Mahnwache bis zur Blockade, von der angemeldeten Kundgebung bis zur Sabotage. BI Lüchow-Dannenberg, Bäuerliche Notgemeinschaft, X-tausendmal quer, WiderSetzen, Castor-Gruppen aus dem Wendland und Aktionsgruppen aus der ganzen Republik bereiten Protest und Widerstand vor. Jede und jeder kann selbst entscheiden, welche Aktion für sie/ihn passend erscheint.

Unter dem Motto X-tausendmal quer werden wieder viele Menschen Zivilen Ungehorsam gegen den Castor-Transport leisten. Näheres dazu steht im jetzt erschienenen neuen Flugblatt der Kampagne. Neu ist, dass es diesmal nicht nur um eine große Sitzblockade geht, sondern acht verschiedene Möglichkeiten des Handelns beschrieben werden, damit für alle was dabei ist.

- Auch wer nicht ins Wendland fahren kann, hat die Möglichkeit, sich von zu Hause aus an verschiedenen Aktivitäten zu beteiligen, z.B. am Alarmnetz Grund- und Menschenrechte, mit dem wir den Protest gegen schwerwiegende Grundrechtsverletzungen im Wendland organisieren wollen. Konkrete und weitere Infos dazu demnächst auf <http://x1000malquer.de>

- Weitere Infos gibt es unter

<http://www.castor.de>

<http://www.bi-luechow-dannenberg.de>

oder auch bei der Infoline der BI unter 0511-900 12 50 666

- Aktuelles gedrucktes Infomaterial gibt es bei der BI Lüchow-Dannenberg unter [bi-luechow@t-online.de](mailto:bi-luechow@t-online.de). Das druckfrische Flugblatt von X-tausendmal quer könnt Ihr bei [info@x1000malquer.de](mailto:info@x1000malquer.de) in großer Zahl bestellen.

- Ganz wichtig: Tragt Euch auf der Internetseite von X-tausendmal quer in den SMS-Verteiler ein, wenn Ihr immer aktuell informiert werden wollt.

- Braucht Ihr ReferentInnen für Infoveranstaltungen könnt Ihr Euch auch an [info@x1000malquer.de](mailto:info@x1000malquer.de) oder [bi-luechow@t-online.de](mailto:bi-luechow@t-online.de) wenden.

**“Deutscher Atommüll rollt nicht direkt nach Gorleben”.** Zitat Trittin in einer ARD-Talkshow. Diese Aussage ist doch leicht irreführend. Der Bundesumweltminister Trittin trat gleich in der Woche nach der Bundestagswahl in einer Talkshow auf, um über sich und seine Umweltpolitik zu sprechen. Darin erwähnte er auch seine vermeintlich erfolgreiche Atompolitik. Sinngemäß nannte er zwei Punkte: Erstens rollen seit März 1998 keine neuen Atommülltransporte in das Zwischenlager Ahaus mehr. Zweitens würde kein deutscher Atommüll direkt aus deutschen AKWs in das Zwischen(d)lager Gorleben transportiert. Zum ersten Punkt, Trittin läßt die Tatsache weg, daß die rot-grüne Bundesregierung an fast allen AKW-Standorten die Errichtung von Zwischenlagern durch die AKW-Betreiber planen läßt, damit die Betriebsgenehmigung der AKWs nicht erlischt, denn ein formaler Entsorgungsnachweis ist rechtlich für den Betrieb der AKWs notwendig. Der Witz ist, daß Trittin für den Betrieb der AKWs die Zwischenlagerung in Ahaus gar nicht benötigt, solange er die Wiederaufarbeitung zuläßt. Somit läßt sich mit diesem Punkt prima werben. Denn zur Zeit wird der Atommüllberg aus den deutschen AKWs in die Wiederaufarbeitungsanlagen (WAA) transportiert - noch bis 2005 und nur auf Veranlassung der rot-grünen Bundesregierung. Danach sollen die abgebrannten Brennelemente in die fertiggestellten Zwischenlager eingelagert werden, falls die Klagen der Atomkraftgegner keinen Erfolg haben sollten. Schade nur, daß jeder weitere Brennelementetransport nicht nur sehr ri-

sikoreich ist, sondern auch die WAAs über Jahrzehnte ihre Umwelt verseuchen. Die freigesetzte Radioaktivitätsmenge summiert sich im Laufe der Jahrzehnte der WAA La Hague auf Tschernobyl-Größen.

Der zweite Punkt, es würde kein deutscher Atommüll in Gorleben *direkt* eingelagert, ist nun wirklich kein Pluspunkt für die Atompolitik Trittins. Denn tatsächlich wird deutscher Atommüll in Gorleben im Zwischenlager eingelagert, zwar nicht direkt, sondern noch schlimmer, mit dem Umweg über die WAA in Frankreich. Nebenbei wird durch die Abtrennung des Plutoniums und die Umformung der abgebrannten Brennelemente in Glaskokillien die strahlende Atommüllmenge in den WAAs versiebenfacht. Zudem werden die Brennelemente quer durch halb Europa transportiert, was hochriskant ist, da Castoren bei einem Unfall eine tödliche Strahlendosis freisetzen können. Auch ein normaler Castortransport ist für das Begleitpersonal und die an der Transportstrecke wohnende Bevölkerung gesundheitsschädigend, wenn sie den Castoren zu nahe kommen. Schon kleinste Strahlungsdosen, die also noch innerhalb der gesetzlich festgesetzten Grenzwerte liegen, können für den Menschen sehr gefährlich sein. So wird heute die Gefährlichkeit der Neutronenstrahlung viel höher eingestuft als früher. Trotz der Kritik vieler Wissenschaftler sind weiterhin die alten Grenzwerte durch den Castor Neutronenstrahlung gültig.

Ein Transportestopp in die beiden WAAs nach Frankreich und England sowie in die Zwischenlager ist notwendig, wenn man nicht fahrlässig die Gesundheitsgefährdung vieler Menschen riskieren will. Die Abschaltung aller AKWs mangels Entsorgungsnachweis wäre die Folge und ist ein Schritt in eine erfolgversprechende Umweltpolitik als Trittin sie derzeit bei der Atompolitik mit dem zwischen Bundesregierung und den Energiekonzernen beim Atomkonsens durchführt.



Das Wendland wird ver-rückt

# Atomkonsens

## Obrigheim bis 2007 am Netz?

Das von Trittin geführte Bundesumweltministerium steht im Frühling 2003 vor einer schwierigen Entscheidung. Der Energiekonzern Energie-Baden-Württemberg (EnBW) hat beantragt, das mit 34 Jahren dienstälteste AKW Obrigheim, welches laut Atomkonsensvertrag im Jahr 2003 abgeschaltet werden soll, weiter zu betreiben. Das AKW Obrigheim gehört aufgrund seiner Bauweise und seines Alters zu den noch gefährlicheren AKWs in Deutschland. Zugleich besitzt es laut einem Gerichtsurteil keine gültige und vollständige Betriebsgenehmigung. Das Gerichtsverfahren gegen das AKW begann im Jahre 1994.

Die ursprünglich dem AKW Obrigheim noch zugeordnete Strommenge, welches es bis zur Abschaltung noch produzieren darf, hätte normalerweise nur bis 2003 gereicht. Nun soll vom AKW Neckarwestheim ein Kontingent für das AKW Obrigheim überschrieben werden. Neckarwestheim hatte die größte Strommenge zugeteilt bekommen und soll bis zum Jahr 2021 laufen. Da das AKW Obrigheim nur eine geringe Leistung hat, würde der Weiterbetrieb bis zum Jahre 2007 reichen. Dann hätte die rot-grüne Bundesregierung innerhalb von 8 Jahren ihrer Regierungszeit nur ein AKW, das AKW Stade, stillgelegt. Dieses AKW Stade wollte eh schon vom Betreiber aufgrund seiner Unwirtschaftlichkeit stillgelegt werden und nicht deswegen, weil es so gefährlich ist. Hingegen stand beim AKW Obrigheim für den Betreiber EnBW schon seit dem Atomkonsens im Jahre 2000 fest, dass dieser das AKW länger betreiben möchte.

Nun ist im Atomkonsens geregelt, dass eine Überschreibung von Stromkontingenten

zwischen den AKWs möglich ist. Allerdings ist dieses genau eines der (kleineren) Probleme des Konsenses, denn die Betreiber könnten durch geschickte Verteilungen dafür sorgen, dass alle AKWs gleich lang laufen. Und dann hätte der Umweltminister Trittin die Abschaltung aller AKWs vom einen auf den anderen Tag zu verantworten. Und das geht denn nun wirklich nicht. Wollen doch die Atomkraftgegner auch die Abschaltung aller AKWs von einem Tag auf den anderen – mit dem Unterschied, dieser Tag wäre heute.

### Ausstieg im Konsens?

Falls Trittin Obrigheim eine Verlängerung versagt, dann wohl auch deshalb, weil es nicht mehr einmal nach Ausstieg im Konsens klingt, wenn man es innerhalb von 8 Jahren schafft nur 1 AKW von 19 noch in Betrieb befindlichen AKWs stilllegt. EnBW könnte allerdings immer noch ein Gerichtsverfahren anstrengen, um die Laufzeit des AKWs zu verlängern. Rechtsstreitern sollten aber genau durch den Atomkonsens verhindert werden.

Der Atomkonsens ist sowieso ganz Klasse: Die Mehrheit der Bevölkerung bekommt die Folgen des ungestörten Weiterbetriebes der 19 AKWs zu spüren, mit dem die Regierung und die Energiekonzerne aber ganz gut leben können: Vom Risiko eines Super-GAU's eines AKWs oder eines Unfalles beim Castortransport, von Leukämiefällen in der Nähe von AKWs bis zur schleichenden Verstrahlung von Menschen durch den Uranabbau und der WAAs bis hin zum ungelösten Problem der Endlagerung. Wegen dem Atomkonsens produzieren die AKWs in den nächsten 20-25 Jahren noch einmal soviel Atom Müll, wie es bereits bis zum Jahre 2000 gab. Die Allgemeinheit trägt den Großteil der Kosten und die Gesundheitsschäden für die Endlagerung trifft die Menschennicht die. Es darf nicht vergessen werden, je länger die Atomkraftwerke in Betrieb sind, desto unsicherer werden sie. Mit dem Atomkonsens kommt an fast jedem AKW-Standort auch noch ein örtliches Zwischenlager hinzu.

Laden Sie sich diesen sympathischen Vogel ein - machen Sie



### Ernst mit Ralf!

Ich bestelle den RABEN RALF

ab der nächsten Ausgabe

ab Monat .....

Den Betrag von 10 € (oder mehr) überweise ich halbjährlich auf das Konto der GRÜNEN LIGA Berlin e.V., Nr. 306 05 02 bei der Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 100 205 00, Verwendungszweck: „Zweckgebundene Spende RABE RALF“

Bei Beträgen über 10,- € unbedingt auf dem Überweisungsschein den Zeitraum angeben, für den die Einzahlung erfolgt. Diese Vereinbarung verlängert sich automatisch, wenn sie nicht gekündigt wird. (Spenden sind steuerlich absetzbar)

Ich habe das Recht, diese Vereinbarung jederzeit aufzukündigen.

.....  
Name, Vorname

.....  
Straße, Nr.

.....  
PLZ, Ort

.....  
Datum

.....  
Unterschrift

Sie erleichtern uns die Arbeit mit einer Lastschrifteneinzugsermächtigung: Hiermit bitte ich Sie widerruflich, von meinem Kto. Nr.:

.....  
Bank:

.....  
BLZ:

.....  
ab dem nächstmöglichen Zeitpunkt halbjährlich den Betrag von je 10,- € als „Zweckgebundene Spende RABE RALF“ für die Versendung der Zeitschrift per Lastschrift einzuziehen. Mir ist bekannt, dass das Kreditinstitut eine Teileinlösung von Lastschriften nicht vornehmen kann. Mir ist ferner bekannt, dass eine Änderung oder Löschung dieser Einzugsermächtigung bis 1 Monat vor Ausführungstermin berücksichtigt wird.

.....  
Datum

.....  
Unterschrift

Coupon ausschneiden und einschicken an:

Der RABE RALF  
c/o GRÜNE LIGA Berlin e.V.  
Grünes Haus  
Prenzlauer Allee 230  
10405 Berlin



# AKW-Renaissance im Osten

Weltweit sind 438 AKWs in Betrieb, davon 148 in West- und 60 AKWs in Osteuropa. Während in der Europäischen Gemeinschaft sich kein AKW mehr im Bau befindet, sieht es in den östlichen Staaten ganz anders aus. Hier sind zur Zeit 12 AKWs in Bau und noch mehr in Planung. Viele dieser in Bau befindlichen AKWs werden von den westlichen Atomkonzernen wie Siemens und Westinghouse mitfinanziert und realisiert. Der Osten ist somit für die Atomindustrie die Zukunft, wenn es darum geht, mit den Technologien Milliarden zu verdienen. Nun würde jeder Politiker über beide Ohren strahlen, wenn er von diesen scheinbar zukunfts-trächtigen Exporten hören würde. Der Bau von AKWs ist jedoch eine tickende Zeitbombe, an der man bastelt. Denn die Konstruktionsplanungen sind teilweise so technisch überholt, daß z.B. beim Bau des AKW Kosluduy in Bulgarien sogar das atomfreundliche US Department of Energy diesen Bau "als höchst riskantes Glücksspiel" bezeichnet. Nicht daß der Bau irgendeines (auch westliches!) AKW zu verantworten wäre, aber die Konzerne nutzen auf perfide Weise den Wunsch der östlichen Regierungen nach einer gesicherten Energieversorgung aus. Anstatt ihnen wenigstens hochmoderne Gas- und Dampfkraftwerke anzubieten, welche einen Wirkungsgrad von bis zu 60% aufweisen, nur ein Viertel der Finanzinvestitionen kosten und in einem Drittel der Zeit fertiggestellt sind. Die westliche Atomindustrie bietet ihre Sicherheitstechnik zu den alten AKWs an, wobei man sich fragen darf, wieviel sicherer dadurch ein AKW wird. Der Atomminister Alexander Rumjanzew begründet die Verbesserung in der AKW-Sicherheitstechnik, welche nach japanischen AKWs die sichersten der Welt seien, damit, daß es kaum noch Reaktor-Notabschaltungen gebe. Natürlich ist

- wenn auch nicht mehr für Rußland - auch die Gewinnung von Plutonium zum Atombombenbau ein Anreiz zum AKW-Bau. Leider ist der Anteil der Atomkraftwerke in den osteuropäischen Ländern an der Stromerzeugung immer noch sehr hoch, so dass es nicht so einfach ist, kurzfristig die Atomenergie vollständig ersetzen.

Das Engagement der westlichen Firmen wie Siemens KKW/Framatome in den osteuropäischen Ländern zielt insbesondere auf den Verkauf von Sicherheitstechnik, um die osteuropäischen AKWs vorgeblich sicherer zu machen, obwohl die AKWs prinzipiell unsicher sind. Die Liste der Störfälle der bereits laufenden AKWs ist lang: So gibt es

nicht nur regelmäßig Dutzende von kleineren Störfällen sondern z.B. in der Ukraine in dem AKW Rivne in den letzten beiden Jahren auch zwei schwere Störfälle, unter anderem am Kühlwasserkreislauf des Reaktorblockes. Auch das rumänische AKW Cernovada und das tschechische AKW Temelin sind für häufigere Störfälle bekannt. Besonders dramatisch dürfte sein, daß immer noch ein knappes Dutzend Reaktorblöcke vom Typ Tschernobyl RBMK in Betrieb sind, unter anderem in Litauen und Russland. Diese graphitmoderierten RBMK Siedewasser-Reaktoren besitzen keine gasdichte und keine Betonummantelung wie es bei den westlichen AKWs der Fall ist.

## Atomkraftgegner doch keine Verbrecher

### Polizei macht Rückzieher im Verfahren um ED-Behandlung in Philippsburg 2000

Rund um den 18.10.2000 fanden in Philippsburg zahlreiche Proteste gegen die geplante Wiederaufnahme der Atommülltransporte statt. Der angekündigte Transport nach La Hague wurde schließlich abgesagt. Im Rahmen der Demonstrationen wurden ca. 120 Personen von der Polizei in Gewahrsam genommen, in einer ehemaligen Kaserne eingesperrt und dort mit einer Sofortbildkamera fotografiert (erkennungsdienstlich behandelt). Zahlreiche Betroffene legten Widerspruch dagegen ein. Den Widerspruch hat die Landespolizeidirektion Karlsruhe im Juni 2001 zurückgewiesen. Dabei erklärte sie nicht nur die Anfertigung des Fotos für rechtmäßig, sondern vertrat außerdem die Auffassung, dass die Aufbewahrung desselben im Rahmen der „vorbeugenden Verbrechensbekämpfung“ notwendig sei. Dazu gab es eine haarsträubende Begründung: Die Polizei behauptete, „dass mit schwerwiegenden Ordnungsstörungen und der Begehung von Straftaten wie Sabotageakten und anderen gemeingefährlichen Straftaten aus diesem Person-/Sympathisantenkreis gerechnet werden muss

oder Personen aus diesem Kreis hierfür 'rekrutiert' werden.“ Sie unterstellte den Fotografierten, „dass ein Unrechtsbewusstsein, soweit überhaupt vorhanden, vor dem ideologischen Ziel des Atomenergieausstiegs zurücktritt.“ Dies alles wegen der Teilnahme an einer friedlichen, angemeldeten, nicht verbotenen Demonstration, die von der Polizei angehalten und aufgelöst wurde. Gegen den Bescheid haben zehn Personen vor dem Verwaltungsgericht Karlsruhe geklagt. Wenige Tage vor der für den 9.9.2002 angesetzten mündlichen Verhandlung machte die Polizei schließlich einen Rückzieher und erklärte sich bereit die Fotos zu löschen. Inzwischen wurde das Verfahren beendet, die Polizei muss die Kosten tragen. Also: Legt viele Widersprüche ein! Wenn ihr selbst betroffen seid, beantragt die Löschung eurer Daten, im Fall Philippsburg beim Polizeipräsidium Karlsruhe, Pf. 5160, 76033 Karlsruhe. Das Aktenzeichen beim Verwaltungsgericht Karlsruhe ist 12 K 1747/01.

Tobias Bekehrmes



# Der METRORAPID – die Zukunft des Bahnverkehrs??

## Proteste gegen Metrorapid-Wahn nehmen zu

Immer stärker werden die Proteste gegen den beabsichtigten Bau des Metrorapid zwischen Düsseldorf und Dortmund. Die 3 Regionalräte Düsseldorf, Arnsberg und Münster, in denen Vertreter der betroffenen Städte sitzen, haben die Pläne abgelehnt. Studierende haben deutlich dagegen protestiert, dass in der Bildung und Sozialpolitik gespart wird, aber die Milliarden für das Metrorapid-Projekt dennoch fließen sollen. Die Bahn-Gewerkschaft befürchtet den Verlust von Arbeitsplätzen und der Bundesrechnungshof explodierende Kosten, weil die Berechnungen unseriös sind. Verkehrsexperten haben längst nachgewiesen, dass mit weniger Geld sinnvollere Projekte zur Förderung des öffentlichen Nahverkehrs möglich wären. Landesregierung (SPD/Grüne) und FDP halten dennoch an ihrem Ziel fest, den Metrorapid durchzupeitschen. Offenbar sollen Planungen gestrafft, Umweltbelange vernachlässigt und Klagen von Betroffenen erschwert werden. Zudem wird mit einem riesigen Aufwand Stimmung gemacht für den Metrorapid. Doch es wird immer deutlicher: der Metrorapid-Bau ist nicht zu rechtfertigen.

## Bundesrechnungshof zum Metrorapid

In einer umfangreichen Studie kommt der Bundesrechnungshof zum Ergebnis, der Metrorapid sei „nicht realisierungswürdig“. Die gesamte Berechnung sei unsolide. Die Kosten für Park & Ride-Anlagen, Schall-

schutz, Teile der Energieversorgung und Instandhaltung der Fahrzeuge wurden „nicht oder nur in unzureichender Höhe angesetzt“. Die Machbarkeitsstudie sei „ohne plausible Begründung“ davon ausgegangen, dass konkurrierende Bus- und Bahnstrecken eingestellt würden.

Ein Gutteil des Nutzens des Metrorapid stamme aus einem errechneten Zeitvorteil von Autofahrten, der sich ergibt, wenn Umsteiger die Autobahn entlasten. Diese



Form der Nutzenberechnung „war bisher nur bei Straßeninvestitionen, nicht bei Schieneninvestitionen vorgesehen“. Entlarvend: Der Ansatz sei „erst kurz vor Abschluss der Machbarkeitsstudie beschlossen“ worden.

Die Finanzierung über am Markt realisierbare Fahrpreise ist bisher noch nicht untersucht worden. Zu erwarten ist, daß der Staat in erheblichem Maße auf Einsatz von Subventionen zurückgreifen muß, „Neben dem Bundeszuschuss von 1,75 Milliarden Euro für den Metrorapid sind weitere Steuergelder nötig: „Für die Gewinnung privater Investoren wären staatliche Zuschüsse in erheblicher Höhe anzusetzen.“

Beim Metrorapid sei unzutreffend ein Nut-

zen aus vermiedenen Investitionen für Schienenfahrzeuge und einsparbaren Betriebskosten für den Schienenpersonenfernverkehr angesetzt worden. Startzeitpunkt 2006? „Der Zeitanatz für Planfeststellungsverfahren widerspricht allen Erfahrungen aus anderen Großprojekten.“

Die zunächst für den Fernverkehr vorgesehene Magnetschnellbahn-Technik müsse als Nahverkehrssysteme noch wesentlich weiterentwickelt werden. Damit seien erheb-

liche Kosten- und Zeitriskien verbunden.

Das Land NRW wird Mittel von jährlich rund 52 Mio. EUR zur Verfügung stellen müssen, um einen betriebswirtschaftlich hinreichend rentablen Betrieb des Metrorapid zu gewährleisten und die Verluste der S-Bahnen durch die zum Metrorapid verlagerten Fahrgäste auszugleichen.

Der Bundesrechnungshof empfiehlt, die betriebswirtschaftlichen und gesamtwirtschaftlichen Ansätze und Bewertungsverfahren der Machbarkeitsstudie entsprechend den Emp-

fehlungen zu überarbeiten und dabei die verkehrswissenschaftliche Kompetenz des „Wissenschaftlichen Beirates“ zu nutzen. Zusammengefasst: der Bundesrechnungshof hält die jetzigen Pläne für nicht vertretbar.

## Bereits jetzt: Gleisabbau im Ruhrgebiet durch Metrorapid

„Die Trasse des Metrorapid soll weitgehend auf den Flächen vorhandener Schienenstrecken mit teilweisem Rückbau von Streckengleisen, u.a. im Bereich der Rheinischen Güterbahn, geführt werden. Dadurch

wird die Leistungsfähigkeit im Schienenverkehr zwischen Dortmund und Düsseldorf eingeschränkt. In der Bundesverkehrswegeplanung wird (jedoch) von einer erheblichen Zunahme insbesondere des Schienengüterverkehrs ausgegangen.“

So steht es im Bericht des Bundesrechnungshofes zum Metrorapid:

Wer Schienenstrecken auf dieser entscheidenden Verbindung im Bahnnetz zugunsten des Metrorapids abbauen will, der kann nicht gleichzeitig davon ausgehen, daß der Schienengüterverkehr in Zukunft in derselben Relation stark ansteigt. Der nimmt also hin, daß das kommende Verkehrswachstum im Güterverkehr allein auf den Straßen stattfindet - und daß damit der Dauerstau gerade in diesem Bereich der Autobahnen nochmals dichter wird. Zudem wird bereits heute unter Verweis auf den kommenden Metrorapid der bestehende Schienenverkehr abgebaut. Genau diese Funktion des Metrorapid ist zu befürchten. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Magnetbahn am Ende nicht gebaut. Doch bereits die Planung wirkt zerstörerisch. Und ein Beginn von Baumaßnahmen - z.B. im Bereich von Bahnhöfen, im Fall der Umwidmung von Flächen, der Stilllegung von Betrieben, dem Verkauf und Aufkauf von Gelände usw. - wird diese zerstörerische Wirkung noch verstärken.

### 3,2 Milliarden Euro für etwa zehn Minuten Fahrzeitgewinn

Im Vergleich zur jetzigen Verbindung würde der Fahrgast an Rhein und Ruhr 13 Minuten schneller ans Ziel gelangen. Verglichen mit der Fahrzeit eines modernen ICE 3 mit Neigetechnik könnte sich die Fahrzeit auf „gerade einmal zwei Minuten“ verkürzen. Dafür sollen 3,2 Milliarden Euro ausgegeben werden. In der von der Bundesregierung in Auftrag gegebenen Machbarkeitsstudie, wurde die Möglichkeit eines verbesserten ICE nicht in Erwägung gezogen. Dabei sind die Optimierungsmöglichkeiten offenkundig, wenn beim planmäßigen Halt eines ICE im Duisburger Hauptbahnhof regelmäßig fast zehn Minuten verloren gehen. Investitionen in den Trassenausbau der bestehenden Strecke um die Geschwindigkeit zwischen Düsseldorf und Dortmund an vielen Stellen von unter 160 km/h auf die von der Motorisierung her möglichen 280 km/h zu ermöglichen. Dies als Ergebnis von Hochtechnologie und als Erfolg feiern zu wollen und dem Bürger und Steuerzahler

vorzugaukeln, diese Reisezeitgewinne seien auf konventionellem Wege nicht erzielbar, grenzt an Ignoranz. Wenn es um die Verbesserung des öffentlichen Verkehr wirklich ginge, wäre der Metrorapid längst abgeblasen worden. Aber es geht um das Durchziehen eines Industrieklientelprojektes - koste die Durchführung, was sie wolle! Im öffentlichen Verkehr geht es um Reiseketten. Fahrziele sind nicht Hauptbahnhöfe und Flughäfen, sondern Arbeitsplatz, Wohnung, Geschäfte usw... Hier steht einem Zeitgewinn von wenigen Minuten mehrfaches Warten an Bushaltestellen und Vorortbahnhöfen durch vermehrtes

Umsteigen gegenüber. Parallelverkehr im Rad-Schienebereich will das Land einschränken. Wer deshalb umsteigen muss, spart gar nichts mehr. Was nützt ein Metrorapid, wenn Anschlußzüge nur einmal in der Stunde fahren? Hier würde die Beschleunigung der Gesamtreisekette bei erheblich geringerem Investitionseinsatz wesentlich mehr bringen! Was nutzt der Metrorapid, wenn man seinen Koffer nicht mit zum Flughafen nehmen kann, weil kein Platz an Bord vorgesehen ist, der Koffer also mit einem Extrazug geschickt werden muss!

## Nationaler Radverkehrsplan verabschiedet

Am 24.04.2002 hat das Bundeskabinett den ersten Nationalen Radverkehrsplan verabschiedet, welcher nach holländischem Vorbild als Masterplan und Novum zum ersten Mal das Bekenntnis der Bundesregierung zum Fahrradverkehr in der Öffentlichkeit darstellt - und dieses Mal schwarz auf weiß! Inhalte des 95-seitigen Papiers:

-Ausbau und Verknüpfung des Radwegesetzes an Bundesstraßen zum sogenannten "D-Netz" von 10.200 km Länge mit 100 Mio. Euro (Verdoppelung der Mittel für den Radwegebau), erstmals eigener Haushalts-titel im Bundesetat!

-Förderung von Fahrradprojekten durch Mittel aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) in Höhe von ca. 1,68 Mrd. Euro

-Neue rechtliche Regelungen: Leichtere Freigabe von Einbahnstraßen gegen die Fahr-richtung sowie von Busspuren, Förderung von Fahrradstreifen, höhere und verbindlichere Zulassung von Fahrrädern für den Straßenverkehr

-Mehr Öffentlichkeitsarbeit und Förderung von Behördenzusammenarbeit

Dieses Programm soll die nächsten zehn Jahre bestimmend für die Fahrradorientierung der Verkehrspolitik des Bundes gelten.

Als erste Kritik daran äußerten ADFC-Deligierte auf der letzten Bundes-Hauptversammlung die fehlenden nicht formulierten Konkretisierungsschritte:

Ein Berliner Deligierte bemängelte das Feh-

len von politischen und finanziellen Impulsen für die Länder, um sich für den Fahrradverkehr stark zu machen. Ein Deligierte aus Trier fragte kritisch nach einer Koordinierungsstelle auch im ADFC. Ein Kieler Deligierte mahnt an, das zu viel "es soll"-Formulierungen im Text stecken. Es sollten mehr Konkretisierungsschritte genannt werden, da Kommunalpolitiker sich nur an konkreten Vorgaben orientieren würden. Laut einem Deligierten aus Frankfurt würde häufig nicht so sehr das Geld, sondern vielmehr der politische Gestaltungswille für mehr Fahrradorientierung der Verkehrspolitik fehlen.

Nach den Worten von Mario Mohr, im neuen ADFC-Bundesvorstand für Verkehrs- und Europapolitik zuständig, geht es hierbei auch um eine zukünftige institutionalisierte finanzielle Förderung, um dann besser in Konkurrenz zu den etablierten Verbänden "Verkehrswacht" und "Deutscher Verkehrssicherheitsrat" aktiv werden zu können.

#### TIP zum Nachlesen:

Die Broschüre "Nationaler Radverkehrsplan 2002 - 2012" läßt sich im internet herunterladen unter [www.bmvbw.de/Anlage9134/Radverkehrsplan\\_2002-2012.pdf](http://www.bmvbw.de/Anlage9134/Radverkehrsplan_2002-2012.pdf) oder unter Tel.: 01888/3003060 kostenlos bestellen.

Infos rundherum gibt es unter [www.adfc.de/](http://www.adfc.de/) Politik und [www.adfc.de/Verkehr](http://www.adfc.de/Verkehr). Ein Diskussionsforum wird demnächst unter [www.bmvbw.de](http://www.bmvbw.de) erreichbar sein.

# Investieren in die Zukunft...nicht in den Metrorapid

Mit verlotterten Bahnhöfen und stillgelegten oder maroden Schienenstrecken erschrecken Rhein und Ruhr immer wieder die Besucher. Und das, obwohl hier in den letzten 30 Jahren mehr als in irgend einer anderen europäischen Region in den öffentlichen Verkehr investiert wurde. Aber das meiste Geld ging in die teuren Tunnelstrecken in den Zentren, für die hunderte von Straßenbahnstrecken stillgelegt wurden. Die S-Bahn an Rhein und Ruhr ist unter den deutschen S-Bahnsystemen die schlechteste, nach Takt, Haltestellendichte und Fahrgastzahlen.

Was an Rhein und Ruhr fehlt, sind

- ca. 300 neue Bahnhöfe und Haltepunkte,
- ca. 30 Streckenreaktivierungen,
- ca. 50 neue Bahnknoten, an denen Stadt-, Straßenbahn und DB miteinander verknüpft werden,
- ein eigenes Intercity-Netz mit modernen ICE 3 Triebwagen, das alle Städte dieser Großregion auf 6-8 Linien untereinander mit der Qualität des schnellen Fernverkehrs verbindet, so wie das holländische IC-System in der Randstadt, also im Halbstundentakt und zuschlagsfrei,
- für alle RE Linien, S-Bahnen und R-Bahnen ein dichter Takt.

Um diese Projekte zu realisieren, braucht das Schienennetz mehr Kapazität, eine moderne Steuerungslogistik, modernes Rollmaterial, gepflegte Bahnhöfe. Dann kann die Fahrgastzahl der Bahnen an Rhein und Ruhr vervierfacht werden. Doch die Landesregierung macht das Gegenteil. Sie blockiert einen wichtigen Schienenstrang mit der Metrorapid -Trasse. Sie monopolisiert fast alles Bahn-Investitions-Geld für ein reines Korridor-Projekt, das der Fläche im Ruhrgebiet und den kleinräumig vernetzten Verkehrsströmen überhaupt nicht hilft. Das etwa 50 mal mehr kostet als ein konventionelles Schienenprojekt, aber sehr viel weniger bringt. Es ist als Sondersystem nicht kompatibel.

Und das alles, um Thyssen-Krupp mit dem Transrapid weltmarktfähig zu machen? Und der Bauwirtschaft ein lukratives Projekt zu bieten? Als ob die nicht auch bei einer

Flächenbahn an Rhein und Ruhr gut zu ver-dienen hätten.

Mit ihrer Schienenverkehrsinitiative und der Railtech in Dortmund hatte die Landesregierung vorübergehend durchaus hoffnungsvolle Zeichen in die richtige Richtung gesetzt.

Und dann „wedelt“ der Bund mit seinem Zuschuß und schon entbrennt zwischen Bayern, Nordrhein- Westfalen und Rheinland-Pfalz ein Wettstreit um die Referenzstrecken.

## Alle drei Projekte unbrauchbar

Alle drei Projekte (Frankfurt-Hahn, München-Riem und Metrorapid) waren von Anfang an als für die Hochgeschwindigkeits-technik kaum brauchbar erkennbar. Aber alle drei Ministerpräsidenten entdeckten plötzlich ihr Herz für den (neuen) Schienenverkehr. Der Schienenalltag ist ihnen gleichgültig, nur Milliardenprojekte mit der Aussicht auf wohlfeile Geschenke des Bundes und weltweites Interesse turnen sie „an“. Nicht zum Wohle sondern zum Schaden des öffentlichen Verkehrs.

Denn im öffentlichen Verkehr geht es um Systemnutzen und die Netzbildung. Mit einer Doppelstrategie aus Stilllegungen und Angebotskürzungen im konventionellen Bahnbereich und Großinvestitionen für wenige Korridore produzieren Politik und Bahn riesige Netzdefizite.

Die Bahn braucht eine völlig andere Investitionsstrategie. Die riesigen Großprojekte der letzten Jahrzehnte haben der Bahn immer geschadet, weil bei gigantisch übertriebenen Großinvestitionen immer die Kosten explodieren, wie bei den Hochgeschwindigkeitsstrecken Hannover-Würzburg, Mannheim-Stuttgart und zuletzt Köln-Frankfurt. Und auch die 21er Bahnhofsprojekte, wo Fahrgäste haufenweise unter die Erde geschickt werden, laufen regelmäßig finanziell aus dem Ruder. Damit meist über die Hälfte aller Gleise abgebaut werden können, gibt man Milliarden aus, um

in einer Art Sabotage an der Bahnzukunft die Kapazitätsengpässe von morgen zu bauen.

## Bahn in der Fläche

Statt weniger Großprojekte wären tausend Kleinprojekte effizienter und von mehr Kunden „erfahrbar“. Bisher gab es nur wenige Investitionsprogramme, von denen die Bahn in der Fläche - teilweise - profitiert hat: die Elektrifizierung und die Einführung der IC- und IR-Systeme. Aber das ist lange her. Und der IR, Deutschlands beliebteste Zug-gattung, wird gerade gnadenlos ruiniert, durch Stilllegung auf Raten.

Bund, Länder und die Bahn müssten statt der unsinnigen Großprojekte und der Rückzugsstrategie beim IR endlich in ein echtes Anti- Stau-Programm investieren, das eine Renaissance des öffentlichen Verkehrs und der Bahn ermöglicht:

- Z.B. mit einem Programm für 1000 neue Stadt- und Ortsbusse (analog zum 100000-Dächerprogramm in der Energiepolitik).
- Oder mit einem Programm für 200 neue Regionalbahnsysteme, denn das Geld, was man beim Stopp der Hochgeschwindigkeitsbahn spart, reicht aus, um viele neue Regionalbahnen zu etablieren.
- Oder mit einem Programm für Lückenschlüsse im Bahnnetz und Reaktivierungen stillgelegter Bahnstrecken. Viele erfolgreiche Pilotprojekte haben bewiesen, wie erfolgreich Reaktivierungen sein können.
- Oder mit einem Programm für ein flächen-deckendes IR-System, das wirklich alle Ober- und Mittelzentren miteinander verbindet (also ca. 1000 Bahnhöfe, ca. 100 Linien) und in dem neue Ferntriebzüge vom Typ ICT (in drei Längen) eingesetzt werden.
- Oder mit einem Programm für 100 neue Straßenbahnsysteme, denn auch für kleine Großstädte und viele Mittelstädte sind Straßenbahnen die leistungsfähigsten öffentlichen Verkehrsmittel.
- Oder mit einem Programm für 30.000 neue Mobilitätszentralen, damit überall Satelliten-gesteuerte ÖV-Ortung, aktuelle Reisedisposition, dezentrale Betriebssteuerung und ein voller Systemverbund Fernbahn, Regional-

bahn, Lokalbahn, Orts- und Stadtbus, Regionalbus, Fernbus sowie Rufbus/ AST/ Bürgerbus möglich wird.

Das wären richtige Signale an die Kommunen, an die Industrie, die Fahrzeuge herstellen soll, an die Gewerkschaften, dass der Politik außer Entlassungen und Stilllegungen auch noch was anderes einfällt. Unter Fachleuten aller Couleur ist unbestritten, dass Basis einer neuen Verkehrspolitik ein Gesamtverkehrskonzept sein muss. Warum bringt die Bundesregierung keinen modernen Gesamtverkehrsplan auf die Reihe, brauchbare Vorbilder aus der Schweiz und den Niederlanden gibt es. Und warum wurstelt auch die Bahn kurzatmig ohne ein öffentlich diskutiertes Gesamtkonzept vor sich hin?

Heiner Monheim

*Heiner Monheim ist Mitbegründer des Aktionsbündnisses Bürgerbahn statt Börsenbahn und Professor für Angewandte Geographie/Raumentwicklung und Landesplanung sowie Stadt- und Verkehrsplaner*

### Stimmen zum Metrorapid in NRW im Internet:

[www.contrarapid.de/](http://www.contrarapid.de/); [home.landtag.nrw.de/mdl/peter.eichenseher/](http://home.landtag.nrw.de/mdl/peter.eichenseher/); [home.t-nline.de/home/Wittmann/metro.htm](http://home.t-nline.de/home/Wittmann/metro.htm);  
[www.bund-duisburg.de/](http://www.bund-duisburg.de/); [www.bund-nrw.de/010308.htm](http://www.bund-nrw.de/010308.htm); [www.bund-nrw.de/metrorapid.htm](http://www.bund-nrw.de/metrorapid.htm); [www.dieterhilser.de/](http://www.dieterhilser.de/);  
[www.duesseldorf-today.rp-online.de/special/metrorapid/](http://www.duesseldorf-today.rp-online.de/special/metrorapid/); [www.mbi-mh.de/MBI-Arbeit/Initiativen/KontraRapid/kontrarapid.html](http://www.mbi-mh.de/MBI-Arbeit/Initiativen/KontraRapid/kontrarapid.html); [www.metrorapid.de/](http://www.metrorapid.de/);  
[www.mwmtv.nrw.de/](http://www.mwmtv.nrw.de/);  
[www.nrw.de/aktuell/presse/pm2000/kcn20001027\\_6htm](http://www.nrw.de/aktuell/presse/pm2000/kcn20001027_6htm); [www.nrw.de/metrorapid/index.html](http://www.nrw.de/metrorapid/index.html);  
[www.probahn-nrw.de/projekte\\_metrorapid.htm](http://www.probahn-nrw.de/projekte_metrorapid.htm); [www.probahn-nrw.de/projekte\\_wunschnetz.htm](http://www.probahn-nrw.de/projekte_wunschnetz.htm);  
[www.projektruhr.de/de/metrorapid/](http://www.projektruhr.de/de/metrorapid/);  
[www.solinger-stadtschreiber.de/sos/metrorapid.htm](http://www.solinger-stadtschreiber.de/sos/metrorapid.htm); [www.talknet.de/~lew/tr.html](http://www.talknet.de/~lew/tr.html); [www.vcd-bochum.de/Metrorapid/](http://www.vcd-bochum.de/Metrorapid/);  
[www.wdr.de/online/verkehr/metrorapid/finanzgutachtenphtml](http://www.wdr.de/online/verkehr/metrorapid/finanzgutachtenphtml); [www.wdr.de/online/verkehr/metrorapid/gutachter\\_neu.phtml](http://www.wdr.de/online/verkehr/metrorapid/gutachter_neu.phtml);  
[www.wdr.de/online/verkehr/metrorapid/index/phtml](http://www.wdr.de/online/verkehr/metrorapid/index/phtml);  
[www.wisoveg.de/rheinland/alweg/](http://www.wisoveg.de/rheinland/alweg/)  
[www.alweg.htm](http://www.alweg.htm); [www.winfried-wolf.de](http://www.winfried-wolf.de)

# Was uns entgegenschwebt

## Düsseldorf Hauptbahnhof

Um die Auslastung des Metrorapids zu verbessern, soll die bislang durch Düsseldorf führende ICE-Verbindung Köln-Berlin umgeleitet werden. Eine Direkt-Verbindung Düsseldorf-Berlin würde damit wegfallen. Zu befürchten ist daher die Zunahme des Flugverkehrs Düsseldorf-Berlin zulasten des Bahnverkehrs. Zudem wird die Attraktivität des Verkehrsknotenpunktes Düsseldorf Hbf deutlich gesenkt.

## Trassenprobleme in Mülheim

Mannesmann-Röhrenwerke müsste 2 Werksgleise abgeben, im Hochwasserschutzgebiet der Ruhraue wären Zerstörungen größeren Ausmaßes unvermeidlich, die fertig geplante Neuerschließung der 20.000 qm Industriebache der Fa. Schüte sind durch die Metrorapidpläne blockiert und würden durch den Metrorapid selbst unmöglich, der Abriss der Hochstr. des Tourainer Ring für mind. 12 Mio Euro wäre notwendige städtische Mitgift“, eine Baustr. und 2 Gleise Metrorapid müssten im Naturschutzgebiet Winkhauser Tal angelegt werden, die wirklichen Kosten für die 3 Brückenabriss und 7 Brücken-Neubauten im Mülheimer Stadtgebiet für das Prestigeobjekt sind vollständig ungeklärt: LIDL, Edeka, Getränkemarkt und Autohaus sind von der Trasse gefährdet, eine Zeile Wohnhäuser Bergische Str. und weitere in Winkausen sind direkt im Weg, die Kosten für die Umleitungen und Baustellenverkehre für die jahrelange Großbaustelle quer durch die gesamte Stadt sind unkalkulierbar u.v.m. Die überfällige Änderung der Verkehrsführung Innenstadt würde außerdem durch den Metrorapid verunmöglich!

Und dann noch die Zukunft der Hafenbahn, die das wichtigste Mülheimer Gewerbegebiet andient, die ohne die Trasse der Rheinischen Bahn aber nicht lebensfähig ist. Und die soll für den Metrorapid stillgelegt werden

## Metrorapid statt Stadtentwicklung?

Die Finanzierung der vielen noch unkalkulierbaren Milliarden für den Metrorapid durch Bund und Land müsste notgedrungen zu Kürzungen an anderen Stellen führen, was gerade für die bankrotten Kommunen des Reviers nicht mehr verkraftbar wäre.

Die Städte an der Trasse wären ferner in den ganzen nächsten Jahren nur mit der Umsetzung des Metrorapid beschäftigt, das heißt unter anderem jahrelange Riesenbaustellen, Umlenkung enormer Städtebaugelder, Planungen und Projekten nur zur Verwirklichung des „Fremdkörpers“ Metrorapid durch die gewachsenen Städte.

Begonnene Umbauprojekte wie auf dem ehemaligen Güterbahnhof Derendorf oder im Krupp'schen Gürtel in Essen, nicht direkt betroffene Stadtteile und andere Aufgabenbereiche etwa der Sanierungsstau von Schulen, Sportstätten, Straßen oder die überfällige interkommunale Zusammenarbeit z.B. im ÖPNV-Bereich würden noch mehr vernachlässigt bzw. eingespart oder zurückgestellt.

Die strukturschwächeren nördlichen Ruhrgebietsregionen würden weiter abgekoppelt.

Symbolisch dafür: die vom Metrorapid nicht angebundene Schalke-Arena.

Das gleiche gilt für Herne, Wanne-Eickel, Bottrop, Oberhausen, Dinslaken, Wesel, Moers usw..

Verhindert würde eine Stadtplanung, die sich an den Interessen der vor Ort lebenden Menschen orientiert.

## Quelle:

### ContraRapid

Die Zeitung gegen den Metrorapid

Herausgegeben von den Contrarapid-Initiativen Duisburg, Mülheim und Essen, den Mülheimer Bürger-Initiativen (MBI) und dem Kommunalpolitischen Forum NRW e.V.

# Internet-Angebote rund um die aktuelle Bahnbeförderung

## Wie umweltschonend fährt die Bahn im Vergleich zum PKW?

Machen Sie anhand Ihrer Reiseroute den Umweltvergleich mit dem „UmweltMobilcheck der Deutschen Bahn“.  
[www.bahn.de/pv/uebersicht/die\\_bahn\\_umweltmobilcheck.shtml](http://www.bahn.de/pv/uebersicht/die_bahn_umweltmobilcheck.shtml)

**Deutsche Bahn AG**, Dachgesellschaft mit Teilkonzernen: Reise&Touristik, Ameropa, DB Regio, DB Cargo, DB Reise+Service, etc.  
<http://www.bahn.de>

## Bürgerbahn statt Börsenbahn

Für eine fahrgastorientierte Flächenbahn  
<http://www.buergerbahn-statt-boersenbahn.de>

## Allianz Pro Schiene

<http://www.allianz-pro-schiene.de>

## Busse und Bahnen

Infosite zum ÖPNV. Neben Links zu Verkehrsunternehmen und Fahrplänen wird über die Werkstatt-Gespräche berichtet, eine Veranstaltung zu aktuellen Themen des ÖPNV.  
<http://www.busse-und-bahnen.de>

## Kartenfuchs

Gemeinsam mit der Bahn reisen und sparen.  
<http://www.kartenfuchs.de>

## Pro Bahn e.V.

Der Fahrgastverband, der seine Interessen gegenüber Verkehrsbetrieben und Politik vertritt. Die Site enthält Fahrpläne weltweit, wichtige Termine, Publikationen und Diskussionsforen, die Pro Bahn-Zeitung und eine ausführliche Link-Seite.  
<http://www.pro-bahn.de>

## Verkehrsclub Deutschland

VCD, Verkehrsclub für Umweltbewusste  
[www.vcd.org](http://www.vcd.org)

## Pro Bahn & Bus

Der Fahrgastverband von Hessen.  
<http://www.probahn-bus.org>

## Contra Transrapid und Metrorapid

Untersuchung zur Wirtschaftlichkeit des

Transrapid-Vorhabens Hamburg-Berlin.

<http://www.vr-transport.de/transrapid-wirtschaft/titel.html>

<http://www.vcd-bochum.de/metrorapid.html>

## Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV)

Organisiert die Unternehmen des ÖPNV und des Güterverkehrs (Schwerpunkt Eisenbahnverkehr).

Zu finden sind zahlreiche Verkehrsunternehmen und Publikationen des VDV.

<http://www.vdv.de>

## Fahrpläne

<http://www.dino-online.de/seiten/go01b.htm>

Deutsche (Nah- und Fernverkehr) und internationale Fahrplanauskunft.

Viele Verkehrsbetriebe deutscher Städte.

<http://www.fahrplan-online.de>

Fahrplan-Online verbindet Reisefreudige mit dem weltweiten Angebot von online-Fahrplanauskünften.

<http://reiseauskunft.bahn.de>

Ausführlichste Hafas-Fahrplanauskunft der Deutschen Bahn

<http://www.lokomotive.de/fahrplan>

Links zu allen Verkehrsverbänden der Bundesländer sowie in der Schweiz, Österreich und Liechtenstein.

<http://www.OEPNV.de>

Übersichtskarte von Deutschland mit Fahrplanauskünften, Unternehmen und Fahrplantabellen zum Anklicken.

## Autofrei

### Mobil ohne Auto

<http://mobilohneauto.de>

Bundesweite jährliche autofreie Aktionstage rund um den 3. Sonntag im Juni

Zusammenschluss verschiedener Verbände, die die autofreien Tage in Deutschland organisieren.

### Autofrei Leben!

<http://www.autofrei.de>

Plattform und Sprachrohr für autofreie Menschen. Der Verein informiert durch regelmäßig stattfindende Konferenzen.

### Wohnen ohne Auto

<http://www.wohnen-ohne-auto.de>

Eine Gemeinschaftsinitiative Münchner Umweltverbände. Ziel ist die Errichtung modellhafter autofreier Wohnquartiere.

### Online-Rechner

Lohnt sich der Unterhalt Ihres eigenen Autos?

<http://stud3.tuwien.ac.at/~e9725625/lohnt.html>

**IDV . Nr. 72**  
**InformationsDienst Verkehr.**

### Kinder

Zu Fuß zur Schule

### Bundestagswahl

Zu Fuß zur Urne

### StVO zu StNO

Straßen-Nutzer-Ordnung

### Motorräder

Heiße Öfen vernebeln Sicht auf Fakten

Herausgeber: FUSS e.V. und UMKEHR e.V.

Kostenloses Probeheft? Bestellen!

IDV Exerzierstr. 20 13357 Berlin

Fon 030/ 492 74 73 Fax 030/ 492 79 72

eMail: [info@umkehr.de](mailto:info@umkehr.de)

**Mensch, Verkehr & Umwelt**  
**auf den Punkt gebracht.**

# Mobil ohne Auto 2002

**Bilanz vom Autofreien Hochschultag 2002: Rekordzahl an (Hoch-)Schulen aktiv für ÖPNV und Flächenbahn**

**Unsoziale Bahnpreispolitik kritisiert!**

Um den 16. Juni 2002 haben an über 120 Orten in Dtl. knapp 500 000 Menschen für eine Mobilität ohne Auto-, LKW- und Flugverkehr demonstriert. Vom Hamburg bis zu den südlichsten Gemeinden in den Alpen und am Bodensee haben basisnah organisierte Aktionen vielfältigster Art das bundesdt. Verkehrsverhalten und -politik unter dem Motto: „Die Neue Beweglichkeit: Ohne Auto - fertig - los!“ auf's Korn genommen. Vom Picknick auf Hauptverkehrsstraßen, Sonderzugfahrten, Fahrrad-, Inliner- und Fußdemos, Straßenfesten, Bundesstraßensperrungen, Ralleys mit öffentlichen Verkehrsmitteln, Sonderfahrten von Eisenbahnvereinen usw. war alles was Spaß macht mit am Start.

Um den Anreiz zum Umsteigen auf umweltfreundliche Verkehrsmittel zu verstärken, wird alljährlich am und um den dritten Sonntag im Juni mit den MoA-Aktionen für eine Wende in der Verkehrspolitik protestiert: Dem öffentlichen Verkehr sowie den Belangen von Fußgängern und Radfahrern oberste Priorität!

## **Autofreier Hochschul- und Schultag im Aufwind!**

Seit 1997 durchgeführt, beteiligen sich am jeweils auf den Aktionssonntag folgenden Dienstag die Hochschulen, Schulen und Universitäten mit einem Autofreien (Hoch-) Schultag (AfS bzw. AfH).

Eine Rekordzahl von 50 Hochschulen folgten 2002 dem Aufruf und setzten mit phantasievollen Aktionen Zeichen für eine Mobilität abseits von PKW-, LKW- und Flugverkehr.

An Hochschulen u.a. in Freiburg, Lüneburg, Berlin, Eberswalde und Bochum wurden Parkplätze alternativ für Skater, Geschicklichkeits-Radfahrten, von Kindergärten, zum „street-painting“ etc. genutzt.

In einigen Hochschulen blieben die Parkräume zum AfH auch offiziell geschlossen. Rad-Ralleys, Parcours und Car-Walking fanden in Braunschweig, Konstanz und Karlsruhe statt. Die Studierenden der TU Dresden wehrten sich mit der Sperrung der Bundesstraße 172 für leider nur 10 genehmigte Minuten gegen das irrsinnige Straßenbauprojekt eines Autobahnzubringers mitten durch den Uni-Campus.

Besondere inhaltliche Schwerpunkte der StudentInnen(schaften) waren dieses Jahr die Forderungen nach einer Flächenbahn mit sozialverträglicher und übersichtlicher Tarifstruktur in Kombination von Nah- und Regioverkehr.

Das angedrohte Preissystem der DB AG - PEP- bedroht die Mobilität von jungen und alten Menschen und stellt eine Gefährdung der Semestertickets dar (siehe dazu auch: Resolution des 32. BÖT und der BSÖ e.V.: „Laßt die Bahn auf den Schienen!“: <http://www.studis.de/bsoe/resolutionen>)

Die BSÖ e.V. und die beteiligten Hochschulen protestierten gegen diese ungerechtfertigte Preissteigerungen und für attraktive und sozialverträgliche Semestertickets.

## **Warum ist und bleibt MoA unerlässlich:**

Trotz täglichem Stau in den Ballungsgebieten und fehlendem ÖPNV auf dem Lande werden als Allheilmittel weiterhin sogar auch auf europäischer Ebene ständig neue Orts- und Fernstraßen gebaut.

Das Ausmaß des »motorisierten Individualverkehrs (MIV)« verursacht lebensbedrohliche Probleme:

-Durch die Abgase entsteht unter Sonneneinstrahlung vor allem in den Sommermonaten das bodennahe Ozon. Besonders für Kinder, Kranke und alte Menschen gesundheits- und lebensgefährdend, eine

einzig Qual!

-Jeder Liter Benzin setzt bei seiner Verbrennung 2,33 kg, jeder Liter Diesel 2,9 kg Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>)frei. Kohlendioxid ist der Hauptverursacher des Treibhauseffektes. Bei steigender Tendenz kommen in Deutschland 21% des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes aus den Auspuffrohren.

- Ein Drittel aller Autofahrten liegen unter 3 km! Ihre 3 km lange Fahrt (mit Auto 10l Verbrauch /100 km) zum Bäcker »mobil ohne Auto«, erspart Ihnen und Ihrer Umwelt fast 1 kg CO<sub>2</sub>!

- Die dramatische Zunahme bei den Allergien und Atemwegserkrankungen wird gerade durch die steigende Abgasbelastung verursacht.

- Die ständige MIV-Belastung erzeugt Stress und weitere Gesundheitsschäden, die Herz- und Kreislauferkrankungen und das Herzinfarkttrisiko steigen.

Die Zahl der Lärmtoten wird auf 2 000 Menschen jährlich geschätzt.

- Bei Verkehrsunfällen sterben jedes Jahr ca. 8000 Menschen allein in Deutschland, darunter sehr viele Kinder. Über 500 000 schwerere Verletzte mit allen Folgen für Mensch und Gesellschaft kommen jährlich dazu.

- Die Stickoxide in den Autoabgasen tragen wesentlich zum Waldsterben bei und feine Rußpartikel der Abgase verursachen Krebs.

- Jeden Tag werden 110 ha Boden als Siedlungs- oder Verkehrsfläche versiegelt. Schreitet der Flächenverbrauch in diesem Ausmaß weiter voran, so ist Deutschland in 80 Jahren komplett zubetoniert. 500 Jahre dauert es hingegen bis sich 5 cm Humusboden nachbilden.

Der steigende Güterverkehr ist zusätzlich ein riesiges Problem: Das Lippenbekenntnis: »Güter auf die Bahn« wird in der Realität u. a. durch die Speditionsunternehmen zu: »Zerschlagt die Güterbahn!«

MoA fordert u.a. endlich eine empfindliche LKW-Maut und eine europaweite Schwerlastverkehrsabgabe (LSVA) sowie ein erweitertes Fahrverbot

# BahnCard 50

Weiterhin quer durch Deutschland zum halben Preis

## Der VCD fordert: Die bestehende BahnCard muss bleiben!

Gehören auch Sie zu den Bahnkunden, für die das Bahnfahren mit dem neuen Preissystem der DB AG teurer oder unflexibler wird? Dann helfen Sie sich und dem VCD bei der Kampagne zum Erhalt der „alten“ bisherigen BahnCard50. Wie? Machen Sie den **Bahnfahrer-Profil-Test** auf der vorigen Seite, füllen Sie den hier abgedruckten **Musterbrief** aus, kopieren und senden Sie ihn bis zum 30. September 2002 an die Bundesgeschäftsstelle des VCD, Eifelstraße 2, 53119 Bonn, Fax 0228/98585-10. Diese leitet ihn weiter an Ihr/e regionale/n Bundestagsabgeordnete/n. Sie als König Kunde können mitwirken! **Noch ist es nicht zu spät!**

[www.bahncard50.de](http://www.bahncard50.de)

Sehr geehrte Frau Abgeordnete des Bundestages,  
Sehr geehrter Herr Abgeordneter des Bundestages,

laut dem Bahnfahrer-Profil-Test des Verkehrsclub Deutschland e.V. (VCD) gehöre ich nach Einführung des neuen Preissystems der DB AG am 15. Dezember (oder spätestens nach Ablauf meiner alten BahnCard) zu denjenigen, die

gewinnen  etwas gewinnen  im Mittel keine Veränderung merken  etwas verlieren  verlieren

Ursache dafür ist, dass ...

**ich keinen einfachen Zugang zu Fahrkarten (Bahnhof/Reisebüro in der Nähe, Internetzugang) habe,**

*Wer in den Genuss von Plan & Spar kommen will, muss sich mehrere Tage vor der Reise eine Fahrkarte besorgen.*

**ich vorwiegend spontan mit der Bahn fahre,**

*Spontanreisende bekommen nur noch 25 % Ermäßigung auf den Grundpreis.*

**ich in der Regel allein unterwegs bin,**

*und damit nicht in den Genuss des Mitfahrer-Rabattes komme.*

**ich regelmäßig mit TwenTicket oder Guten-Abend-Ticket fahre,**  
*diese aber im neuen Preissystem nicht mehr wiederfinde.*

**ich auf vielen Fahrten ausschließlich Züge des Nahverkehrs benutze,**  
*Die Plan & Spar-Ermäßigung gilt nur für Fernzüge, sodass als Alleinreisender nur eine Ermäßigung von 25 % möglich ist.*

**ich oft terminlich gebunden bin,**  
*Die Plan & Spar-Ermäßigung ist für jeden Zug kontingentiert, insbesondere an Freitagen und Sonntagen werden die Kontingente früh erschöpft sein, sodass eine teurere Fahrkarte gekauft werden muss.*

**ich oft unter der Woche hin- und vor dem Wochenende wieder zurückfahre,**  
*Die Plan & Spar-Ermäßigung zu 40% ist gekoppelt an eine Wochenendbindung.*

**ich sehr preisbewusst leben muss,**  
*Wer auch in Zukunft als Alleinreisender ca. 50 % Ermäßigung erhalten will, muss sich mindestens eine Woche vor der Reise auf einen bestimmten Zug festlegen, zudem entfallen Angebote wie das Guten-Abend-Ticket.*

**ich manchmal Dreiecksfahrten durchführe oder auf Umwegen fahre,**  
*Wer nicht auf dem direkten Weg zwischen Start- und Endbahnhof fährt, kann keine Plan & Spar-Ermäßigung bekommen.*

**ich in der Regel schon eine Woche vor Reiseantritt weiß, mit welchen Zügen ich fahren werde,**  
*Wer 7 Tage vor Reiseantritt bucht, bekommt eine Ermäßigung von 40 % auch auf ermäßigte Preise, muss aber mit den gebuchten Zügen fahren.*

**ich häufig mit anderen gemeinsam reise,**  
*Ab der zweiten Person wird auf Hin- und Rückfahrkarten ein Mitfahrer-Rabatt von 50 % gewährt, auch auf bereits ermäßigte Karten.*

**wir eine Familie mit mindestens einem Kind sind,**

*Für Familien mit Kindern ist die BahnCard günstig, zudem profitieren sie von Mitfahrer-Rabatten und der kostenlosen Fahrt für Kinder unter 14 Jahren in Begleitung ihrer Eltern.*

**ich terminlich recht flexibel bin,**

*Wer nicht auf einen bestimmten Zug oder gar Tag fest gelegt ist, findet sicherlich einen Zug, in dem das billigste Kontingent noch nicht ausgeschöpft ist.*

**Absender oder PLZ/Ort**

\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

Deshalb unterstütze ich die Forderung des VCD nach der Beibehaltung der klassischen BahnCard50 (zu ihren geltenden Konditionen) parallel zur neuen BahnCard. Bitte setzen Sie sich als mein/e Vertreter/in im Bundestag für dieses verbraucherfreundliche Ziel ein.

Mit freundlichen Grüßen

\_\_\_\_\_

Bitte kopieren und einsenden!

# GATS - Was ist das?

Dieser Artikel bildet den Auftakt zu einer kontinuierlichen Berichterstattung über das Allgemeine Übereinkommen über den Handel mit Dienstleistungen (engl.: GATS = General Agreement on Trades in Services).

## Warum im FUI?

Das GATS betrifft staatliche Maßnahmen, die den Handel mit Dienstleistungen einschränken. Dazu gehören unter anderem Bevorzugung inländischer Anbieter, technische Normen und quantitative Beschränkungen. Kritiker des Abkommens befürchten in Folge zunehmender Liberalisierung negative Auswirkungen auf die Versorgung der Bevölkerung mit (bisher) öffentlichen Diensten, auf Arbeitnehmerrechte und die Umwelt.<sup>(1)</sup>

## Geschichte

Das GATS trat im Januar 1995 als ein Ergebnis der letzten Uruguay-Runde in Kraft. Die Welthandelsorganisation (engl.: WTO = World Trade Organisation) selbst bezeichnet das Abkommen als einen Meilenstein der Verhandlungen. Nach Angaben der WTO tragen Dienstleistungen zu 60 % der weltweiten Produktion und Arbeitsplätze bei, aber sie würden nur 20 % des Handels ausmachen. Trotz des Scheiterns der Ministerkonferenz der WTO in Seattle im Dezember 1999 wird seit Anfang 2000 über die weitere Liberalisierung verhandelt. Ende März 2001 wurde die erste Phase der Neuverhandlung mit einer Bestandsaufnahme und der Annahme von Verhandlungsrichtlinien abgeschlossen. In der derzeitigen Phase unterbreiten die Mitgliedstaaten ihre jeweiligen Liberalisierungsforderungen (sog. requests) und -angebote (sog. offers). Auf der WTO-Ministerkonferenz in Katar im November 2001 wurden für diese Verhandlungen die Eckdaten 30.06.2002 (für requests) und 31.03.2003 (für erste offers) vereinbart.<sup>(2)</sup>

## „in dem Wunsch, ...“

„Die Mitglieder - [...] in dem Wunsch einen multilateralen Rahmen von Grundsätzen und Regeln für den Handel mit Dienstleistungen im Hinblick auf die Ausweitung dieses Handels unter Bedingungen der Transparenz

und der fortschreitenden Liberalisierung und zur Förderung des Wirtschaftswachstums aller Handelspartner sowie der Weiterentwicklung der Entwicklungsländer zu schaffen; [...]

kommen hiermit wie folgt überein.“ Dieser Auszug aus der Präambel des Vertragstextes in der deutschen Fassung<sup>(3)</sup> löst bei der einen oder dem anderen wohl Erstaunen aus. Was haben Liberalisierung und Weiterentwicklung der Entwicklungsländer gemein? Das Recht der Mitglieder, „die Erbringung von Dienstleistungen in ihrem Hoheitsgebiet zu regeln und neue Vorschriften hierzu einzuführen, um ihre nationalen politischen Ziele zu erreichen“ wird übrigens anerkannt. Besteht demnach kein Grund zur Besorgnis? Mit welchen Grundsätzen und Regeln die Mitglieder ihre proklamierten Wünsche in die Tat umsetzen wollen, ist Inhalt des nächsten Artikels. Bis dahin empfehle ich interessierten Leserinnen und Lesern den regelmäßigen Besuch der GATS-Seiten der Österreichischen HochschülerInnenschaft im Internet, zu finden unter [www.oeh.ac.at/gats](http://www.oeh.ac.at/gats).

(1) siehe z.B. <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-daten/daten/gats.htm>

(2) Die Forderungen der EU können unter <http://europa.eu.int/comm/trade/services/>

[gats\\_sum.htm](http://gats_sum.htm) nachgelesen werden.

(3) Bürgerliches Gesetzblatt 1994 Teil II Seite 1643, [www.vilp.de/Depdf/16/d093.pdf](http://www.vilp.de/Depdf/16/d093.pdf)



## politische ökologie<sup>80</sup>

### Wasser

*Das Prinzip aller Dinge ist das Wasser, denn Wasser ist alles und ins Wasser kehrt alles zurück.*  
(Thales von Milet, griech. Philosoph)

Jeder Mensch braucht Wasser zum Leben und doch ist es längst nicht für jeden erreichbar. Es ist Grundelement des Lebens und Agens des Zerfalls - und es gerät zunehmend in das Kalkül der Privatwirtschaft.

Zu den drängendsten Problemen der Welt gehören Wasserknappheit und ungleiche Verteilung von Trinkwasser. Etwa 1,2 Milliarden Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Ein Konfliktpotenzial von lokaler und internationaler Dimension. In der Lösung der Wasserprobleme liegt daher einer der Schlüssel für eine nachhaltige Entwicklung.

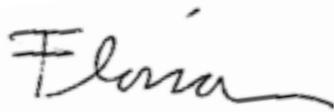
Grund genug für die Vereinten Nationen, das Jahr 2003 als Jahr des Süßwassers auszurufen. Und Grund auch für die *politische ökologie*, sich in Ausgabe 80 dem Stoff der Stoffe zu widmen. Sie fragt unter anderem nach Strategien gegen die ungleiche Wasserverteilung, beleuchtet den Stand der deutschen und internationalen Wasserpolitik, stellt Konzepte für den Ressourcenschutz vor und berichtet über die weltweite Privatisierungswelle. Das Sommerhochwasser hat außerdem die Themen Hochwasserschutz und Flussgebietsmanagement auf die Agenda gespült.

Das Heft erscheint im Dezember 2002 und kostet 10 Euro (18 sFr.), ISBN 3-928244-94-9

## Liebe Leserinnen und Leser,

die Zukunft der Energieversorgung ist ein viel diskutiertes Thema, nicht nur bei ökologisch interessierten Menschen. Alle wissen, dass es nicht so weiter gehen kann wie bisher. Die Klimakatastrophe hat begonnen und in einigen Jahrzehnten werden die Vorräte fossiler Energieträger erschöpft sein. Viele sind hilflos und denken, wir stehen vor einem kaum lösbaren Problem. Das dies nicht so ist soll dieser Schwerpunkt zeigen. Eine Energieversorgung auf Basis regenerativer Energieträger ist möglich, es stehen riesige Potentiale zur Verfügung und die Techniken zu ihrer Nutzung sind größtenteils ausgereift. Außerdem findet ihr viele Infos rund um das Thema Ökostrom. Hierbei geht es um die Frage, wie man durch den Kauf von Ökostrom regenerative Energien fördern kann. Ihr findet auch eine Liste von glaubwürdigen Ökostromanbietern und eine kurze Anleitung, wie der Stromwechsel funktioniert. Falls ihr Anregungen und Kritik zum Schwerpunkt habt, findet ihr meine Adresse unter „Themensprecher Energie“ auf der vorletzten Seite.

Viel Spaß beim Lesen



## Inhalt

S. 17	Vorwort
S. 18	Derzeitige Energieversorgung
S. 19	Photovoltaik
S. 20	Wind
S. 21	Wasserkraft
S. 21	Biomasse
S. 22	Zusammenfassung
S. 23	Zeitliche Schwankungen
S. 24	Ökostrom
S. 32	Energiesparen durch 50/50 Projekte
S. 34	Begriffe und Einheiten; Quellen

# Derzeitige Energieversorgung

Weltweit werden derzeit etwa 90 % des Primärenergieverbrauchs durch die Verbrennung von Kohle, Erdöl und Erdgas, den so genannten fossilen Energieträgern, gedeckt. So auch in Deutschland: Der gesamte Primärenergieverbrauch der Bundesrepublik Deutschland beträgt derzeit 490 Mio. t SKE. Etwa 40% der Energie werden aus Erdöl, 25% aus Kohle, gut 20 % aus Erdgas und 13 % aus Kernenergie gewonnen. Der Anteil der regenerativen Energien ist mit 2-3 % sehr gering.

Etwa ein Drittel der Primärenergie wird zur Stromerzeugung eingesetzt, in diesem Bereich sieht die Verteilung der Energieträger deutlich anders aus: Die Netto-Stromerzeugung betrug im Jahr 2001 in Deutschland 491 tWh (Milliarden kWh). Den größten Anteil hatte mit 51 % Stein- und Braunkohle, gefolgt von Kernenergie mit 33 %. Aus Erdgas und Erdöl stammen 9 % der Stromproduktion und die regenerativen Energieträger haben einen beachtlichen Anteil von immerhin 7 %. (Wasser 3,8 %, Wind 2,2 %, Biomasse und Müll 1 %, Sonne: 0,001 %.

Die Probleme der derzeitigen Energieversorgung sind bekannt: Die Reserven fossiler Energieträger sind begrenzt und werden nur noch 50 bis 100 Jahre zur Verfügung stehen. Außerdem sind fossile Energieträger die Hauptverursacher des Treibhauseffektes (siehe auch FUI 3/02). Durch die Erzeugung von einer kWh Strom aus fossilen Energien entstehen 750 – 1250 g Kohlendioxid, außerdem 40-70 g Flugasche, 5-8 g Schwefeldioxid und 3-6 g Stickoxid.

Die Risiken der Kernenergie brauchen wohl

auch nicht mehr erläutert werden, die radioaktiven Abfälle werden noch jahrtausendlang unzählige Generationen gefährden, vom Unfallrisiko in Kraftwerken und Wiederaufarbeitungsanlagen und den Problemen des Uranabbaus ganz zu Schweigen.

Verschärft wird das Energieproblem dadurch, dass weltweit derzeit 75 % der Energie in Industrieländern, also von 25 % der Bevölkerung verbraucht werden. Langfristig wird sich der Energiebedarf der weniger entwickelten Länder deutlich erhöhen. Wenn es die Industrieländer nicht schaffen, ihre Energieversorgung umzustellen, werden auch die Entwicklungsländer ihre Energieversorgung auf der Basis fossiler Energieträger aufbauen.

Wie kann also die Lösung des Problems aussehen? Ganz wichtig ist natürlich Energiesparen, die Devise lautet: „Nega-Watt statt Mega-Watt.“ Das dies möglich ist, zeigt schon ein Vergleich des Energieverbrauchs unterschiedlicher Industrieländer. So beträgt der ständige pro Kopf-Verbrauch an Primärenergie z.B. in Kanada 12 kW, in Deutschland 5,7 kW und in Dänemark gerade mal 4 kW. In Deutschland beträgt der sogenannte nationale Energiewirkungsgrad gerade mal gut 30 % Das heißt, von 3 Teilen eingebrachter Energie wird nur 1 Teil wirklich genutzt, 2 Teile sind Verluste.

Auch der Stromverbrauch kann in Deutschland in den nächsten Jahren deutlich gesenkt werden. Dazu hat Volker Quaschnig ein Szenario entwickelt, das in

seinem Buch „Systemtechnik einer klimaverträglichen Elektrizitätsversorgung in Deutschland für das 21. Jahrhundert“ nachgelesen werden kann. Auf dieses Buch werde ich mich im folgenden noch des öfteren beziehen.

Quaschnig berechnet, dass der Stromverbrauch bis zum Jahr 2020 auf 418 tWh

gesenkt werden kann, wenn entsprechende Anstrengungen unternommen werden. Ansonsten, so berechnet er in einem zweiten Szenario, könnte der Stromverbrauch sogar weiter steigen, bis 2020 auf 618 tWh.

Alles, was nicht eingespart werden kann, muss durch regenerative Energien bereitgestellt werden. Welche Möglichkeiten zur Nutzung regenerativer Energien es gibt, hängt natürlich von der Form der Energie ab, die gebraucht wird. Dieser Schwerpunkt beschäftigt sich im wesentlichen mit der regenerativen Stromerzeugung. Im folgenden sollen aber auch die anderen Bereiche, in denen Energie verbraucht wird, kurz angesprochen werden. Der problematischste Bereich ist der Verkehr, da hier der Energieverbrauch immer noch steigt. Der Schlüssel zur Lösung des Energieproblems im Verkehr liegt im Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel. Schienengebundene Verkehrsmittel können mit Strom betrieben werden, der sich problemlos regenerativ erzeugen lässt. Die verbleibenden Straßenfahrzeuge könnten auch entweder mit Strom, oder mit Pflanzenöl betrieben werden. Um eine Verringerung des Energieverbrauchs im Flugverkehr zu erreichen wäre es sinnvoll, dort, wo auf fliegen nicht ganz verzichtet werden kann, auf Zeppeline umzusteigen. Diese brauchen zwar für die gleiche Strecke etwa 3 mal so lang, aber auch deutlich weniger Energie. Ein weiterer wichtiger Bereich ist die Raumheizung. Durch verbesserte Isolation kann hier der Energieverbrauch extrem gesenkt werden. Außerdem ist es wichtig, Abwärme, die in der Industrie oder bei der Stromerzeugung entsteht, für die Heizung von Gebäuden zu nutzen. Im übrigen kann die benötigte Heizenergie durch die Verbrennung von Biomasse oder regenerativ erzeugtem Wasserstoff bereitgestellt werden. Auch hierbei könnte gleichzeitig Strom erzeugt werden.

Allgemein gilt: Die Potentiale regenerativer Energiequellen sind riesig, und die Techniken zu ihrer Nutzung stecken absolut nicht mehr in den Kinderschuhen. Wie schnell die Umstellung auf regenerative Energien erfolgt, ist eine Frage der Politik. Dass sie technisch möglich ist wird auf den nächsten Seiten am Beispiel der Stromerzeugung gezeigt.



„So leben wir, so leben wir alle Tage“

# Photovoltaik

## Technische Grundlagen

Die Sonne strahlt in Mitteleuropa mit einer Leistung von rund  $1000 \text{ W/m}^2$  auf die Erde. In den Wüstengebieten Afrikas ist dieser Wert mehr als doppelt so hoch, er verringert sich deutlich, wenn der Himmel bewölkt ist. Die Energie der Sonnenstrahlung kann genutzt werden, um Strom zu erzeugen: Trifft Licht auf Silizium, so werden Elektronen aus dem Kristallgitter gelöst und es entsteht elektrische Energie. Der Wirkungsgrad, also der Anteil der Lichtenergie, die in elektrische Energie umgewandelt werden kann, ist dabei mit 10 – 15 % relativ gering. Das liegt daran, dass nur Licht einer bestimmten Wellenlänge geeignet ist, Elektronen aus dem Silizium herauszulösen. Infrarotstrahlung, die eine zu große Wellenlänge, also zu wenig Energie hat, geht ungenutzt durch das Silizium hindurch. Hat das Licht hingegen zu viel Energie, geht ein Teil als Wärme verloren. Allerdings ist der Wirkungsgrad bei regenerativen Energien nicht so wichtig, da im Gegensatz zu fossilen Brennstoffen, die Ressourcen ja beinahe unbegrenzt zur Verfügung stehen.

## Potential

Die jährlich von der Sonne in Deutschland eingestrahlte Energie beträgt 380.000 tWh. Würde man die gesamte Energie nutzen, könnte man etwa 40.000 tWh elektrische Energie pro Jahr gewinnen. Das ist 10 mal so viel, wie in Deutschland jährlich verbraucht wird.

Geht man davon aus, dass Freiflächen nur in geringem Umfang für Solarzellen genutzt werden sollen, verringert sich das Potential der Sonnenenergie erheblich. Solarzellen könnten dann auf Dachflächen, an Gebäudefassaden und entlang von Verkehrswegen angebracht werden.

Volker Quaschnig berechnet, dass es in Deutschland rund 3000 Mio.  $\text{m}^2$  Dachfläche auf Schrägdächern und 1350 Mio.  $\text{m}^2$  Flachdächern gibt. Dabei sind nicht alle Dächer für die Aufstellung von Solarzellen geeignet. So ist ein Anbringen von Solarzellen auf Dächer mit Nordausrichtung

nicht sinnvoll, auf anderen Dächern gibt es bereits Aufbauten, die ein Anbringen von Solarzellen verhindern. Außerdem muss berücksichtigt werden, dass auch Dachflächen für thermische Solarzellen zur Warmwasserbereitung gebraucht werden. So berechnet Quaschnig, dass auf Dachflächen 112,5 tWh Strom pro Jahr erzeugt werden können.

Bei Gebäudefassaden geht Quaschnig davon aus, dass 25 % der Flächen aufgrund von baulichen Restriktionen nicht zur

verbleibenden Fläche ausscheidet. Auch an Fassaden wird ein Teil der Fläche für solarthermische Nutzung, wie transparente Wärmedämmung benötigt. Dadurch verbleiben nur noch 3 % der Fassadenfläche für die Errichtung von Photovoltaikanlagen, was ein Stromerzeugungspotential von 20,7 tWh pro Jahr ergibt.

Entlang von Verkehrswegen, wie Autobahnen und Schienen, können Solarzellen angebracht werden, die gleichzeitig als Schallschutzwände dienen.

Hier rechnet Quaschnig mit einem Stromerzeugungspotential von 5,7 tWh pro Jahr. Auf Freiflächen sollen 36,5 tWh pro Jahr erzeugt werden, womit durch Photovoltaik insgesamt 175 tWh pro Jahr erzeugt werden können.

Die Rechnung von Quaschnig ist sicherlich eher pessimistisch; Greenpeace berechnet für die Stromerzeugung durch Photovoltaik ein Potential von 539 tWh pro Jahr.

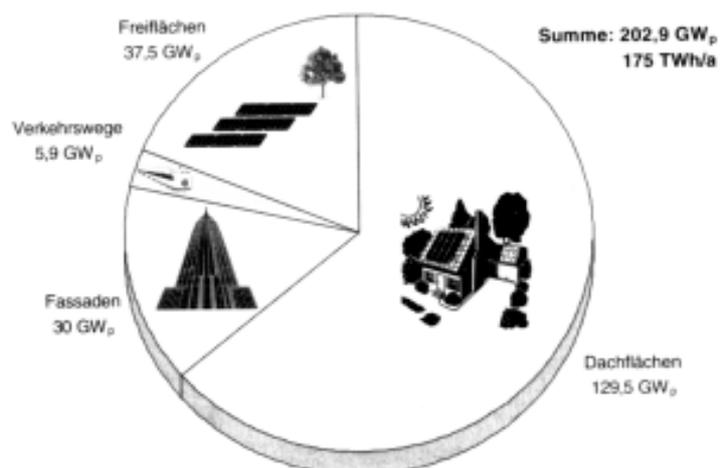
## Realisierung

Wie schnell können diese Potentiale erschlossen werden? Derzeit werden in Deutschland gerade mal 0,04 tWh pro

Jahr durch Photovoltaik erzeugt. Geht man davon aus, dass die neu installierte Leistung pro Jahr um 30 % steigt, können in im Jahr 2020 15,5 tWh durch Photovoltaik erzeugt werden, bis 2050 kann das gesamte von Quaschnig berechnete Potential von 175 tWh ausgeschöpft werden.



Verfügung stehen. 50 % der verbleibenden Fläche sind durch Türen und Fenster verbraucht. Ein Drittel der verbleibenden Fläche ist wegen Abschattung durch benachbarte Gebäude unbrauchbar. Außerdem berücksichtigt er nur Fassaden mit einer Südost- bis Südwest Ausrichtung, wodurch noch einmal 75 % der



# Wind

## Technische Grundlagen

Windenergie wird schon seit dem Mittelalter zum Mahlen von Getreide oder z.B. für Wasserpumpen benutzt. Die Flügel eines Windrades werden dabei durch Auftriebskraft, wie an einem Flugzeugflügel in Bewegung gesetzt. Die Bewegung wird dann, meistens über ein Getriebe, an einen Generator übertragen, der im Prinzip genauso funktioniert wie der Generator eines konventionellen Kraftwerkes.

## Potential

Durch natürliche Vorgänge werden etwa 2% der eintreffenden Sonnenenergie in Wind umgewandelt. Theoretisch könnten somit etwa 4.000 tWh Strom pro Jahr durch die Nutzung der Windenergie gewonnen werden. Wie viel Strom tat-



weshalb einige Standorte aus Naturschutzgründen nicht in Frage kommen.

Zur Frage, wie viele geeignete Standorte für Windkraftanlagen es in Deutschland gibt, gibt es viele verschiedene Studien. Quaschnig berechnet ein Stromerzeugungspotential von 85,3 tWh pro Jahr durch Windkraftanlagen an Land und ein Potential von 78,6 tWh durch Offshore-Anlagen. Greenpeace geht davon aus, dass das Stromerzeugungspotential deutlich höher ist, insgesamt 356 tWh pro Jahr können nach der Studie von Greenpeace durch Windenergie erzeugt werden.

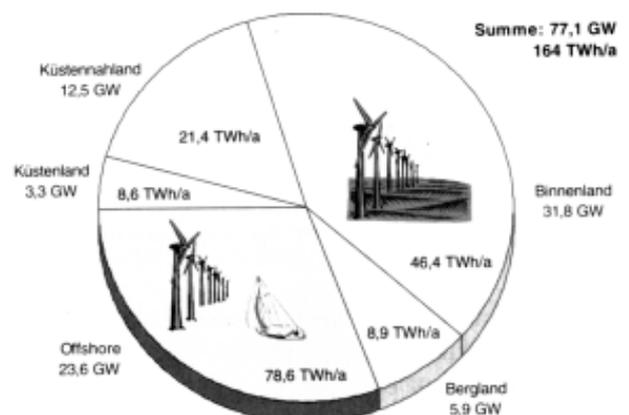
## Realisierung

Im Gegensatz zur Photovoltaik leistet die Windenergie schon heute einen nicht zu vernachlässigenden Beitrag zur Stromversorgung. Im Jahr 2002 wur-

den 11,5 tWh durch Windenergie erzeugt, das sind 2,3 % des Verbrauchs. Die Geschwindigkeit des Ausbaus der Windenergie ist erstaunlich. Auch die optimistischsten Prognosen wurden von der Realität überholt. Quaschnig geht beispielsweise auf der Grundlage von Daten von 1999 davon aus, dass im Jahr 2020 24,2 tWh pro Jahr durch Windenergie erzeugt werden können. Dieser Wert wird, nach heutigen Daten, bereits spätestens im Jahr 2008 erreicht werden.

sächlich durch Windenergie erzeugt werden kann, hängt davon ab, welche Standorte für Windkraftanlagen als geeignet angesehen werden. Derzeit werden Windkraftanlagen hauptsächlich in küstennahen Gebieten errichtet, weil hier die Windgeschwindigkeit am größten ist. Nimmt man gewisse Abstriche bei der Energieausbeute in Kauf, gibt es aber auch im Binnenland sehr viele geeignete Standorte. Hinzu kommt, dass Windkraftanlagen wegen der Geräuschentwicklung und des Schattenwurfs nicht in der Nähe von Wohngebieten aufgestellt werden dürfen. So muss ein Mindestabstand von 500 Metern zu Dörfern und 300 Metern zu einzelnen Häusern eingehalten werden. Wichtig ist, dass die Bevölkerung in die Planung von Windkraftanlagen einbezogen wird, sonst ist es kein Wunder, wenn die Anlagen nicht akzeptiert werden.

Außerdem werden auch Vögel durch Windkraftanlagen beeinträchtigt,



**iz3w** ◀

iz3w ▶ Zeitschrift zwischen Nord und Süd

[www.iz3w.org](http://www.iz3w.org)

Gegen die Zumutungen des globalen Kapitalismus, gegen Rassismus oder das Gerede von 'ethnischen Konflikten' wendet sich die **iz3w** alle 6 Wochen auf 52 Seiten. Die Beiträge und Themenschwerpunkte beschäftigen sich mit Weltwirtschaft und Entwicklungspolitik, mit Migration, sozialen Bewegungen, Ökologie, Soziokultur und kritischen Theorien.

Einzelheft € 4,- · Abo € 32,-

▶ Bezug: linker Buchhandel, Dritte-Welt-Läden oder Informationszentrum 3. Welt

**iz3w** ▶ PF 5328 · D-79020 Freiburg  
Fon (0761) 740 03 · Fax 70 98 66  
info@iz3w.org · www.iz3w.org

# Wasserkraft

## Technische Grundlagen

Wasserkraft wurde in Deutschland von Anfang an zur Stromerzeugung genutzt, da die Stromgestehungskosten sehr niedrig sind. Das erste Kraftwerk ging bereits 1891 in Betrieb.

Bei Wasserkraftanlagen unterscheidet man zwischen Laufwasserkraftwerken, Speicherspeicherkraftwerken und Pumpspeicherkraftwerken. Laufwasserkraftwerke werden an Flüssen oder Bächen errichtet, ihre Leistung ist direkt vom momentanen Wasserangebot abhängig. Speicherspeicherkraftwerke verfügen über einen Wasserspeicher, meist einen Stausee, so dass jahreszeitliche Schwankungen im Wasserangebot ausgeglichen werden können.

Pumpspeicherkraftwerke dienen nicht der Erzeugung, sondern der Speicherung elektrischer Energie. Sie nehmen in einem Energieversorgungssystem mit regenerativen Energien eine wichtige Rolle ein, da zeitliche Schwankungen des Energieangebots ausgeglichen werden müssen. Hierauf wird später noch genauer eingegangen.

## Potential

Die theoretisch aus Wasserkraft gewinnbare Energie wird auf 100 tWh pro Jahr geschätzt. Quaschnig geht davon aus, dass etwa ein viertel dieser Energie genutzt werden können und schätzt das Stromerzeugungspotential von Wasserkraft auf 25 tWh pro Jahr. Der

Wert von Greenpeace liegt mit 26,5 tWh in der gleichen Größenordnung.

## Realisierung

Im Jahr 2002 wurden 19,8 tWh Strom durch Wasserkraft erzeugt. Dieser Wert ist vom theoretisch erreichbaren Wert nicht allzuweit entfernt. Eine Steigerung ist vor allem durch den Bau von Klein- und Kleinstanlagen möglich. Seit 1950 sind in Deutschland 30.000 Anlagen mit Leistungen von unter 100 kW stillgelegt worden, weil sie angeblich unwirtschaftlich waren. Außerdem kann der Wirkungsgrad bestehender Anlagen verbessert werden.

# Biomasse

## Technische Grundlagen

Bei der Biomassenutzung wird zwischen der Nutzung von Reststoffen aus der Land- und Forstwirtschaft und der Nutzung speziell angebaute Energiepflanzen unterschieden. Während die Nutzung von Reststoffen unproblematisch ist, ist der Anbau von Energiepflanzen nur begrenzt möglich, da der Anbau von Lebensmitteln eingeschränkt wird.

Am sinnvollsten ist die Nutzung von Biomasse in Blockheizkraftwerken (BHKW) mit Kraft- Wärme-Kopplung. Das heißt, dass gleichzeitig Strom erzeugt und Wärme produziert wird. Als Verbrennungsprodukt kann dabei sowohl die Biomasse selbst (Holz, Stroh, etc.) als auch weiterverarbeitete Produkte wie Biogas oder Pflanzenöl dienen.

BHKWs können entweder wärmegeführt oder lastgeführt betrieben werden. Wärmegeführte BHKWs werden dann betrieben, wenn Wärme benötigt wird. Lastgeführte BHKWs sollen hingegen dann betrieben werden, wenn Strom benötigt wird, also wenig Strom aus anderen regenerativen



Energieträgern wie Wind oder Sonne zur Verfügung steht.

## Potential

Quaschnig geht davon aus, dass durch die Nutzung von Reststoffen 44 tWh Strom pro Jahr erzeugt werden könnten. Da dieser Wert allerdings bei einer extensiveren Landwirtschaft geringer wird und da es nicht möglich ist, wirklich alle Reststoffe zu erfassen, wird von einem Stromerzeugungspotential von 33 tWh pro Jahr ausgegangen.

Quaschnig geht davon aus, dass nur eine geringe Fläche für den Anbau von Energiepflanzen zur Verfügung steht, so dass lediglich weitere 17 tWh Strom pro Jahr durch die Nutzung Energiepflanzen erzeugt werden können. Somit ergibt sich insgesamt ein Potential von 50 tWh pro Jahr für die Stromerzeugung aus Biomasse. Greenpeace geht von einem etwas höheren Potential von 73 tWh pro Jahr aus.

## Realisierung

Derzeit werden 1,8 tWh Strom pro Jahr aus Biomasse gewonnen. Hinzu kommen 3 tWh durch Müllverbrennung, was einige Autoren ebenfalls zur Biomasse rechnen.

Quaschnig geht davon aus, dass im Jahr 2020 25 tWh aus Biomasse gewonnen werden können. Bis zum Jahr 2050 können die vollen 50 tWh pro Jahr ausgeschöpft werden.

# Zusammenfassung

## Potentiale

Das gesamte Potential regenerativer Energieträger ist groß genug, um den Stromverbrauch Deutschlands zu decken. Nach der vorsichtigen Schätzung von Quaschnig beträgt das Potential 414 tWh pro Jahr und ist damit genauso groß wie der Stromverbrauch nach dem Energie-sparzenario.

Greenpeace berechnet sogar ein Potential, das doppelt so hoch ist, wie der derzeitige Verbrauch. Insgesamt fast 1000 tWh pro Jahr können laut Greenpeace aus regenerativen Energiequellen erzeugt werden.

Wie schnell wird die Umstellung vorangehen? Quaschnig rechnet damit, dass im Jahr 2020 27,5% des Verbrauchs durch regenerative Energieträger gedeckt werden können. Wie bereits erwähnt ist seine Schätzung aber bei der Windenergie

viel zu vorsichtig. Im Jahr 2050 kann nach Quaschnig der gesamte Elektrizitätsbedarf regenerativ erzeugt werden.

Spätestens bis zum Jahr 2050 kann also unser gesamter Strom aus erneuerbaren Energien kommen. Um die CO<sub>2</sub> Emissionen schon jetzt zu senken, müssen die fossilen Brennstoffe viel besser ausgenutzt werden. Das bedeutet: Ausgediente Kohlekraftwerke müssen durch Gas- und Dampf- Kraftwerke mit hohem Wirkungsgrad ersetzt werden. Außerdem muss die Kraft-Wärme Kopplung stark ausgebaut werden.

Es fehlt die riesige Last der externen Kosten, die den konventionellen Stromerzeugern durch die Gesellschaft abgenommen wird.

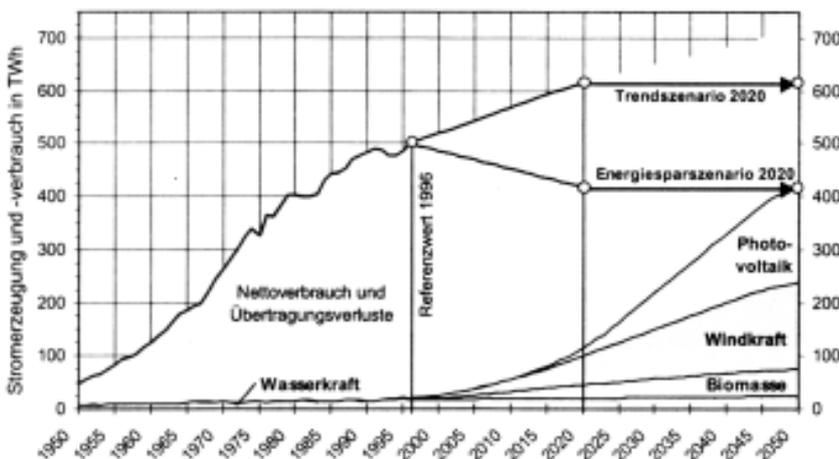
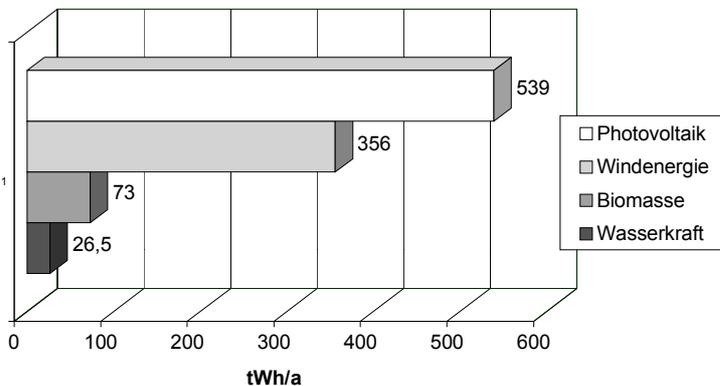


## Was muss geschehen?

Mit dem Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) hat die Bundesregierung ein sinnvolles Instrument zur Förderung regenerativer Energien geschaffen. Das funktioniert so: Wer Strom aus erneuerbaren Energien produziert, kann diesen ins öffentliche Netz einspeisen und bekommt dafür eine festgelegte Vergütung. Die Vergütung soll so bemessen sein, dass die Anlagen wirtschaftlich betrieben werden können. Gerade bei der Sonnenenergie ist die Vergütung von 45 Cent pro Kilowattstunde aber nur an günstigen Standorten kostendeckend. Insgesamt kann man aber sagen, dass der Ausbau erneuerbarer Energien durch das EEG möglich ist. Für eine Energiewende ist das EEG aber als einziges Instrumentarium noch zu wenig. Im Bereich der Kraft-Wärme Kopplung setzt die Bundesregierung hauptsächlich auf eine Selbstverpflichtung der Industrie, die am 25.06.01 unterzeichnet wurde. Es ist aber sehr fraglich, ob die großen Stromkonzerne tatsächlich zum Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung bereit sind. Denn: Je mehr Strom aus Kraft-Wärme-Kopplung produziert wird, desto weniger können sie aus ihren Großkraftwerken verkaufen.

Dabei wäre die Lösung des Problems ganz einfach: Bei den Preisen für fossile Energieträger und Uran müssten auch die Folgekosten berücksichtigt werden. Dann sind regenerative Energien und Kraft-Wärme-Kopplung ohne jede Subvention preisgünstiger.

Technisches Potential regenerativer Stromquellen in Deutschland nach Greenpeace



Entwicklung von Verbrauch und regenerativer Erzeugung nach Quaschnig

# Zeitliche Schwankungen

Zum Aufbau einer Energieversorgung aus regenerativen Energieträgern stehen genug Ressourcen zur Verfügung. Das heißt aber noch nicht, dass eine solche Energieversorgung auch wirklich möglich ist. Das Problem ist, dass sich Strom nicht speichern lässt. Die von regenerativen Energien erzeugte Leistung schwankt, abhängig von den Wetterbedingungen, sehr stark. Kann es gewährleistet werden, dass der Energiebedarf trotzdem jederzeit durch regeneraive Energieträger gedeckt wird?

Zu dieser Frage hat Volker Quaschnig umfangreiche Untersuchungen durchgeführt. Quaschnig ermittelt für sämtliche regenerativen Energieträger über ein Jahr den zeitlichen Verlauf der Leistung. Grundlage für seine Betrachtungen sind Wetterdaten aus dem Jahr 1991, weil in diesem Jahr ein nahezu durchschnittliches Gesamtangebot an Solar- und Windenergie vorlag. Danach analysiert Quaschnig den zeitlichen Verlauf des Verbrauchs, beide Verläufe können dann verglichen werden um zu ermitteln, wann ein Energieüberschuss und wann Energiemangel vorliegt. Anschließend muss nach Möglichkeiten gesucht werden, die ermittelten Differenzen auszugleichen. Dazu gibt es eine Reihe von Möglichkeiten:

- Verlagerung des Stromverbrauches zu Zeiten, in denen genug Energie zur Verfügung steht
- Sinnvoller Einsatz lastgeführter Blockheizkraftwerke
- Nutzung von bestehenden Pumpspeicherkraftwerken
- Ausgleich durch großräumige Energieversorgungsnetze
- Bau neuer Speicherkraftwerke
- Betrieb konventioneller Kraftwerke

Zunächst kommt Quaschnig aber zu dem Ergebnis, dass gut 30 % des Stroms aus regenerativen Energien gewonnen werden können ohne dass zusätzliche Maßnahmen erforderlich sind.

Zur Verlagerung des Stromverbrauchs schlägt Quaschnig

vor, dass die Stromkosten vom Angebot regenerativer Energie abgängig sein sollten. In den Haushalten könnten dann „Tarifampeln“ angebracht werden, die bei teurem Tarif auf rot geschaltet sind, bei mittleren Preisen auf gelb und bei billigem Strom auf grün schalten. Unterstützt wird das Konzept durch technische Maßnahmen: So könnten Tiefkühlgeräte bei großem Stromangebot einige Grad runterkühlen, damit sie bei Stromknappheit abgeschaltet bleiben. Andere Geräte, wie Spül- oder Waschmaschinen könnten mit Tarifschaltern ausgestattet werden, so dass sie automatisch bei niedrigem tarif eingeschaltet werden.

Jedoch auch mit diesen Maßnahmen und der Nutzung von BHKWs und Pumpspeicherkraftwerken lässt sich noch keine vollständige Anpassung von Stromangebot und -Verbrauch erzielen. Deshalb muss ein Ausbau der Energieversorgungsnetzte erfolgen. Strom lässt sich heute auch über große Entfernungen mit geringen Verlusten übertragen. Neben den klassischen Drehstromleitungen ist für große Entfernungen die Hochspannungsgleichstrom-Übertragung (HGÜ) sinnvoll. Hierbei betragen die Verluste nur 2,5 % auf 1000 km. Durch den Austausch von Strom in Ost-West Richtung können tageszeitliche Schwankungen ausgeglichen werden. Auch Stromimport aus Gebieten mit einem Überangebot regenerativer Energieträger ist denkbar. Neben den Ländern Nordafrikas, die ein sehr großes Angebot an

Sonnenenergie haben, besteht in vielen Ländern auch ein Überangebot an Windenergie (s.u.).

So ist der Bau von Speicherkraftwerken zur Deckung der Nachfrage wahrscheinlich gar nicht unbedingt nötig. Er ist aber in jedem Fall sinnvoll, da durch den regenerativen Kraftwerkspark in jedem Fall Überschüsse entstehen, die sonst ungenutzt blieben. Den besten Wirkungsgrad von ca 75 % haben dabei Pumpspeicherkraftwerke. Der Bau solcher Kraftwerke ist aber nur begrenzt möglich. Eine weitere Möglichkeit zur Energiespeicherung ist die Herstellung von Wasserstoff. Die Speicherung z.B. in unerirdischen Salzkavernen ist technisch kein Problem. Zur Stromerzeugung können Gasturbinen eingesetzt werden, wie sie schon heute mit Erdgas betrieben werden. Dabei ist der Wirkungsgrad allerdings relativ gering. Mit Brennstoffzellen werden sich zukünftig aber Wirkungsgrade von 50 % erzielen lassen.

In der Übergangszeit werden auf jeden Fall noch konventionelle Kraftwerke gebraucht werden. Kohle- und Kernkraftwerke sind aber völlig ungeeignet, da ihre Leistungsabgabe nur sehr langsam reguliert werden kann. Gas- und Dampfkraftwerke und BHKWs können ihre Leistungsabgabe deutlich schneller an das schwankende Angebot der regenerativen Energien anpassen. Außerdem ist ihr Wirkungsgrad höher. Beim Neubau von Kraftwerken ist außerdem darauf zu achten, dass sie auch in Mischfeuerung mit Biomasse und mit Wasserstoff betrieben werden können.

Tabelle 6.9 Nettoverbrauch, Nutzung der Windenergie und Potentiale der Windenergienutzung einiger EU-Länder mit Übertragungsentfernungen von weniger als 1.000 km nach Deutschland (Daten: [VIK; Sel90; Pon95; Dan99])

alle Angaben in TWh	Nettoverbrauch 1995	Erzeugung aus Windkraft	Stromerzeugungspotential	
			an Land	Offshore
Belgien	69,8	0,008 <sup>1)</sup>	82	24
Niederlande	85,6	0,317 <sup>1)</sup>	118	136
Dänemark	31,6	1,830 <sup>2)</sup>	103	550
Frankreich	367,9	0,009 <sup>1)</sup>	563	477
Großbritannien	306,2	0,352 <sup>1)</sup>	1.760	986
Irland	14,9	0,016 <sup>1)</sup>	395	183
Italien	243,4	0,010 <sup>1)</sup>	363	154
<b>Summe</b>	<b>1.119,4</b>	<b>2,5</b>	<b>3.384</b>	<b>2.510</b>

<sup>1)</sup> Bezugsjahr 1995 <sup>2)</sup> Bezugsjahr 1997

# Ökostrom

Beim Telefonieren tut's fast jeder. Beim Licht anknipsen kann es seit knapp vier Jahren auch jeder tun: Den Anbieter frei auswählen. Seit 1998 das Strommonopol in Deutschland gekippt wurde, kann jeder Verbraucher selbst entscheiden, wer ihm den Strom liefert und vor allem: was für Strom geliefert wird. Während beim Telefonieren ganz klar der Preis entscheidet, wer das Rennen macht, können bei der Wahl des Stromanbieters auch ökologische Ansprüche des Kunden das Entscheidungskriterium sein. Mittlerweile hat sich eine grüne Nische auf dem Strommarkt entwickelt, die nicht mehr auf den ersten Blick zu durchschauen ist.

Dutzende Stromanbietern offerieren Ökostromtarife, die sich nicht nur nach dem Preis, sondern auch nach der „Qualität“ des Stroms und der Art der Vermarktung unterscheiden. Gar nicht so einfach, in diesem Anbieter-und-Tarife-Dschungel eine Entscheidung zu treffen. Daher wird der Ökostrommarkt in diesem Artikel etwas näher beleuchtet. Diese Informationen sollen grundsätzlich klären, unter welchen Bedingungen es sinnvoll ist, Ökostrom zu beziehen. Außerdem sollen sie dem zukünftigen Ökostromkunden helfen, für sich persönlich zu entscheiden, welche Art von grünem Strom er haben möchte.

See vergleichbar, der aus den verschiedensten Quellen gespeist wird und aus dem an vielen Stellen Wasser (bzw. Strom) entnommen wird. Dem entnommenen Wasser kann man jedoch die einzelnen Quellen nicht mehr zuordnen.

## Warum Ökostrom kaufen, wenn man keinen Ökostrom bekommt?

Auch wenn kein grüner Strom aus der heimischen Steckdose kommt, kann der Wechsel zu einem Ökostrom-Tarif einen ökologischen Nutzen haben. Allerdings nur, wenn die Finanzspritze nicht nur die Taschen des Anbieters füllen, sondern damit die regenerative Energieerzeugung ausgeweitet wird. Letztlich sind Ökostrom-Tarife ein finanzielles Förderinstrument für den Bau von Anlagen, mit denen regenerative Energien genutzt werden. Der Grundgedanke ist es, die Ökostrom-Produktion immer mehr zu steigern, so dass der Anteil von grünem Strom in oben beschriebenen Strompool stetig größer wird. Nach und nach könnten damit Atomkraftwerke und fossile Kraftwerke überflüssig werden. Sinnvoll ist diese Art der Förderung jedoch nur, wenn Anlagen gebaut werden, die nicht sowieso aufgrund des Erneuerbare-Energien-Gesetzes gebaut würden.

Welcher Ökostrom-Tarif bringt den größten Beitrag zur Energiewende?

Die Ökostrom-Tarife sind alles andere als einheitlich geregelt. Fast jeder Anbieter hat seine eigenen Besonderheiten. Allerdings lassen sich alle Tarife grob zwei alternativen Vermarktungsmodellen zuordnen, die hier als Extreme vorgestellt werden. Auf dem Ökostrommarkt finden sich jedoch verschiedene Varianten und Kombinationen der Modelle.

## Das Durchleitungsmodell

Beim Durchleitungsmodell wird dem Kunden eine Vollversorgung mit Ökostrom geboten. Auch wenn eine physikalische Lieferung nicht möglich ist, bekommt der Kunde rein rechnerisch den grünen Strom geliefert. Bei zeitgleicher Einspeisung hat der Kunde dann

## Was ist Ökostrom ?

Die Definition von Ökostrom ist zunächst noch relativ einfach. In erster Linie ist es der Strom, der aus erneuerbaren Energieträgern gewonnen wird, vor allem aus Wind, Wasser, Sonne und Biomasse. In einigen Ökostrom-Angeboten ist außerdem Strom enthalten, der in Kraft-Wärme-Kopplungs-Kraftwerken erzeugt wird. In KWK-Anlagen werden zwar fossile Energieträger wie Gas oder Kohle eingesetzt, aber deutlich effizienter genutzt, als in herkömmlichen Kraftwerken. Bei der normalen Stromproduktion gehen etwa zwei Drittel der Energie von Gas oder Kohle als Abwärme verloren. Bei KWK-Anlagen dagegen können die eingesetzten fossilen Energien zu 70 bis 90 Prozent genutzt werden, weil mit dem Nebenprodukt Wärme beispielsweise geheizt oder Wasser erwärmt wird.

Wesentlich komplizierter ist die Verteilung von Ökostrom. Rein physikalisch ist es nicht möglich einem Kunden eine bestimmte Stromart, sei es nun Ökostrom oder konventioneller Strom (=Egalstrom), zu liefern. Die - eher seltene - Ausnahme ist die direkte Versorgung eines Haushalts durch das Windrad, das hinterm Haus Strom erzeugt, der per direkter Leitung Lichtschalter, Computer und Toaster erreicht. In den meisten Fällen läuft die Stromversorgung jedoch über die allgemeinen Versorgungsnetze, in die der Ökostrom eingespeist wird, aber nicht vom Egalstrom getrennt werden kann. Damit ist der (deutsche) Strompool mit einem großen



nichts mehr mit seinem alten Energieversorgungsunternehmen zu tun und wird komplett von einem Ökostromanbieter versorgt. Der Nachteil bei dieser extremsten Variante des Durchleitungsmodells ist, dass die Vergütung nach dem EEG nicht in Anspruch genommen wird, sondern der Ökostrom auf einem separaten Markt gehandelt wird, so dass ausschließlich die Öko-Kunden den grünen Strom finanzieren. Gleichzeitig sinken auf dem Egalstrommarkt die Preise, weil weniger Ökostrom nach dem EEG vergütet wird und so die Umlage auf Egalstromkunden geringer wird. Im Gegensatz zum Aufpreismodell (siehe unten) besteht beim Durchleitungsmodell für den Kunden die Chance, komplett von einem Anbieter versorgt zu werden, der ausschließlich mit grünem Strom handelt und nicht in einem anderen Geschäftsbereich in Atomstrom-Geschäfte verwickelt ist.

### Das Aufpreismodell ...auf der Basis von Egalstrom

Bei diesem Modell liefert das örtliche Energieversorgungsunternehmen, weiterhin den Strom. Der Ökostrom-Anbieter übernimmt für den Kunden die Rechnung der Avacon AG und erhebt zusätzlich einen Aufpreis, mit dem die Erzeugung von Ökostrom unterstützt wird. Bei diesem Modell wird der Ökostrom nach den Tarifen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes vergütet. Nach dem EEG haben (fast) alle Erzeuger von Strom aus erneuerbaren Energien einen Anspruch darauf, dass ihre

Kraftwerke an das öffentliche Netz angeschlossen werden. Die Mehrkosten für die Erzeugung von Ökostrom finanziert jeder (Egal)Stromkunde über seine ganz normale Rechnung mit.

Mit dem Aufpreis, den die Ökostrom-Kunden beim Aufpreismodell zusätzlich zahlen, können Anlagen gefördert werden, für die die gesetzliche Vergütung nicht ausreicht oder die nach dem EEG nicht vergütet werden, aber unter Umständen trotzdem ökologisch sinnvoll sind. Beim Aufpreismodell muss dem Kunden klar sein, dass er nicht „Eigentümer“ des Ökostroms werden kann, bzw. dass er keine rechnerische „Vollversorgung“ mit Ökostrom bekommt. Das ist jedoch nicht weiter relevant, da bei diesem Modell allein entscheidend ist, dass der Kunde mit einer „Spende“ den Ausbau regenerativer Energien fördert.

### ... auf der Basis von regenerativ erzeugtem Strom

Auch bei dieser Variante des Aufpreismodells trägt der Kunde zur Förderung zusätzlicher Ökostrom-Anlagen bei. Gleichzeitig wird der Kunde (vergleichbar dem Händlermodell) ausschließlich mit Ökostrom versorgt, aber nur zu einem Teil mit Ökostrom, der einen Umweltgewinn bedeutet. Der andere Teil des Stroms wird entweder in Anlagen erzeugt, die nach dem EEG vergütet werden, also auch ohne die Nachfrage des Ökostromkunden gebaut worden wären, oder die bereits im Wettbewerb bestehen können und keine Extra-Förderung mehr brauchen.

### Also

Egal ob Durchleitungs- oder Aufpreismodell: In beiden Fällen ist allein entscheidend, ob in neue Anlagen investiert wird, die ohne die Nachfrage des Ökostromkunden nicht gebaut würden. Nur so wird ein Beitrag zur Energiewende geleistet, alles andere ist ausschließlich ein gutes Geschäft für die Stromanbieter...

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, welche Ökostrom-Angebote von vorne herein ausgeschlossen werden können. Manch Anbieter verkauft Strom, der in alten, längst abgeschriebenen Anlagen erzeugt wird, neuerdings als „öko“. Auch wenn der Strom aus regenerativen Energieträgern gewonnen wird, hat der Tarif keinen ökologischen Nutzen, wenn keine einzige neue Anlage gebaut wird. Stattdessen wird den Kunden der Strom, der schon seit Jahren zu Normal-Preisen verkauft wurde, nun als teurerer Ökostrom angeboten. Bestes und bekanntestes Beispiel für diese Art der Abzockerei ist e.on mit den Angeboten „aquapower“ und „Natur-Power“.

### Label

Stellt sich für den willigen Ökostromkunden die Frage: wie wird glaubwürdig nachgewiesen, ob der grüne Strom in neuen oder alten Anlagen erzeugt wird? Als Wegweiser durch den grünen Strommarkt sind zur Zeit verschiedenen Zertifikate bzw. Label im Umlauf. Aber: Auch bei den Wegweisern gibt's qualitative Unterschiede. Eine wirkliche Hilfe sind sie daher erst dann, wenn der Verbraucher weiß, nach welchen Kriterien Strom zu Ökostrom deklariert wird.

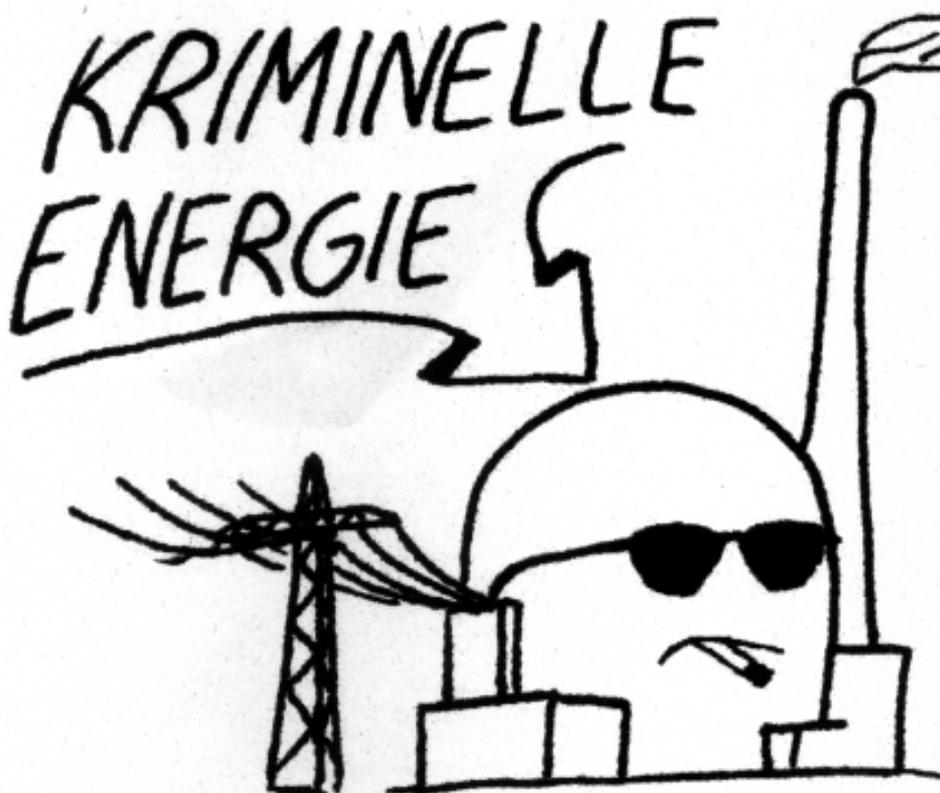
				
ok power	Grüner Strom Label gold	Grüner Strom Label silber	UMWELTSCHUTZ TÜV-Zertifikat	Öko-Institut e.V. läuft aus
mind. zwei Drittel aus erneuerbaren Energieträgern, die nicht älter als 3 Jahre sind.	100 % reg. Energie 75% der Kundenzahlungen fließen in den Neubau von Anlagen	mind. 50% reg. Energie jährlicher Anlagen-zubau um 10%	mind. 50% reg. Energie keine Bedingungen zum Zubau von Neuanlagen	100% reg. Energie 25% der Anlagen müssen Neuanlagen sein

# So funktioniert's!!

Hier kurz der Ablauf was passiert, wenn man zu einem Ökostrom-Unternehmen wechselt.

- Zuerst ein Unternehmen aussuchen und evtl. die Mehrkosten berechnen.
- Dann den Vertrag unterschreiben, eine Kopie der letzten Rechnung des Unternehmens beifügen, von wo man jetzt den Strom bezieht. Gleichzeitig unterschreibt man eine Vollmacht, um das neue Unternehmen zu bevollmächtigen, bei dem alten Unternehmen zu kündigen u.a..
- Dann kann es ein bißchen dauern, bis man wirklich den Strom von dem anderen Unternehmen beziehen kann, da sie oft noch Verhandlungen mit dem alten Unternehmen führen müssen. Man bekommt dann aber Nachricht.
- Wenn die Kündigung durch ist, kommt ein Mensch des alten Unternehmens und liest den Zähler ab, um eine Abschlußrechnung zu erstellen.
- Ab dann zieht das neue Unternehmen die Abschlagszahlung für den Strom ein. Wie hoch diese sein wird, wird in einem Brief mitgeteilt. Es werden die Daten aus der letzten Rechnung des alten Unternehmens zugrunde gelegt.
- Bei Strom nach dem Durchleitungsmodell bekommt man dann von dem alten Unternehmen einen Netznutzungsvertrag zugeschickt. Er besagt, daß man sich bei Problemen immer noch an das alte Unternehmen wenden kann, wenn es Probleme gibt. Dazu sind sie verpflichtet, und das neue Unternehmen zahlt dafür auch. Also keine Angst, wenn es mal Probleme mit dem Strom gibt. Es wird immer noch schnell geholfen.

**Übrigens:** Auch in Mietwohnungen ist der Bezug von Ökostrom möglich. Vorausgesetzt zur Wohnung gehört ein eigener Zähler. Das Einverständnis des Vermieters ist nicht notwendig. In Wohnheimen klappt's in der Regel leider nicht.



## Oktober

bis 2. März

Naturphotos des Jahres 2002  
Ausstellung  
von Dienstag - Freitag, 9.30 - 17 Uhr  
Sa+So+Feiertags von 10 - 18 Uhr:  
Museum für Naturkunde der Humboldt-Universität zu Berlin  
Invalidenstr. 43, Berlin-Mitte  
<http://www.museum.hu-berlin.de>

ab 8. Oktober

Ausstellung „Auf dem Weg ... - Berlin auf dem Weg zu einer fußgängerfreundlichen Stadt?“  
Berlin  
8.10-1.11. Rathaus Charlottenburg  
5.-29.11. Rathaus Neukölln -  
2.-27.12. Rathaus Zehlendorf  
Veranstalter: Fuss e.V., LV Berlin,  
Tel. 030/4927473

24.-25. Oktober

Neue Wege in der Lärmsanierung -  
Ansätze und Erfolge systematischer Lärmsanierung in innerstädtischen Wohnvierteln  
Tagung - Wien  
Veranstalter: PlanSinn  
Tel. 0341585339014  
eMail: [sylvie@plansinn.at](mailto:sylvie@plansinn.at)

**25.-27. Oktober**

**BSÖ-Aktiventreffen in Lüneburg,**  
Infos in der BSÖ-Geschäftsstelle

25.-27. Oktober

Direct Action Treffen in  
Oberstenfeld Infos unter  
<http://www.da-treffen.ch.vu/>

28. Oktober bis 1. November

Jugendaktionskongress  
Waldorfschule Schwäbisch Hall  
Infos:  
BUNDjugend Ba-Wü  
Rotebühlstr. 86/1, 70178 Stuttgart  
Tel.: 0711-61970-20, Fax: -13  
Mail: [bundjugend.bw@bund.net](mailto:bundjugend.bw@bund.net)  
[www.jugendaktionkongress.de](http://www.jugendaktionkongress.de)

28.-29. Oktober

Radverkehrsförderung in der kommunalen Verkehrspolitik  
Tagung - Berlin.  
Veranstalter: Deutsches Institut für Urbanistik, Tel. 030/39001258 -  
eMail: [alber@difu.de](mailto:alber@difu.de)

28.-30. Oktober

Marktwirtschaftl. Instrumente für den Klima- und Ressourcenschutz  
Anmeldung: Ev. Akademie Loccum, Geschäftsstelle, PF 2158, 31545 Rehburg-Loccum, Tel: 0 57 66 / 810

30.-31. Oktober

FFH-Verträglichkeitsprüfung  
- aktuelle Aspekte und Erfahrungen  
- Schneverdingen  
Veranstalter: Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz,  
Tel. 05198/98 90-71

## November

01.-03. November

2. Ökonux - Konferenz in Berlin  
Kontakt: [smerten@oekonux.de](mailto:smerten@oekonux.de)  
[www.opentheory.org/oxkonferenz2/text.phtml](http://www.opentheory.org/oxkonferenz2/text.phtml)

4.-5. November

Raum + Mobilität: Wohnen und Arbeiten mit weniger Verkehr  
- Tagung - Uni Dortmund.  
Veranstalter: Uni Dortmund FG Verkehrswesen u. Planung,  
Tel. 0231/755-6489  
eMail: [rave@uni-dortmund.de](mailto:rave@uni-dortmund.de)

6.-10. November

World Bank Boycott Strategy Meeting, Rom  
<http://www.aseed.net>

6. und 7. November

„Umweltschonender Einkaufs- und Freizeitverkehr - Strategien, Modellprojekte, Erfahrungen“  
06.11. in Halle (im Stadthaus) und  
07.11. in Leipzig (Neues Rathaus)  
Veranstalter: Wuppertal Institut Abt. Verkehr, Tel. 0202/2492261  
[petra.bernhardt@wupperinst.org](mailto:petra.bernhardt@wupperinst.org)  
[www.tagung-halle-leipzig.de](http://www.tagung-halle-leipzig.de)

6.-8. November

Seminar: Soja - so Nein?!  
Handlungsperspektiven für einen nachhaltigen Sojahandel  
Anmeldung: Ev. Akademie Loccum, Geschäftsstelle, PF 2158, 31545 Rehburg-Loccum  
Tel: 0 57 66 / 81 - 0, Fax: - 9 00

7.-9. November

Europäisches Sozialforum (European Social Forum) in Florenz (Firenze), Italien  
mehr Infos siehe:  
<http://www.italy.indymedia.org> und  
<http://www.de.indymedia.org>  
[wsf@fse-esf.org](mailto:wsf@fse-esf.org)

8. November

Wildnis vor der Stadt in Illingen im Saarland  
NABU-Fachtagung mit Zweckverband Illrenaturierung  
Infos+Anmeldung:  
NABU Bundesverband, 53223 Bonn  
Tel: 0228 / 40 36 - 168, Fax: -200  
[NABU@NABU.de](mailto:NABU@NABU.de),  
<http://www.NABU.de>

09. November

Auftaktdemo zu den Protesten gegen den Castortransport ins Wendland  
Gorleben, 13 Uhr  
siehe S. 4,  
Infos unter: [www.castor.de](http://www.castor.de)

9.-10. November

Bundesdeligiertenversammlung des VCD-Bundesverbandes  
Tagungsort: Werkhof Hannover Nordstadt, Schaufelder Str. 11  
Die Deligiertenversammlung ist für alle Mitglieder des VCDs öffentlich!

10. November

International Actions against Shell 5 Jahrestag des Mordes an Ken Saro Wira und den anderen 8 Ogoni-Aktivisten  
[mosopgb@aol.com](mailto:mosopgb@aol.com)

10.-11. November

Aktionskonferenz: Nordsee-Visio nen, 18 Jahre nationale und internationale Nordseeschutz-Politik: Bilanz und Ausblick  
Infos+Anmeldung: Aktionskonferenz Nordsee e.V., Kreuzstr. 61, 28359 Bremen Tel: 0421 / 7 76 75, [AKNeV@gmx.de](mailto:AKNeV@gmx.de), [www.AKNeV.org](http://www.AKNeV.org)

ab 11. November

Castor-Transport ins Wendland  
siehe S. 4  
Infos unter [www.castor.de](http://www.castor.de)

**BÖT-**

**-Plakat**

## November

13. November

Urlaubsziel Natur - Natur als Produkt im Schleswig-Holst. Tourismus - Tagung - Neumünster.  
Veranstalter: Umweltakademie S.-H.,  
Tel.043/21907144, Mail: anmeldung@umweltakademie-sh.de

14. November bis 12. Dezember

Seminarreihe zur Überlebensfrage KRIEG und FRIEDEN: „Moderne Kreuzzüge“  
alle Veranstaltungen Donnerstag abends im Paradox, Bernhardstr. 12, Bremen  
Infos: www.buko.info

21. bis 22. November

Natogipfel in Prag  
Infos: www.projektwerkstatt.de  
http://www.csaf.coz/english  
intersec@csaf.cz

20.-24. November

Zwei Jahrzehnte Horber Schienen-Tage in Horb am Neckar.  
Veranstalter: PRO BAHN Verlag und Reisen GmbH, Tel. 080/533471  
eMail: horber@schienen-tage.de,  
http://www.schienen-tage.de

23. November

Corporate War  
Krieg, Konzerne und demokratische Bewegungen  
Jahrestagung zu Themen: Sind multinationale Konzerne wie Bayer noch zu stoppen?  
in Düsseldorf  
Infos und Anmeldung:  
Koordination gegen BAYER-Gefahren, PF 15 04 18,  
40081 Düsseldorf,  
Tel: 0211 / 33 39 - 11 Fax:: - 40  
CBGnetwork@aol.com

25.-28. November

„Nein zu ALCA - Ein anderes Amerika ist möglich!“  
II. Internationales Treffen gegen Amerikanische Freihandelszone ALCA  
La Habana, Cuba  
Infos u.a. bei: www.cubagob.cu

25.-26. November

ZUFO Umweltsymposium: Epidemien und Seuchen  
Westfälische Universität Münster  
Infos: Zentr. für Umweltforschung  
Mendelstr. 11, 48149 Münster  
Tel: 0251 / 83 3 84 70  
zufo@uni-muenster.de  
www.uni-muenster.de/  
Umweltforschung/symp02.html

25.-27. November

Stadtumbau und Verkehr - Entwicklungstrends, Anforderungen und Chancen, innovative Mobilitätskonzepte, Erfahrungsaustausch - Kurs - Berlin.  
Veranstalter: Institut für Städtebau  
Tel. 030/230822-0

27. November bis 1. Dezember

**33. Bundesökologietreffen an der Uni Lüneburg**  
**Nähere Infos in den beigelegten Faltis oder unter**  
**www.uni-lueneburg.de/asta/oeko**

28.-29. November

- Wandertagung - Würzburg.  
Veranstalter: Akademie Frankens-  
warte, Tel. 0931/80464333  
eMail: Thea.Momper@fes.de

28. November

Chancen und Perspektiven für den Schienenpersonennahverkehr  
- Bahnkongress Niedersachsen - Hannover.  
Veranstalter: VCD e.V., Landesverband Niedersachsen,  
Tel. 0511/7000522  
- eMail: vcd-nds@comlink.org

29. November

International Buy Nothing Day  
http://www.fanclubbers.org

29. November bis 1. Dezember

Nachhaltige Mobilitätskonzepte in Stadt und Land Erfolgreiche Bsp. aus Betrieben und Kommunen  
Veranstaltung, Linden b. München  
Veranstalter: Ökolog. Akademie e.V.  
Tel. 08027/1785  
@:oekologische-akademie@gmx.de

## Dezember

5.-6. Dezember

OECD/UBA Workshop  
„Communicating Environmentally Sustainable Transport - The roles of soft measures in achieving EST“  
Berlin  
Vorläufiges Programm unter  
www.oecd.org

12.-15. Dezember

EU-Gipfel in Kopenhagen  
http://www.cph2002.org

13. - 15. Dezember

Treffen des BUKO-Arbeits-schwerpunkt Weltwirtschaft in Berlin  
Infos: www.buko.info

28. Dezember bis 4. Januar

10. Jugendumweltkongress in Hamburg  
Infos: Jukss-Büro  
Karolinenstr. 21, Haus 2,  
20357 Hamburg  
info@jukss.de, www.jukss.de

## Januar

23.-28. Januar

Drittes Weltsozialforum in Porto Alegre, Brasilien.  
www.forumsocialmundial.org.br/home.asp  
www.portoalegre2003.org/  
publique/index021.htm  
http://www.rosalux.de (Ausland)

## Februar

11.-13. Februar

W-world 2003  
- Wasser, Wind und Sonne  
- Messe - Essen.  
Veranstalter: Messe Essen GmbH  
Tel. 0201/1022210  
eMail: www.e-world-of-energy.com

# Glaubwürdige Anbieter von Ökostrom

Anbieter/ Kontakt	Strom Mix	Preise / Modell	Zertifikat Alt-/ Neuanlagen	Bemerkung
 Tel: 0221 / 9318190 www.energreen.de	Sonne (2%), Wind (16%), Biomasse (8%), Wasser (74%)	Aufpreismodell: 4,64 Cent / kWh zum bisherigen Preis Ihres Versorgers  Aufpreismodell	  neu	Das Unternehmen verpflichtet sich, den Aufpreis zu mindestens 80% zweckgebunden in die Förderung oder Errichtung neuer Anlagen zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen zu investieren. Wird von zahlreichen Stadtwerken vertrieben.
 Tel: 0211 / 77900444 www.naturstrom.de	Wind (63%), Wasser (24%), Biomasse (12%), Sonne (1%)	Arbeitspreis: 17,80Cent / kWh  Feste Kosten: 93,60 Euro im Jahr  Aufpreismodell	  neu	Das Unternehmen verpflichtet sich, etwa 5 Cent pro kWh zur Förderung regenerativer Energien einzusetzen.
 Tarif: Watt Ihr Volt  Tel. 07673 / 888 50 www.ews-schoenau.de	Wind (4,2%), Sonne (11,2%), Wasser (12,5%), Biomasse (21,1%), Kraft-Wärme-Kop- plung (51%)	Aufpreismodell: 4,46 Cent / kWh zum bisherigen Preis Ihres Versorgers  Aufpreismodell	 UMWELTSCHUTZ  alt + neu	Das Unternehmen verpflichtet sich, den Aufpreis von 4,46 Cent / kWh zu 75% zweckgebunden an kleine dezentrale Stromversorger weiterzugeben. Mit je 50% sollen neue regenerative und kraftwärmegekoppelte Anlagen gefördert werden.
 Tarif: Watt Ihr Spart  Tel. 07673 / 888 50 www.ews-schoenau.de	Wasser (50%), Kraft-Wärme-Kop- plung (50%)	Arbeitspreis: 16,90 Cent/kWh  Feste Kosten: 16,90 Euro im Jahr  Durchleitungsmodell	 UMWELTSCHUTZ  alt + neu	Das Unternehmen verpflichtet sich, 0,5 bis 2 Cent / kWh in die ökologische Stromerzeugung durch Neuanlagen zu investieren.
  Tel. 040 / 30618 - 120 greenpeace-energy.de	Erneuerbare Ener- gien (70%)  Kraft-Wärme-Kop- plung (30%)	Arbeitspreis: 17,95 Cent / kWh  Feste Kosten: 94,20 Euro im Jahr  Durchleitungsmodell	alt + neu	Das Unternehmen strebt an, alle Kunden in den nächsten 2 bis 3 Jahren mit ökologischem Strom aus neu gebauten Anlagen zu versorgen.
 Die Zukunft der Energie  Tel. 01802 / 660660 www.lichtblick.de	Wind (3,3%), Wasser (72,5%), Biomasse (0,2%), Kraft-Wärme-Kop- plung (24%)	Arbeitspreis: 14,57 Cent / kWh  Feste Kosten: 58,29 Euro im Jahr  Durchleitungsmodell	  UMWELTSCHUTZ  alt + neu	Das Unternehmen gibt an, 25% des Gewinns aus dem Stromverkauf in Klimaschutzprojekte zu investieren.
  Tel. 01801 / 222 999 www.unite-strom.de	Wind (14%), Wasser (85%), Sonne (1%)	Arbeitspreis: 17,00 Cent / kWh  Feste Kosten: 72,00 Euro im Jahr  Durchleitungsmodell	   alt + neu	

Quelle: Robin-Wood, Energieversorger, bei denen Verflechtungen zur Atomwirtschaft bestehen, wurden nicht berücksichtigt.

# Energiesparen durch 50/50-Projekte in Studiwohnheimen

Als Mieter in einem Studierendenwohnheim zahlt man meist Warmmiete, also eine bestimmte Pauschale für Strom, Heizung und Wasserverbrauch - unabhängig vom persönlichen Verbrauch. Der Anreiz zu ökologisch sinnvollem Verhalten wird allerdings über den Geldbeutel zumindest mitbestimmt. Und wenn man nicht mal sieht, wieviel Energie man verbraucht hat und auch sonst keine wirkliche Auseinandersetzung mit dem persönlichen Energieverbrauch stattfindet, so fehlt auch eine Sensibilisierung zum Thema Energiesparen. Hier setzt ein 50/50 Projekt an:

## Die Idee

Damit die Energieverbraucher einen persönlichen Vorteil davon haben, Energie zu sparen, werden sie für einen geringeren Energieverbrauch belohnt, indem sie einen bestimmten Teil des dadurch gesparten Geldes bekommen. (Im Fall 50/50 logischerweise die Hälfte, andere Aufteilungsmöglichkeiten sind durchaus vorstellbar). Dieses Geld wird der Gemeinschaft zur Verfügung gestellt. Eine individuelle Auszahlung ist weniger sinnvoll, da 50/50 auf gemeinschaftlichem Handeln basiert. Die Bewohner können das Geld dann gemeinsam investieren, z.B. eine Party organisieren, vor allem auch Anschaffungen für das Haus tätigen. Vielleicht sind sie auch auf den Geschmack gekommen und kaufen sich davon Sparduschköpfe, Energiesparlampen oder ähnliches. Die Idee dieser Modelle wurde in den letzten Jahren vermehrt angewandt. Es zeigte sich, dass Energieeinsparungen von 10 % durchaus realistisch sind und dass die Möglichkeiten diese 10% noch weit über-treffen.

## 50/50 Projekte an Unis Fehlannonce

In Universitäten begegnet man diesen Projekten allerdings noch sehr selten. Bei informierten Kreisen kursieren Gerüchte, dass es an einem Institut in Hambg so ein Pro-

jekt geben oder gegeben haben soll. In Flächenbundesländern ist mir an Universitäten kein solches Projekt bekannt. Dies liegt wohl vielerorts daran, dass die Unis Angst vor dem Energiesparen haben: momentan zahlt sowieso meistens das Land den Energieverbrauch. Das soll aber eventuell und irgendwann dahingehend geändert werden, dass die Unis vom Staat einen bestimmten Betrag zur Verfügung gestellt bekommen und davon dann ihren Energieverbrauch bezahlen können. Deshalb wollen viele Unis jetzt erst mal schauen und danach mehr Geld bekommen.



Bessere Chancen hat man bei Studiwohnheimen. In Bonn wurde im WS 1996/97 ein 50/50 Projekt an einem kleineren Wohnheim gestartet. Im ersten Jahr konnte hier der Energieverbrauch um 11 % gesenkt werden.

## Das Münsteraner Projekt

Dass es nicht immer so gut läuft zeigt ein Beispiel aus Münster: Dort kam es im Sommer 1998 zu ersten Gesprächen des AStA mit dem Studentenwerk über ein Projekt an einer Wohnanlage mit knapp 200 Studierenden. Sowohl der Geschäftsführer des Studentenwerks als auch der zuständige Abteilungsleiter waren von vornherein begeistert von der Idee. Schließ-

lich hat auch das Studentenwerk einen gewissen Verdienst an einem Projekt und kann außerdem sein Image bezüglich Umweltarbeit pflegen. Trotz dieser Positiven Einstellung dauerte es fast ein Jahr, bis es zu einer vertraglichen Festlegung der ganzen Idee kam. Dies hatte hauptsächlich zwei Gründe:

- Die Bewohner der Anlage mussten involviert werden. Ein Energiesparprojekt bei dem es auf Verbraucherverhalten ankommt, muss auch von den Verbrauchern gewünscht sein.
- Die Arbeit mit einer Verwaltung (also dem Studentenwerk) stellte sich oft als nicht einfach dar und bremste vielfach das Vorankommen.

Es war also einige Ausdauer für die Einleitung des Projekts in Münster nötig, allerdings keine lange Überzeugungsarbeit oder viel Konfrontation.

## Keine Senkung des Energieverbrauchs

Seit Beginn des Projektes im Juli 1999 stieg der Verbrauch in fast allen Bereichen, vor allem beim Strom, an. Dabei war bei der Berechnung des Basiswertes, von dem aus die Einsparungen gemessen werden sollten, bereits eine leichte Steigerung des jährlichen Verbrauches einkalkuliert.

Bei Fernwärme hat sich der Verbrauch seit 1995 (Inbetriebnahme der Wohnanlage) ungefähr auf einem Level gehalten. Der Wasserverbrauch ist hingegen von 29,40 auf 35,75 m<sup>3</sup> gestiegen, also um 21,6 Prozent. Besonders massiv war der Anstieg beim Stromverbrauch: von 698,66 kWh pro Person im Jahr 95 auf 994,29 im Jahr 2001. Das ist ein Anstieg von 42,3 Prozent. Einzig im Jahr 1999, also als das Projekt gestartet und stark publik gemacht wurde, kam es zu einer Verringerung der Verbrauchssteigerung im Bereich Wasser und Strom (siehe Diagramme unten).

Um den Gründen für den ansonsten ungebremsten Anstieg auf die Spur zu kommen führte das Öko-Referat im Dezember 2001 eine Befragung in 23 der 51 Wohnge-

meinschaften durch. Damit gingen die Aussagen von ungefähr der Hälfte der 191 Bewohner in die Auswertung ein.

Einige bemerkenswerte Ergebnisse: Nahezu jeder der Bewohner verfügt über einen eigenen Computer und nutzt diesen auch täglich. Zusammen mit der Möglichkeit unbegrenzt im Internet zu surfen, könnte hier ein wesentlicher Faktor für den gestiegenen Stromverbrauch liegen. Eine ähnlich hohe Verteilung und Nutzung ist bei Fernseher und Stereoanlage vorhanden. In fast siebzig Prozent der WGs hat jeder der Bewohner eigene Geräte.

Scheinbar ist es in den Wohn-„gemeinschaften“ mit gemeinsamer Nutzung von derartigen Geräten nicht weit her.

Bleibt die Frage: Ist das 50/50

### Projekt gescheitert?

Wenn man sich die Verbrauchszahlen ansieht, muss die Antwort ganz klar lauten ja. Aber wie geht es weiter? Die Sache zu den Akten legen? Das kann es angesichts der Arbeit, die von vielen auf Seiten des Studentenwerkes und des Öko-Referats investiert wurde, nicht sein. Auch die Werte des Jahres 99 sind ein Lichtblick, geben Anlass zur Hoffnung und sprechen für die Richtigkeit des Konzeptes.

Deshalb wird jetzt ein Neuanfang versucht. Dieser soll nicht nur darin bestehen, dass allen Bewohnern die Sache noch einmal präsent gemacht wird. Sicherlich ist dies eine notwendige Bedingung, sie allein hat aber in den Jahren zuvor auch nicht für eine nachhaltige Umsetzung genügt. Ähnliches gilt für die Anpassung der Basiswerte. Die derzeitigen Werte sind in keiner Weise mehr realistisch. Sie müssen nach oben korrigiert werden. Das darf aber nicht dazu führen,

die Werte dermaßen zu erhöhen, dass sich die Einsparung quasi von selbst realisiert, nur damit sich alle Beteiligten anschließend selbst auf die Schulter klopfen können.

Notwendig ist ein umfassendes Energie-sparkonzept, das unter Partizipation aller Beteiligten erarbeitet und umgesetzt wird.

### Betreuung der Projekte

Das Münsteraner Beispiel zeigt: Ganz wichtig ist eine gute, begleitende Betreuung des Projekts, denn von selbst wird keine Energie gespart. Nicht nur zu Beginn des Pro-



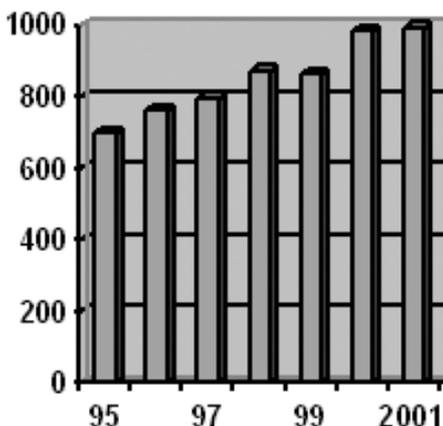
jekts muss dieses den Bewohnern immer wieder vor die Augen gehalten werden. Die einmalige Information ist - verständlicherweise - schnell vergessen. Letztendlich ist der Wille zur Umsetzung und die Einsicht der Bewohner in die Notwendigkeit des Projektes entscheidendes Kriterium für den Erfolg eines 50/50 Projekts.

### Lohnt sich der Aufwand?

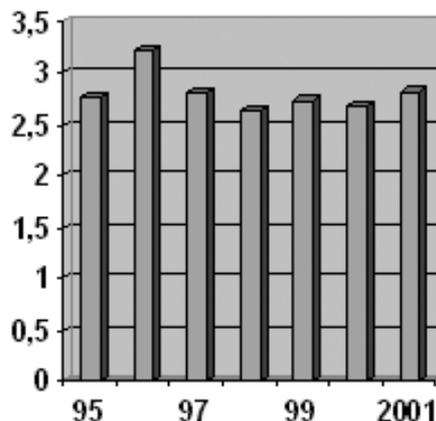
Ein definitives Ja! Denn der Ansatz eines solchen Projekts ist nicht nur wegen der Summe eingesparter Ressourcen interessant. Zum einen ist es äußerst wichtig, Ideen, die eine Alternative zum Wachstumswahn darstellen, zu verfolgen. Und 50/50 stellt meines Erachtens so eine kleine Alternative dar: Die Energienutzer ändern freiwillig ihr Verhalten zugunsten eines niedrigeren Energieverbrauchs und verwenden das so eingesparte Geld zur Verwirklichung gemeinschaftlicher Projekte.

Das Hauptargument für so ein Projekt liegt allerdings in der Sensibilisierung der Bewohner und dem auf Freiwilligkeit beruhenden Ansatz. Das Projekt kann den Bewohnern schwerlich aufgedrückt werden, denn sie müssen schließlich sparen. Stattdessen werden sie (hoffentlich) einsehen, dass die ganze Idee für sie ja nur von Vorteil sein kann. Und durch die Besprechungen, eventuelle Hausversammlungen und Aushänge, wird ein steigender Anteil sich mit dem Thema Energie auseinandersetzen. Vielleicht wird ein Teil der Bewohner so auch generell für Umweltprobleme sensibilisiert und politisiert. Es ist durchaus vorstellbar, dass es aus der Bewohnergemeinschaft einige Impulse, neue Ideen für weitere Ökoprojekte gibt.

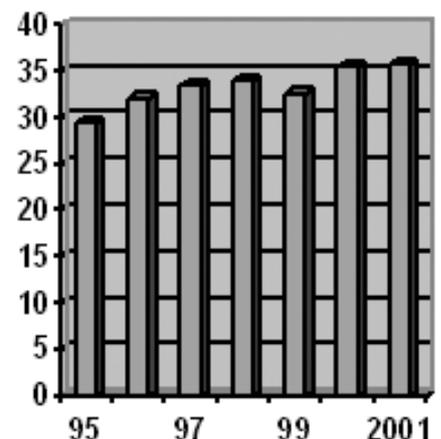
Wer genauere Informationen über ein solches Energiesparprojekt haben möchte, bzw. wer noch etwas über ein Energiesparprojekt im universitären Bereich weiß, melde sich bei mir!



■ Strom in kWh pro Person



■ Fernwärme in MWh pro Person



■ Wasser in m³ pro Person

# Begriffe und Einheiten

## **Aufpreismodell:**

auch Zuschussmodell, Spendenmodell, Fördermodell, Fondsmodell, Poolmodell oder Veredelungsmodell genannt (siehe Seite 24); vergleiche  $\Rightarrow$  Durchleitungsmodell

## **Durchleitungsmodell:**

auch Händlermodell, Versorgermodell, Netzzugangsmodell, oder Stromwechselmodell (siehe Seite 24); vergleiche  $\Rightarrow$  Aufpreismodell

## **Egalstrom:**

Abkürzung für den herkömmlichen Strommix, der Atom- und Kohlestrom enthält.

## **EVU:**

Abkürzung für Energieversorgungsunternehmen

## **GW:**

Gigawatt = Millionen Kilowatt

## **kW:**

Kilowatt; physikalische Einheit, die die Leistung beispielsweise einer Glühlampe angibt.

## **kWh:**

Kilowattstunde; physikalische Einheit für die Strommenge

## **KWK:**

Abkürzung für Kraft-Wärme-Kopplung. KWK-Kraftwerke nutzen die Abwärme, die bei der Produktion von Strom entsteht, um beispielsweise Wohnhäuser in der Umgebung mit Wärme zu versorgen. So können sie den Energiegehalt der eingesetzten Energieträger zu 70 bis 90 Prozent nutzen, während herkömmliche Kraftwerke nur einen  $\Rightarrow$  Wirkungsgrad von etwa 35 Prozent haben. In KWK-Anlagen werden in erster Linie fossile Energieträger wie Erdgas oder Kohle eingesetzt, sie können aber auch mit Biogas betrieben werden.

## **Mengengleiche Stromeinspeisung:**

Der Anbieter speist insgesamt in einem Jahr die Strommenge in das Netz ein, die der Kunde verbraucht. Vergleiche  $\Rightarrow$  zeitgleiche Stromeinspeisung

## **MW:**

Megawatt, entspricht tausend Kilowatt (kW)

## **Nettostromerzeugung:**

Stromerzeugung ohne den Eigenverbrauch der Kraftwerke. Die Bruttostromerzeugung mit Eigenverbrauch ist ca. 10% höher.

## **Neuanlage:**

Bezieht sich hier ausschließlich auf Anlagen zur Erzeugung von regenerativem Strom. Der regelmäßige Zubau von Neuanlagen ist das entscheidende ökologische Kriterium für ein Ökostrom-Angebot ( $\Rightarrow$  Umweltgewinn).

## **Primärenergieträger:**

Als Primärenergieträger bezeichnet man die Energieträger, die in der Natur direkt verfügbar sind. Also Kohle, Erdöl, Erdgas, Uran, Sonnenenergie, Windenergie, etc. Veredelte Produkte wie Strom oder Benzin werden dagegen als Sekundärenergieträger bezeichnet.

## **Regenerative Energien**

= erneuerbare Energien:

„Erneuerbar“ sind die Energieträger, aus denen der Strom (oder auch andere Energieformen) gewonnen wird. Dazu zählen zum einen Energiequellen, die nicht „aufgebraucht“ werden können (Photovoltaik, Wasserkraft, Windenergie). Zum anderen gehören auch Rohstoffe dazu (Biomasse), die - im Gegensatz zu fossilen Energien wie Kohle oder Gas - in überschaubar

baren Zeiträumen nachwachsen

## **t SKE = Tonnen Steinkohleeinheit**

Energiemenge, die in einer Tonne Steinkohle eines bestimmten Heizwerts enthalten ist.

## **tWh**

Terrawattstunden = Milliarden Kilowattstunden

## **Umweltgewinn:**

Ein Ökostrom-Angebot führt zu einem Umweltgewinn, wenn durch die Nachfrage nach Ökostrom zusätzliche Anlagen zur Erzeugung von regenerativem Strom gebaut werden. Entscheidend ist, dass Anlagen gebaut werden, die nicht aufgrund der Förderwirkung des EEG sowieso gebaut würden.

## **Zeitgleiche Stromeinspeisung:**

Der Anbieter garantiert, dass immer soviel Ökostrom in das Netz eingespeist wird, wie der Kunde in dem Moment braucht. Der Anbieter gleicht beispielsweise alle 15 Minuten ab, ob die Strommenge, die seine Kunden verbrauchen auch wirklich zu dem Zeitpunkt produziert werden. Momentan ist das Kriterium der zeitgleichen bzw.  $\Rightarrow$  mengengleichen Stromeinspeisung eher zu vernachlässigen, da der Anteil von regenerativ erzeugtem Strom noch gering ist (ca. 4 Prozent).

## Quellen:

**VDEW:** Strommarkt Deutschland, Zahlen und Fakten zur Stromversorgung (Verband der deutschen Elektrizitätswirtschaft, April 2002)

**Gasch:** Windkraftanlagen (3. Auflage, Teubner Stuttgart, 1996)

**Volker Quaschnig:** Systemtechnik einer klimaverträglichen Elektrizitätsversorgung

in Deutschland für das 21. Jahrhundert (VDI-Verlag, 2000)

[www.greenpeace.de](http://www.greenpeace.de)

**Öko-Referat des AStA der Uni Lüneburg:** Grüner Strom, Infos zum Stromwechsel (3. Auflage, 2001)

[www.robinwood.de](http://www.robinwood.de)



# Die Ukraine-Connection

Nach einem Vorbereitungstreffen auf dem diesjährigen Wendlandcamp folgten wir Ende August / Anfang September dieses Jahres einer Einladung in die Ukraine. Insgesamt waren wir 13 Menschen aus ganz Deutschland, darunter 6 BSÖ-Aktive. Auf den drei letzten BÖT's in Konstanz, Berlin und Clausthal war Igor als Besuch aus der Ukraine eingeladen gewesen und nun konnten wir endlich seiner Gegeneinladung nachkommen. Igor kommt aus Kiev und arbeitet dort zum einen am „Supreme Council of Ukraine National Commission on radiological protection of Ukraine“ und zum anderen als Coordinator für Umweltgruppen.



## Ankunft in Kowel

In Kowel erwartete uns als erstes ein Zuckerguß-Bahnhof in zartem hellgelb mit weißen Stuck, als nächstes kamen zwei Jungen auf uns zu und eine ältere Frau mit Äpfeln, welche sie uns verkaufen wollte. „Bettelnenden“ - vor allem älteren Menschen - begegneten wir noch sehr oft, und wir wussten selten wie wir darauf reagieren sollten. Am Abend legten wir noch eine Theorie-Phase mit Kurzreferaten ein, um uns mit den Eckpunkten der ukrainischen Geschichte und den aktuellen Entwicklungen der Ukraine zwischen Ost und West vertraut zu machen. Um Mitternacht verließen wir Kowel mit vielen anderen Mitreisenden in Richtung L'viv.

## L'viv - Treffen mit einer umweltpädagogisch arbeitenden Gruppe

In L'viv, von manchen immer noch als Lemberg bezeichnet, trafen wir zwei Menschen eines Freundeskreises, die seit Jah-

arbeit über die ukrainischen Umweltprobleme machte.

Dies ist nichts Ungewöhnliches, wie die Berichte über die Ermordung eines regierungskritischen Journalisten zeigen. Deswegen arbeiten sie lieber in kleinen Gruppen zu Natur- und Umweltschutzthemen.



ren ökologische Workcamps in den Karpaten und am Schwarzen Meer organisieren und in der Umwelt- und Erlebnispädagogik aktiv sind.

Sie sind seit 5 Jahren aktiv, haben aber durch Familie immer weniger Zeit ihre Aktivitäten weiterzuführen. Sie berichteten uns von ihrer Art des Umweltaktivismus und über die Schwierigkeiten mit denen sie in der Ukraine kämpfen. So ist es dort zwar möglich eine Demonstration ordnungsgemäß anzumelden, ob sie an dem jeweiligen Datum dann aber auch wirklich durchgeführt werden kann ist oftmals fraglich bzw. es ist nicht abzusehen was auf der Demonstration passiert, d.h. wie niedrig die Eingriffsschwelle der Polizei ist.

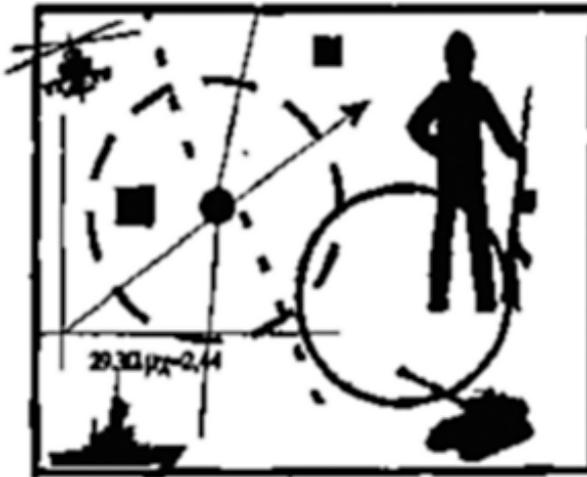
Besonders erschreckend war für uns ihr Bericht über das Verschwinden eines Freundes, welcher kritische Öffentlichkeits-

## Karpaten - Treffen mit dem Club „Ruthenia“ - Thema Abholzung

In Uzhgorod trafen wir uns mit Mitgliedern des Clubs „Ruthenia“, der wie wir erst vor Ort feststellten vor allem aus Akademiker/innen der Biologischen Fakultät der Universität Uzhgorod besteht. Im Universitätslabor zeigte uns der Dekan stolz Setzlinge, welche sie aus aussterbenden Pflanzenarten geklont hatten. Besonders stolz war er darauf das sie trotz „steinzeitlicherer“ Methoden sogar die Schweizer und Österreicher überholt haben: „ihr“ Arnika blüht schon nach einem Jahr anstatt den dafür natürlichen drei Jahren.

Außerhalb des Instituts beschäftigen sie sich mit der Abholzung der Karpaten - vor

allem mit den illegalen Abholzung. Das geschlagene Holz wird mit „passend gemachten“ Dokumenten über die Grenze geschmuggelt und über Ungarn, Österreich oder Slowenien dorthin gebracht, wo es „bestellt“ wurde. Diese Transporte werden vor allem von deutschen, österreichischen, italienischen und anderen europäischen joint-venture Firmen verbrochen, da hier das Holz zehnmal so billig ist wie z.B. in Österreich. Die Verwaltung, welche gerne ein Auge zudrückt solange das Bestechungsgeld stimmt, ist genauso wie Teile der Regierung darin verwickelt. Im Zusammenhang mit den Abholzungen fällt immer wieder der Name einer an der Regierung beteiligten Familie, d.h. eigentlich wissen alle wer mit dahinter steckt, aber es kann doch nichts effektiv dagegen getan werden. Durch die Abholzungen - verschleiert „Sanitätsabholzung“ genannt - sinkt zum einen die Baumgrenze und zum anderen fällt der wichtige Wasserspeicher Wald weg, so daß die Wahrscheinlichkeit für Erdbeben und Überschwemmungen steigt. Um uns selbst ein Bild von der Situation machen zu können, fuhren wir in das uneigene Seminarhaus in den Karpaten. Schon auf der Fahrt entdeckten wir erodierte Hänge und illegale Abholzungen, wobei die meisten nicht entlang der Straßen, sondern eher versteckt im Hinterland durchgeführt



werden, da auch an die Tourist/innen gedacht wird und sich dies nicht so gut macht, wenn alles öde ist in den Karpaten. Mit einem Förster und Hobbyornithologen machten wir noch eine kleine Wanderung zu 5 von 9 Quellen, welche in seinem Revier entspringen. Der Geschmack war bei einigen etwas gewöhnungsbedürftig und reichte von der Geschmacksnote salzig bis zu verfaulten Eiern. Bei ihm im Revier sind weniger die Holzfäller das Problem, sondern reiche Wilderer, welche per Schmiergeld versuchen Rotwild abzuknallen. Besonders um diese Jahreszeit kontrolliert er dann sein Gebiet besonders gut. Die nächste FUI-Ausgabe wird sich schwerpunktmässig mit dem Thema Wald auseinandersetzen und dort auch noch mehr Infos über die Abholzung im Biosphärenreservat Transkarpatien geben.



### 1. September - Antikriegstag - Babi Jar

Am 1. September kamen wir mit dem Nachtzug aus den Karpaten in Kiev an und bezogen erstmal unser Quartier in einer Privatwohnung in einem der zahlreichen Hochhausblöcke. Am Abend machten wir uns auf den Weg zur Schlucht von Babi Jar, da wir es wichtig fanden diesem Ort gerade am Tag des NS-Überfalls auf Polen zu gedenken. s. auch gleichnamigen Artikel

### Treffen mit Anti-Atom- Gruppe Bakhmat

In Kiev trafen wir zwei Mitglieder der Organisation Bakhmat - Galina Oleynikova, eine der sieben Vorsitzenden der Organisation, und Pavel Pisarenko. Sie zeigten uns Photos von ihren verschiedenen Aktionen wie z.B. eine Demonstration gegen Atomkraft auf dem Markt von Artemovsk, ein Theaterstück vor und gegen einen Militärstützpunkt, von Workcamps, welche sie durchgeführt hatten, von ihrem Austausch mit der BI Lüchow-Dannenberg. Was mir sehr gefallen hat, war die kritische Kreativität, welche ihre Aktionen ausmacht. So wurde auf einem ehemaligen radioaktiv verseuchten Militärgelände ein symbolisches Theaterstück aufgeführt, welches die Schlacht zwischen schwarzen und weißen Figuren, zwischen Gut und Böse darstellte. Zu einer anschließend durchgeführten Pressekonferenz hatten sie es geschafft, daß auch Militärs anwesend waren, und überhaupt zum ersten Mal solche Themen öffentlich diskutiert wurden und das Militär das volle Ausmaß der Schäden zugeben musste. Wir besuchten gemeinsam auch das Chornobyl-Museum.  
weitere Infos im Artikel über Bakhmat

### Die institutionalisierte Trauer - das Chornobyl- Museum in Kiev

Wir waren zwar von Igor schon vorgewarnt worden, aber das - von offizieller Stelle bezahlte - Museum ist echt schrecklich - allerdings auf andere Art als die Katastrophe selbst. Nach - für die Ukraine horrendem -

Eintrittsgeld kamen wir in einen Ausstellungsraum, welcher eher einem Mausoleum als einem Museum glich. An allen Wänden befanden sich großformatige Bilder der tapferen Bediensteten und Soldaten. In Wahrheit hatten die Männer einfach keine Wahl als den Befehlen zu gehorchen. Zu dem wird uns noch ein Film gezeigt, der die Stadt Pripjat am 1. Mai - also 5 Tage nach der Katastrophe - zeigt. Auf den Straßen finden die alljährlichen Festlichkeiten zum 1. Mai statt. Sieht alles ganz normal aus, wäre da



nicht das Knistern und das Aufleuchten von kleinen Lichtblitzen auf dem Film, welche die vorhandene Radioaktivität in Bild und Ton übertragen. Außerdem sind Uniformierte mit Gasmaske zu sehen die durch die Straßen laufen, was einige Bürger/innen irritiert innehalten lässt. Kurze Zeit später muss die russische Regierung nun endlich zu geben, dass es einen Unfall gegeben hat und nun beginnt die Evakuierung - offiziell nur für ein paar Tage. Endlose Busschlangen karren ca. 40.000 Menschen aus der Region. Die Bilder sind gespenstisch. Ob das Thema der Verschleierung auch so ausgewälzt worden wäre, wenn die Katastrophe nicht während der russischen Herrschaft passiert wäre, und ob dies unter der jetzigen ukrainischen Regierung anders ausgesehen hätte, werden wir nicht erfahren. Im anschließenden Saal treten wir dann von der Phase der Heldenverehrung - in die „Es-wird-alles-wieder-gut-Phase!“. Nachgebaute Siedlungen mit idyllischen Plastikkirschblütenbäumen werden gezeigt, in welchen die Evakuierten nun leben dürfen. Außerdem viele tränentreibende Broschüren über die Hilfsorganisation im In- und Ausland für die Kinder von Chornobyl.

Kein Wort über den weitergehenden Atomwahnsinn, nicht eine tiefgehende Kritik. Nein, jetzt ist ja alles sicher. Leider hatten wir keine russischen Anti-Atom-Aufkleber dabei. Im letzten Saal dann die großaufgezogene Trauer. Bilder der Kinder, die die Katastrophe nicht überlebt haben, Alltagsgegenstände, Kuschtiere ... Am Schluß sollen wir Kalender kaufen, aber uns reicht's. Prädikat: wirklich nicht empfehlenswert!

## Treffen mit einem Tierrechtsaktivisten

Auf unsere Frage, was sich den in der Ukraine alles in Richtung Tierrechte tut, meinte er: „In der Ukraine gäbe es „no unity“ bei den Tierrechtsaktivist/innen.“ Er kümmert sich speziell um die staatlich und städtisch arbeitenden Hundefänger und die „budkas“, welche treffender als Quäl- und Tötungsanstalt für Straßenhunde beschrieben sind. Er hatte einen Film von 2001 dabei - auf deutsch von Akte / Sat 1 (nunja) - welcher zwar typisch reißerisch gemacht war, aber dennoch klar machte um was es geht. Mehrere ukrainische Großstädte wollen sich mit Blickrichtung Westen ein dafür passendes „Image“ zulegen, zu welchem auf der Straße streunde Hunde nicht zu passen scheinen. Deswegen beauftragen sie Tierfänger, welche vor allem in den frühen Morgenstunden ungestört operieren können. In den Budkas werden die Tiere mit Chloroform vergast und anschließend das Fell abgezogen, welches z.B. für die Innensohlen von Schuhen verwendet werden. Das Problem wurde seitdem zum Teil gelöst (aus manchen Budkas wurden von Spenden bezahlte Vor-



zeige-Tierheime) - zum Großteil aber einfach nur verlagert, wie ein selbstgedrehter Film des Tierrechtsaktivisten uns zeigte. Er war in ein „Tierheim“ ca. 60 km entfernt von Kiev gefahren, und hatte die dortigen Zustände mit einem Freund dokumentiert und einige Hunde befreit. Neben der Zwingerhaltung ist dort das größte Problem, daß die Tiere sich gegenseitig fressen aus Hunger, wie Filmmaterial von ihm belegt.

Weiterhin erzählte er uns von einem Bekannten, welcher die Bedingungen von Labortieren veröffentlicht hatte, und daraufhin „Besuch“ von maskierten Schlägern erhielt, welche im die ganze Wohnung zerlegten. Zu diesem Zeitpunkt war er „zum Glück“ nicht zu Hause, da er mit ziemlicher Sicherheit sonst misshandelt worden wäre.

Budka



## Kaniv und das gekaufte Naturschutzgebiet

Unser letztes Reiseziel war Kaniv, welches im Süden von Kiev am Dnjepr liegt. Die Geschichte dieses Naturschutzgebietes begann mit dem Akademiker Risnitschenko, welcher Anfang des 20. Jahrhunderts das Gebiet entdeckte und wegen seiner geologischen Einzigartigkeit kaufte und unter Naturschutz stellte. Durch die Aktivitäten der Eiszeit haben sich die Gesteinsschichten so verschoben, dass nun Erdschichten bis zu 150 Mio. Jahre zurück freigelegt sind. Durch dieses Aufbrechen können die Wissenschaftler/innen dort nachvollziehen wie die mikroklimatischen Bedingungen sich geändert haben. Zudem ist das Gebiet von einer vielfältigen Fauna und Flora besiedelt.

Der Park erweiterte sich im Laufe der Jahre durch Zukäufe und zählt nun schließlich 2027ha sowie drei Aueninseln. Einen Vormittag waren wir noch auf einer botanischen „Expedition“ auf einer der Aueninseln genannt „Snake“-Island. Eine dort gefundene Schlangenhaut zeigte uns, daß dieser Name keinen mythologischen Hintergrund hat. In Kaniv treffen sich viele Biologen, Geographen und Ökologen, manche sind geblieben und wohnen nun dort. Es gibt ein Tagungshaus mit großem professionell ausgestatteten Konferenzraum und zwei Gästehäuser. Außerdem absolvieren bis zu 700 Biologie- und Geologiestudierenden der Kiever Schwetschenko-Universität dort ihre Praktikas. Das Ergebnis dieser - nämlich vier tolle Filme über Pilze auf ukrainisch - konnten wir uns am Abend noch ansehen. Es gibt davon ca. 1120 Arten und anschließend hatten wir das Gefühl das wir auch jede einzelne von ihnen gesehen hatten.

### Zur Situation der Umweltbewegung in der Ukraine

In der Ukraine ist die Lobby für Umweltschutz noch wesentlich kleiner und weniger verankert als in Deutschland. Es gibt dort zwar eine grüne Partei, die ähnlich wie die Grünen hier eher von der Farbwahl als von ihrem Programm her als „grün“ zu bezeichnen sind. Die beiden Aktivisten führen dies zurück auf die ökonomische Situation in der Ukraine. Lt. den beigefügten taz-Bericht leben 75% der Bevölkerung unter der Armutsgrenze, in manchen Landstrichen wie den Karpaten sind 90% arbeitslos. Angesichts der eingenen Existenzprobleme ist für die meisten der Umweltschutz zweit bis x-rangig.

### Tipps für die Reise zum ECOTOPIA in die Ukraine



Im nächsten Sommer findet das Internationale Umwelttreffen Ecotopia in der Ukraine statt. Eine tolle Möglichkeit, das Land kennenzulernen und ökologisch aktiv zu sein. Das Umwelttreffen findet jedes Jahr in einem anderen Land innerhalb Europas statt. Zu dem Treffen wird meistens eine Fahrradtour vorher organisiert.

Mehr Infos zu den schon stattgefundenen Ecotopias unter

<http://www.eyfa.org/home.htm>

Was wir wirklich empfehlen können, ist das sehr billige und geniale Zugsystem. Da die Ukraine ungefähr doppelt so groß ist wie Deutschland fahren die meisten Züge über Nacht, was für uns auch sehr praktisch war, da wir so bei unserem kurzen Aufenthalt von zwei Wochen nicht viel Zeit verloren haben. Nehmt auf keinen Fall traveller checks mit, sondern Bargeld - am besten gleich Euros, da wir 7 Banken besuchen durften bis sich jemand erbarmt hat und die Dinger eingelöst hat.

Wir wissen nicht wie schwierig es ist komplett ohne ukrainische oder russische Sprachkenntnisse zu reisen, da wir eine Frau dabei hatten, die nicht nur die ganze Reise geplant hat, sondern auch die Einzige von uns war, die fließend Russisch sprach.

VIELEN DANK, ULI und ein schönes Jahr in Spanien!

### Illustrationen

Die gezeichneten Bilder stammen von Jewhen Bruslynowsky. Er ist 36 Jahre alt, lebt in der Stadt Kaniv in der Ukraine,



WIDERSTAND

verfasst kurze Texte und zeichnet, veröffentlicht in ukrainischen Zeitschriften wie "Ukraine" und "Kyiw".



Unser Kampagneninfo mit 21 Argumenten gegen Rechts erhalten Sie bei Einsendung dieser Anzeige und 3.- Euro (gern in Briefmarken).

Naturfreundejugend Deutschlands  
Haus Humboldtstein  
53424 Remagen



### Das Wetter in der Ukraine

Das Wetter in der Ukraine ist durch das kontinentale Klima bestimmt. Die Sommermonate sind immer sehr warm und trocken. Tagsüber war es auf unserer Reise immer so zwischen 25 - 30 Grad warm, was für Ende August echt gut ist. In den Nächten ist es meistens relativ kühl (16-20 Grad). Der Winter beginnt in der Ukraine recht früh. Es ist keine Seltenheit, dass im Oktober schon Schnee fällt, in den Karpaten ist das regelmäßig der Fall. Die Winter sind entsprechend dem kontinentalen Klima kälter.

# Ökologische Probleme in der Ostukraine

## Luft und Boden

So könnten die Karpaten nach ihrer vollkommenen Abholzung aussehen.



Es sind aber keine kahlen Bergrücken, sondern bis zu 700m hohe Schutthalden von Kohlenminen. Manche von ihnen kokeln vor sich hin, andere beginnt die Natur mit Pionierpflanzen wieder zu beleben. Am Fuße der Hügel - illegale Schuttplätze aus stillgelegten Fabriken wie der Nikitovka Central Enrichment Factory.

Der giftige Staub verteilt sich durch den Wind über das Land - über Äcker und Gärten bis hinein in die Städte. Ein weiteres Problem sind die ca. 700 brennenden Abraumberge, welche einen Durchschnittsgröße von einem Quadratkilometer haben. Wie riesige Schornsteine setzen sie Staub, Hitze und vor allem Schwefel- und Kohlendioxid frei. Ersteres „produziert“ sauren Regen, letzteres trägt zum Treibhauseffekt bei. Die Luftverschmutzung über manchen Städten erreicht Werte von Nitrogendioxid 3.2 (mal über dem Limit), Phenol 3.3, Schwefeldioxid 2.6 und Staub 1.3.



Aber es gibt nicht nur Kohleschutthalden, sondern auch welche von anderen Firmen und Industriezweigen inklusive Metallindustrie, Chemie- und Quecksilber-fabriken.

Die Nikitovka Quecksilberablagerungen haben einen Gehalt von über 86%. Ihre rote Farbe hat ihnen den Namen „Drachenblut“ eingebracht. Die erste Mine wurde 1885 von Deutschen gebaut und war Mitte des 20. Jahrhunderts die größte russische Quecksilbermine, welche auch mit dem Militär zusammenarbeitete. Die Fabrik ist seit 1994 geschlossen, aber das Erbe - die 5 großen, offenen Halden - werden noch lange und „nachhaltig“ die Umwelt vergiften. Ein Viertel einer Halde wurden in die alten Minen verbracht, aber das ist mehr Augenwischerei als wirkliche Hilfe. Die Probleme sind die Quecksilberdämpfe, der Abtrag durch Wind und die Auswaschungen in den Boden. Aber nicht nur dort lagert sich das Quecksilber ab. Medved hat bei Schulkindern hohe Konzentrationen des Stoffes im Urin, Blut und den Knochen festgestellt.

## Exkurs Minamata

1932 wurden in die japanische Bucht Minamata quecksilberhaltiger Abwässer durch den Chemiebetrieb der Chisso AG. Das Quecksilber reichert sich in den Meerestieren an und führt später bei der Bevölkerung zu Vergiftungen.

Die Minamata Krankheit

Seit 1952 treten in der japanischen Bucht von Minamata 1. Quecksilbervergiftungen in der Bevölkerung auf. Ursache ist der Verzehr von Quecksilber - belastetem Fisch. Es gibt über 500 Tote. Seit diesem Ereignis sind in Japan die schärfsten Umweltgesetze eines Industriestaates erlassen worden.

Die Yenakiyev Fabrik ist eine der wenigen Fabriken, welche noch in Betrieb ist. Hier wird Eisen und Stahl produziert. Trotz eines Umweltschutzplanes schafft es die Fabrik nicht die geforderten Werte einzuhalten und sollte deswegen 10.000 hryvna (entspricht ca. 2.000 EUR) Strafe zahlen. Hier zeigt sich nun das Desaster zwischen Ökonomie und Ökologie. Die Arbeitsplätze opfern und Umwelt schützen, scheint hier zu einer entweder oder Frage zu werden. Die Ukraine schafft es nicht ohne die metallverarbeitende Industrie, die Natur nicht mit.



## Wasser

In der Ukraine werden 60% des Wasserverbrauchs durch den Fluß Dnjepr gewonnen, 15% von anderen Oberflächengewässer und 25% aus dem Grundwasser.

Im Donbass gibt es mehr als 26 Flüsse und Bäche. Einer davon - der Gruzskaya-Fluß zwischen Makeevka und Donetsk - toppt alle: Tenside 4 (mal mehr als das azeptierte Limit), Ammoniumsulfid 10, Chloride 4, Schwefel 7, Ölprodukte 6, Eisen 4, Blei 2 und organische Metallsubstanzen 1. Insgesamt sind durch die Halden an seinen Ufern Konzentrationen gemessen worden, die zwei- bis dreimal höher als in den anderen Flüssen der Region sind. Das Ministerium für ökologische Ressourcen hat Daten gewonnen, nach denen der Gruzskaya, einer der verschmutztesten Flüsse Europas ist. Dennoch sieht man dort Leute beim Angeln.

## Trinkwasserkampagne von „Mama-86“

Wie wir in L'viv feststellen mussten, kann kein Wasser ein ganz schönes Problem sein. In L'viv läuft das Leitungswasser nur von 7-9h morgens und 2 Stunden am Abend. Die Wasserreserven der Stadt sind verbraucht, und erst mit dem Bau einer Pipeline ist die Stadt wieder versorgt. Wasserknappheit - durch Lecks in den Leitungen gehen ca. 30% verloren - ist ein Problem, Wasserverschmutzung das nächste. Obwohl so viele Fabriken geschlossen wurden, sind die Verschmutzungsraten nicht gesunken. Pestizide und Industrieabwässer sind die Ursache, aber auch das schlecht funktionierende Abwassersystem, die landwirtschaftliche Drainage sowie die Versalzung der Böden tragen zum Verlust von Wasser

und Trinkwasserqualität bei, wobei wir das Leitungswasser nur abgekocht als Chai (Tee) getrunken haben und selbst dann konnte man z.T. das Chlor noch heraus-schmecken.

Mama-86 kämpft für eine Überwachung der

Wasserqualität, führt unabhängige Trink-wassertest durch und klärt die Bevölkerung über dieses Problem auf. 45% der Bevölkerung nimmt Wasser zu sich, welches unter Trinkwasserstandards von 1980 ist. Lang-fristig wollen die Aktiven die Wasserpolitik

in der Ukraine ändern.

Zu viel Wasser kann aber auch zum Pro-blem werden, wie wir auch hier in Deutsch-land in den letzten Monaten mal wieder er-fahren mussten.

# Überflutungen in den Transkarpaten

**Die Bergregion Transkarpaten liegt im westlichsten Teil der Ukraine und schließt Teile von Polen, der Slowakei, Ungarn und Rumänien mit ein. Auf einer Fläche von 13.000 km<sup>2</sup> leben mehr als 1.2 Millionen Menschen. Die Landschaft ist sowohl von den Bergen und den langen Tälern geprägt als auch vom Tiefland des Flusses Theiß.**

Das Land wird nicht nur in den Tälern land-wirtschaftlich gut genutzt, sondern auch die bewaldeten Berge werden intensivst ge-nutzt. In den Bergen, welche bis knapp über 2000 Meter hoch sind, liegt die Waldgrenze bei 1600-1700 Metern. In den letzten Jahrhunder-ten ist jedoch durch den menschlichen Raubbau an den Wäldern die Baumgrenze um 200-300 Meter ge-sunken. Denn durch die Abholzung in den höheren Lagen der Berge trat eine größere Erosion der Humus-schichten ein, so daß die Grund-lage für die Wiederaufforstung in die-sen Höhen einfach fehlte.

Die bewaldete Fläche in den ukrai-nischen Transkarpaten ist von ehe-mals 95% der Fläche auf einen Wert von 53% geschrumpft. 70 % der noch be-waldeten Flächen besitzen einen sehr jun-gen Baumbestand, gut 1000 km<sup>2</sup> der Transkapaten sind wiederaufgeförfstete Fich-ten-Monokulturen.

Zusätzlich tragen folgende Faktoren zu den Erosion an den Berghängen mit bei:

- Landwirtschaftliches zu tiefes Pflügen von steilen Hängen
- Degradation von Wiesen durch zu starke Verdichtungen des Bodens
- Ziehen von abgeholzten Baumstämmen über die Hänge mit schwerem Gerät
- unsystematisches Bau von Straßen und Überlandleitungen quer durch die Transkarpaten

· Bau von Gas- und Olppipeline durch die Transkarpaten

All diese Punkte zusammen mit dem Raubbau der Wälder führen in den Transkarpaten zu der Erosion der Berghänge, zu Erd-rutschen an den Hängen und zu einer Ver-schlammung der Gebiete. Dadurch, daß die Wälder immer weniger Wasser speichern können, geben diese die

Niederschlagsmengen viel zu schnell an die Bäche und Flüsse ab. Dieses führt schon

mit den Zerstörungen durch die Über-flutungen in Sachsen in dem Ort Grimma vergleichbar, wo der Fluß Mulde die Innen-stadt größtenteils zerstörte.

Der Forstwissenschaftler O.V. Chubatyi kam schon 1994 zu dem Schluß, daß die Werte, die infolge der Abholzungen durch die Überschwemmungen und die Erosionen zerstört werden, größer sind als die Werte, die durch den Verkauf der Hölzer in den Westen entstehen. Man kann also der Gesellschaft Kosten ersparen, indem man die Gebiete nicht durch Raubbau zerstört, sondern den Wald in Transkarpaten erhält.



## See im Naturschutzgebiet Synevyr in den Karpaten

bei größeren Niederschlägen in dem Gebiet Transkarpaten zu Überschwemmungen. Zu katastrophalen Überschwemmungen kam es in den siebziger Jahren, noch schlimmer war es 1992/93, 1998 und 2000/2001. 2001 wurde ein Staudamm in einem Tal 2-3 Meter hoch überflutet, so daß ganze Brücken, Häuser und Dörfer im Tal von den Überschwem-mungen und Zerstörungen durch die Wasserwucht betroffen waren. Die Heftig-keit dieser Zerstörungen in den Über-schwemmungsgebieten ist durchaus

Die Bevölkerung in der West-ukraine und die Politik sollten alle Mög-lichkeiten ausschöpfen, den Wald nicht mehr durch Raubbau durch westliche Firmen abholzen zu lassen, sondern ihn selber wie-der ökologisch zu nutzen und die Waldgebirge, die zu den größten Europas gehören, zu erhalten. Denn mit jedem weiteren Kahl-schlag drohen noch schlimmere Überschwemmungen und gefähr-den die Bevölkerung in den Transkarpaten.

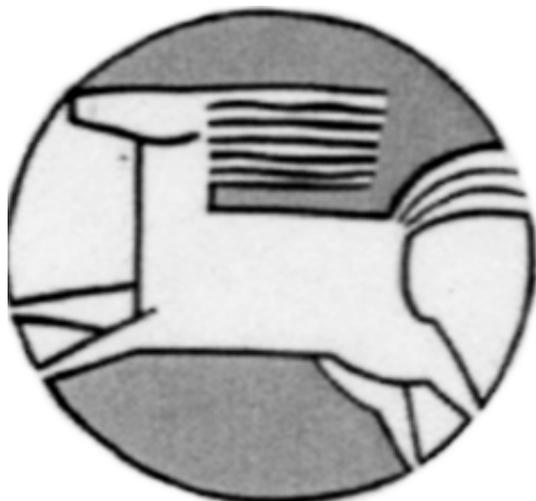
<http://ta73.tachemie.uni-leipzig.de/chemie-intern/Umweltgeschichte.htm> - Umweltatlas Deutschlands und der Welt

# BAKHMAT

eine ukrainische NGO-Umweltorganisation in Artemovsk / Donbass

## Geschichte und Bedeutung von „Bakhmat“

Begonnen hat die Organisation 1989 - damals noch „To the sources“ genannt. 1995 war sie als städtische Organisation registriert und hatte 200 Mitglieder und 45 Aktive, vor allem Frauen und Jugendliche. 1997 entstand aus diesen Reihen das Frauen-Netzwerk „Mama-86“, welches sich wie Bakhmat u.a. für die öffentliche Mitbestimmung bei der Lösung von ökologischen und kulturellen Problemen einsetzt. Infos: [www.mama-86.kiev.ua](http://www.mama-86.kiev.ua)



„Bakhmat“ ist ein „kleines, starkes Pferd aus der Wild Steppe“. Das Pferd wurde von den Menschen aus-gerettet, welche sich dort niederließen, um das dort gefundene Salz abzubauen. Dafür mussten auch alle Bäume im Donbass weichen und als dort schließlich Kohle gefunden wurde, wurden die Umweltprobleme für die Region noch schlimmer.

Der gleichnamige Fluß ist extrem verseucht mit nichteisenhaltigen Metallen aus der angrenzenden Fabrik und von Pestiziden aus den Gärten und enthält soviel Kupfer, daß sich schon fast ein Abbau durch Spezialisten lohnen würde.

Von der Bakhmat-Homepage: „Länder, ohne diese natürliche Resource, sind eingeladen, diese aus dem Fluß wieder zu extrahieren“. [www.bakhmat.org](http://www.bakhmat.org)

## Aktionen und Projekte

Die vier Aktionsschwerpunkte sind: Umwelt, Kultur, Jugend und NGO-Entwicklung, welche durch Einflussnahme auf die lokale und regionale Politik, Öffentlichkeitsarbeit, Anstoß der Bevölkerung zu Umweltschutz- und kulturellen Aktivismus durch Betreuung der Umwelthotline „Eco-Telephone“, die Durchführung von Camps und Seminaren zu Umwelt- und umweltjournalistischen Themen wie z.B. Umweltkorruption, public actions und c l e a n - u p activities sowie der Schutz der natürlichen Ressourcen durch Forschung und

das Aufzeigen von Umweltproblemen. So wird z.B. die Auszeichnung „Green Mark“ vergeben, welche besondere Bemühungen die Natur auszubeuten und zu zerstören, würdigt. Neben einigen Firmen und Organisationen darf sich auch der Militärminister der Ukraine mit dem Titel eines „murders of nature“ schmücken. Ein ökotouristisches Programm lautet: „wonders and horrors of Donbass“ von dem noch einige Auszüge auf den folgenden Seiten zu sehen sind.

Die Mitglieder der Organisation Bakhmat haben zudem ein Umwelt- und Kulturzentrum in Artemovsk gegründet, in welchem sich Kunst und Theater mit Umweltschutz verbindet.

Ein wichtiges Arbeitsfeld von Bakhmat ist die Anti-Atom-Arbeit. In diesem Bereich lässt sich die Organisation am ehesten mit der BI-Lüchow-Dannenberg vergleichen, mit welcher sie auch schon seit längerem gute Kontakte pflegt. Auch Bakhmat kämpft gegen die Einlagerung von radioaktivem Müll

in einen Salzstock bei Artemovsk. - Infos: [www.ecopravo.kharkov.ua/Eng/Cases/artimsil.htm](http://www.ecopravo.kharkov.ua/Eng/Cases/artimsil.htm)

Die Organisation macht Öffentlichkeitsarbeit und kümmert sich um die Aufklärung über die Gefahren des Endlagers, veranstaltet öffentliche Anhörungen und beschäftigt sich auch mit Fragen über das Thema Ökologie hinaus wie Gender und Globalisierungskritik. Bakhmat organisiert außerdem als NGO die Konferenz „Kiev 2003“ mit, auf welcher sich die pan-europäischen Umweltminister/innen treffen.

Publikationen zu Aktionen von Bakhmat unter der Zeitschrift „give + take“ von „Initiative for Social Action and Renewal in Eurasia (ISAR)“: <http://www.isar.org/isar/pubs.html>

## Monument to Chornobyl

Am 10. Jahrestag der Katastrophe in Chornobyl wurde dieses Denkmal errichtet für die Soldaten und die Beamten, welche am „clean-up“ beteiligt gewesen waren.



# 1. September - Babi Jar - Antikriegstag

**Am Morgen des 1. September 1939 begann mit dieser Radio-Meldung der 2. Weltkrieg: „Seit 4.45 Uhr wird zurückgeschossen.“ Als polnische Soldaten verkleidete SS-Männer überfielen einige deutsche Grenzzorte und den Sender Gleiwitz.**

Seitdem ist der 1. September der internationale Antikriegstag. Wir waren an diesem Tag gerade in Kiew angekommen, machten uns abends auf den Weg nach Babi Jar.

Babi Jar ist eine Schlucht im nördlichen Kiew, in der am 29. und 30. September 1941 mehr als 33.000 Juden von einem Sonderkommando der deutschen Einsatzgruppen ermordet wurden. Auch in der Folgezeit wurden in der Schlucht Menschen getötet. Insgesamt dürften in Babi Jar etwa 100.000 Juden, Sinti, Roma und Russen ums Leben gekommen sein. „Am 27.9.1941 setzte der Ortskommandant von Kiew eine Besprechung an. In der Besprechung ging es um die „Evakuierung“ der jüdischen Einwohner der Großstadt Kiew. Mit Plakaten wurden die Juden, die sich noch in der Stadt befanden, aufgefordert, sich an bestimmten Stellen zur „Umsiedlung“ zu melden. Die Mörder waren vom Erfolg dieses Aufrufs selbst überrascht. Obwohl man zunächst nur mit einer Beteiligung von etwa 5000 bis 6000 Juden gerechnet hatte, fanden sich über 30 000 Juden ein, die infolge einer überaus geschickten Organisation bis unmittelbar vor der Exekution noch an ihre Umsiedlung glaubten.“

Am 29. und 30. September 1941 erschoss die SS in dieser Schlucht nach eigenen Berichten 33771 Juden. Eine Pioniereinheit zerstörte anschließend die Ränder der Schlucht durch eine Sprengung, dann wur-

de das Massengrab planiert.

Babi Jar diente bis August 1943 als Mordstätte; dann mussten jüdische KZ-Häftlinge die Leichen exhumieren und verbrennen, um die Spuren der Massenmorde zu verwischen. Doch es blieben genügend Hinweise auf das Massaker zurück, die später von der vorrückenden Roten Armee gefunden wurden. Außerdem sind die Massenmorde



durch Aussagen von Tätern, Zuschauern und einigen Überlebenden dokumentiert.

Heute befindet sich an dieser Stelle ein Park und wir hörten Kinder lachen und Jugendliche saßen auf den Bänken in der Abenddämmerung, und teilweise könnte man meinen die Menschen wüßten gar nicht, was an diesem Ort Menschen anderen Menschen angetan haben. Aber vergessen wäre das Schlimmste - und so mahnen mehrere Denkmäler an das Massaker. In der Nähe des U-Bahnhofs eines für die Kinder, auf dem Hügel eine Menorah, der siebenarmige Leuchter, und weiter entfernt ein Monumentales Sozialistisches Denkmal für die getötete russische Zivilbevölkerung. In der Abenddämmerung machen wir uns auf den Weg nach hause.



Das 20. Jahrhundert war und ist ein Jahrhundert verheerender Kriege und politischer und sozialer Umwälzungen.

Sowohl im 1. Weltkrieg, als das wilhelminische Kaiserreich „einen Platz an der Sonne“ forderte, als auch '33, als der Nazi-Faschismus propagierte, die Deutschen seien ein „Volk ohne Raum“, ging es den deutschen Imperialisten, die bei der Eroberung von Kolonien zu spät gekommen waren, immer darum, die Welt zu ihren Gunsten neu aufzuteilen.

Es ging darum, den Reichtum der eroberten Länder auszubeuten - den Weizen der Ukraine, die Kohle aus dem Donezk-Becken und das Erdöl aus Baku. Ein zentraler Teil der deutschen Eroberungspolitik war jedesmal der Versuch, in den Kaukasus vorzustoßen. (...)

Ausgelöst durch den von den Nazis selbst inszenierten Überfall auf den Sender Gleiwitz und einem Ultimatum Nazi-Deutschlands an Polen endete der 2. Weltkrieg mit ungeheuren Zerstörungen weiter Teile nicht nur Europas und mit über 50 Millionen Toten. Die Weltpolitik wurde fortan bestimmt von zwei mächtigen militärischen Blöcken mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Systemen. Die Existenz der sozialistischen Staaten setzte dem Imperialismus fortan eine Grenze. Durch den Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten fielen auch die Grenzen für den imperialistischen Expansionsdrang und die erzwungene Rücksichtnahme auf soziale Widersprüche innerhalb der Industrienationen.

Die Gewinne der großen Unternehmen erreichen Spitzenwerte, während Löhne, Sozialleistungen und Renten stagnieren oder abgebaut werden. Die in langen Kämpfen erreichten sozialen Fortschritte werden schrittweise abgeschafft. (...)

Dazu hat die Kohl-Regierung bereits vorgearbeitet. Die Sozialdemokraten und Grünen, nun voll auf neoliberalen Kurs, sind jetzt die Schrittmacher - auch als imperialistische Kriegstreiber.

[www.gegenbuero.de](http://www.gegenbuero.de)

# Am laufenden Band

von lutz eichler - jungle world 10/2001

**Der mysteriöse Tod eines Journalisten ist zur Waffe im Machtkampf konkurrierender ukrainischer Oligarchen geworden. Die kopflose, verbrannte Leiche eines regierungskritischen Journalisten und ein Tonband, auf dem angeblich festgehalten ist, wie der ukrainische Präsident Leonid Kutschma das »Verschwinden« des Journalisten anordnet, Demos und Zeltlager oppositioneller Studenten vor dem Präsidentenpalast - nach allen klassischen Kriterien steckt die Ukraine in einer veritablen Staatskrise.**

Der Online-Journalist Georgi Gongadze verschwand im September 2000. Wochen später wurde eine enthauptete Leiche mit großer, aber nicht vollkommener Sicherheit als die seine identifiziert. Im November veröffentlichte Kutschmas Rivale, der Chef der sozialistische Partei, Aleksander Moroz, im Parlament Abhörprotokolle, aus denen hervorgehen soll, dass Präsident Kutschma die Entführung des Journalisten befohlen habe. Ein inzwischen ins Ausland geflohener Geheimdienstoffizier und Leibwächter Kutschmas hatte dem Oppositionsführer ein Tonband übergeben, auf dem drei Stimmen zu hören sind. Am besten sei es, so einigte sich die Sprechenden, Gongadze von Tschetschenen entführen zu lassen, die ein unbezahlbares Lösegeld verlangen. (...) Jean-Christophe Menet von Reporter ohne Grenzen sagt, es geschehe immer häufiger, dass ukrainische Journalisten bedroht oder angegriffen werden: »Es passieren bizarre Dinge.« Die Journalistengewerkschaft teilte mit, dass in den neun Jahren der unabhängigen Ukraine 38 Journalisten auf mysteriöse Weise starben. Teils kamen sie bei Unfällen ums Leben, teils wurden sie auf offener Strasse erschossen.

## Demonstrationen in Kiev

Seit vier Wochen demonstrieren nun Studenten und Journalisten in Kiev. Das kam den mit der Kutschma-Fraktion konkurrierenden Oligarchengruppierungen gelegen; sie schlossen sich in einem »Forum der Nationalen Rettung« zusammen, das aus gemäßigten Nationalisten, Vereinigungen von Geschäftsleuten, Sozialdemokraten und

den Sozialisten von Aleksander Moroz besteht, die ukrainischen Kommunisten jedoch nicht einschließt.

Die Oppositionsführer haben ebenso wie Kutschma meist eine Hausmacht in einem der staatlichen oder halbstaatlichen Großbetriebe der Ostukraine. Die einzige inhaltliche Gemeinsamkeit besteht in der Gegnerschaft zu Kutschma und dem Anspruch auf die Macht im Staat. Der Präsident, die Wirtschaftskartelle und die regierungstreuen Medien können bisher alle Proteste und Demonstrationen ignorieren. Und selbst ein Sturz Kutschmas würde innenpolitisch nur wenig ändern.

## Innenpolitische Probleme

Beide Seiten werfen sich Korruption, die Verzögerung von Reformen und eine antidemokratische Gesinnung vor. Kutschma hält einige der Oppositionsführer für »Lennins«, die »nicht Menschen, sondern eine Kuhherde« auf die Straße schicken. Der Tonbandskandal sei wohlorganisiert und -finanziert. Kutschma entließ die Vorgesetzten des Leibwächters, der das fragliche Gespräch aufgenommen hat, den Staatsanwalt, der im Fall Gongadze ermittelte, und ging ansonsten zur Tagesordnung über.

Vor zwei Wochen empfing Kutschma Wladimir Putin. Die beiden Präsidenten vereinbarten eine enge Kooperation in den Bereichen Raumfahrt und Energiepolitik. Die Revitalisierung der ukrainisch-russischen Zusammenarbeit wird im Westen misstrauisch beobachtet. Associated Press hält das Abkommen für einen Schlag gegen die USA, die die Ukraine als einen Puffer gegen russische Ambitionen finanziell und militärisch unterstützt hätten. Auch die Los Angeles Times kritisiert, dass Kutschma nun wieder die Unterstützung des Kreml suche, obwohl die Ukraine mit viel US-Hilfe als Gegengewicht zur russischen Macht aufgebaut worden sei.

## Außenpolitische Probleme

Kutschma pokert weiterhin nicht nur mit Russland, sondern auch mit dem Westen. Einen Tag nach Putin tauchten Vertreter der Europäischen Union in Kiev auf. Die

schwedische Außenministerin Anna Lindh, deren Land derzeit die EU-Präsidentschaft innehat, sprach mit Kutschma über »die europäische Integration der Ukraine und über Sicherheitsfragen«. Als sich Kutschma Ende Januar in Berlin mit Bundeskanzler Gerhard Schröder traf, ging es um »Möglichkeiten der verbesserten Zusammenarbeit«. Weder Lindh noch Schröder hielten sich lange beim Journalistenschwund auf. Doch offenbar kam man sich in Wirtschaftsfragen trotzdem kaum näher und konnte keinen nennenswerten Vertrag abschließen. Kutschmas derzeitige Annäherung an Russland resultiert also wohl auch aus dem Mangel an Alternativen. Weder militärisch noch ökonomisch kam man in den letzten Jahren mit der EU voran.

## Wirtschaftliche Probleme

Zwar hält Felicitas Möllers von der Deutschen Bank Research, die auch Mitglied der Beratergruppe der ukrainischen Regierung ist, die wirtschaftliche Stagnation der vergangenen Jahre für überwunden. Das 1 000-Tage-Programm des prowestlichen Premierministers Wiktor Juschtschenko habe die Wirtschaft stabilisiert, resümiert sie in ihrer Studie »Ukraine on the Road to Europe«. Doch die wirtschaftliche Lage der Ukraine hat sich ständig verschlechtert. Im vergangenen Jahrzehnt nahm die Industrieproduktion um 70 Prozent ab. Seit 1990 hat sich die landwirtschaftliche Produktion halbiert. Experten befürchten eine Hungerkatastrophe, falls die für dieses Jahr angekündigten Agrarreformen des IWF tatsächlich durchgeführt werden. Die Löhne einfacher Arbeiter seien in den vergangenen zehn Jahren um 70 Prozent gesunken, berichtet die ukrainische Zeitung Den. Ihr ohnehin kümmerliches Einkommen wird von einer galoppierenden Inflation noch weiter gemindert. Schon im vergangenen Mai stand das Land vor der Zahlungs-unfähigkeit. Nur durch eine Umschuldung unter Leitung einiger führender europäischer Banken, wurde der drohende Kollaps verhindert. Kurz nach Beginn der Demonstrationen gegen Kutschma gab der IWF mit 246 Millionen Dollar die erste Tranche eines 2,6-Milliarden-Kredits frei.

aus Jungle World 10/2001

# Große Koalition auf Kiews Straßen

aus Kiew Barbara Oertel - taz 18.9.2002

**In der Ukraine wächst der Protest gegen den selbstherrlichen Präsidenten Leonid Kutschma, doch die Opposition ist sich nicht einig, ob sie auf den Druck der Straße oder auf Verhandlungen mit dem Staatsoberhaupt über eine Machtbeteiligung setzen soll**

Einschüchterungen, ein massives Polizeiaufgebot und ein Gerichtsverbot konnten sie nicht abhalten: Am Montagnachmittag protestierten in der Hauptstadt Kiew 15.000 Menschen und forderten den Rücktritt von Präsident Leonid Kutschma. Unter einem Meer von blau-gelben und roten Fahnen und Rufen wie „Kutschma he!“ („Nieder mit Kutschma!“) marschierten die Teilnehmer durch die Innenstadt. Die staatlichen Sender, die kaum über die Vorbereitungen des Protestes berichtet hatten, wurden am Montag für mehrere Stunden abgeschaltet, offiziell wegen Wartung. Der Tag des Protestes war nicht zufällig gewählt. Genau vor zwei Jahren, am 16. September 2000, verschwand der Journalist und Chefredakteur der Internet-Zeitung *Ukrainska Pravda*, Georgi Gongadse. Kurze Zeit später wurde eine kopflose Leiche gefunden, bei der es sich laut jüngsten Expertisen um die von Gongadse handeln soll.

Zum Skandal wurde der Fall, als Tonbandmitschnitte eines ehemaligen Sicherheitsoffiziers von Kutschma auftauchten, die den Präsidenten belasteten, in den Mord verwickelt zu sein. Die Folge waren wochenlange Proteste, die Kutschma fast sein Amt gekostet hätten.

## Die Protestierenden

Initiator der jüngsten Proteste ist die so genannte Troika aus Vaterlandspartei, Sozialistischer und Kommunistischer Partei. „Wir wollen vorgezogene Präsidentenwahlen auf demokratischer Basis, ohne Einschüchterung, Repression und Fälschung“, sagt die Vorsitzende der Vaterlandspartei, Julia Timoschenko. Sozialistenchef Alexander Moros fügt hinzu: „Wenn wir den Rücktritt auf diesem Weg nicht erreichen, werden wir das Parlament auffordern, eine Amtsenthebung zu beschließen.“ Außer dem Rücktritt des Staatspräsidenten möchte das Trio die Verfassung ändern mit dem Ziel, dem Parlament, der Verchowna

Rada, mehr Machtbefugnisse einzuräumen. Aus gutem Grund: Bei den Parlamentswahlen im vergangenen März schafften es die präsidententreuen Parteien trotz dreistester Manipulationen nicht, die Mehrheit der Mandate zu erringen. Da die Verfassung aber keine Regierungsbildung auf der Basis einer parlamentarischen Mehrheit vorschreibt, sondern der Präsident eine Regierung nach eigenem Gusto ernennt, ist das alte Kabinett von Premier Anatoli Kinach weiter im Amt.

Etwas bedeckt hält sich derzeit noch der eigentliche Gewinner der Wahl und populärste Politiker der Ukraine, Viktor Juschenko. Er erzielte mit seinem Bündnis „Unsere Ukraine“ mit rund 23 Prozent das beste Zweitstimmenergebnis. Der frühere Regierungschef, in dessen Amtszeit Beamtengehälter und Renten pünktlich gezahlt und auch der Staatshaushalt halbwegs saniert wurden, setzt weniger auf den Druck der Straße als auf Verhandlungen mit Kutschma über eine Machtbeteiligung. „Wir haben von Kutschma keine endgültige Absage erhalten. Erst wenn das der Fall ist, gehen wir in die Opposition“, sagt der Vizefraktionschef von „Unsere Ukraine“, Juri Kostenko. „Während wir 1990 auf der Straße waren, haben die anderen in den Hinterzimmern gesessen und die Posten verteilt. Dort sitzen die meisten Vertreter des alten Denkens immer noch. Diesen Fehler wollen wir nicht wiederholen.“

## Die Oligarchen

Einer kleinen Gruppe steinreicher Oligarchen, die die wichtigsten Wirtschaftszweige kontrollieren, steht eine Bevölkerung gegenüber, die zu 75 Prozent unter der Armutsgrenze lebt und deren Durchschnittslohn nur 100 US-Dollar beträgt. Angesichts dieser Gegensätze haben viele Menschen für Rechtsfragen und politischen Postenschacher kein Verständnis. „Wir wollen andere Machthaber, nicht diese Oligarchen, die das Volk bestehen“, sagt eine Frau. Eine andere verkündet: „Unter dieser Führung hat die Ukraine keine Perspektive. Wir werden für Veränderungen kämpfen und das bis zum Ende.“ Mittlerweile dürfte es auch Kutschma dämmern, welches Unmutspotenzial sich da

zusammenbraut. Anlässlich des Unabhängigkeitstages am 24. August verkündete der Präsident, der seit Jahren das Parlament zu einem willfährigen Erfüllungsgehilfen seiner Politik machen will, die Rada mit mehr Rechten ausstatten zu wollen. Für Wladimir Polochailo, Chefredakteur der wissenschaftlichen Zeitung *Politischna Dumka* ist dies ein Versuch, der fragmentierten Opposition die Initiative abzunehmen. „Auch ist 2004 kein Nachfolger für Kutschma in Sicht. Daher muss der Präsident versuchen, seine Familieninteressen zu verteidigen - sowohl seine eigenen als auch die seiner politischen Familie“, sagt Polochailo. „Außerdem möchte Kutschma wohl doch noch als Reformers in die Geschichte eingehen.“  
taz Nr. 6856 / 18.9.2002, Seite 11, 154 TAZ

## Zwischen Reformen und Oligarchisierung zur Wirtschaftsentwicklung in der Ukraine von Verena Fritz

Zusammenfassung: Erstmals seit zehn Jahren wächst die Wirtschaft in der Ukraine wieder. Die Abwertung der Hrywnja nach der russischen Krise von 1998 hat hierfür wichtige Impulse gegeben. Überdies sind unter der Regierung von Viktor Juschenko einige Reformen vorangetrieben worden. Der aktuelle Aufschwung sollte jedoch nicht über verbleibende fundamentale Probleme hinwegtäuschen: Die Struktur der ukrainischen Wirtschaft ist veraltet und die Zahlungsdisziplin von Unternehmen, Staat und Steuerzahlern ist katastrophal. Die politische Macht in der Ukraine wird von ‚oligarchischen‘ Interessensgruppen dominiert, die wirtschaftliche Reformen nur zäh vorankommen lassen, während die erreichte Demokratisierung zunehmend ausgehöhlt wird. Großteile der Bevölkerung sind wirtschaftlich und politisch marginalisiert.  
Osteuropa : Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens. Hrsg. Dt. Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. : Dt. Verl.-Anst. : Stuttgart, Heft 9/September 2001 51. Jg.

# Deutsche Waffenfirma testet(e) Munition an Hunden in der Ukraine

**Ratingen - Schlimmer Verdacht gegen Waffenhändler aus Ratingen: Die Firma Schmeisser (Jagd- und Sportwaffen) soll in scheußliche Versuche mit wehrlosen Hunden in der Ukraine verwickelt sein. Das Fachmagazin Deutsches Waffenjournal (DWJ) berichtet, dass mit Gummigeschossen aus nächster Nähe auf die Tiere gefeuert worden sei - Tests für eine neue 9,5mm-Pistole für den Einsatz bei Polizei und Sicherheitskräften.**

Schmeisser hat diese Waffe offenbar in einer kleinen Stadt bei Kiew (Ukraine) entwickeln lassen. Dort gibt es die Firma „SP Schmeisser“, an der die Ratinger Gesellschaft zu 50 Prozent beteiligt ist, wie ein leitender Ingenieur der Waffenfabrik dem EXPRESS bestätigte. Der Ingenieur: „Wir haben eine Pistole für Gummigeschosse entwickelt. Dazu waren seit 1997 mehrere Testreihen notwendig.“

Doch dann eine höchst seltsame Behauptung: „Für unsere Versuche haben wir lediglich einen einzigen Hund verwendet, der vor den Schüssen in Schlaf versetzt wurde.“ Das müsste ein erstaunlich robuster Hund gewesen sein... Das Deutsche Waffenjournal allerdings schildert genau, wie die grausamen Experimente durchgeführt worden sein sollen: „Erwachsene Hunde wurden aus sechs Meter Abstand auf die Leistengegend, Gelenke, Herz und Milz beschossen. Durch Messungen wurde ermittelt, dass die Schläge große Blutergüsse und Hautverletzungen verursachen, vor allem sehr schmerzhaft sind.“ Dabei interessierten die Wissenschaftler vor allem die Art der Verletzungen bei unterschiedlichen Schussentfernungen. Der ukrainische Ingenieur bestätigt, dass die Tests zusammen mit dem medizinischen Institut der Universität und der Armee durchgeführt wurden. Wolfgang Kräusslich, Waffenexperte beim DWJ: „Diese Pistole haben die Ratinger vor allem für den Einsatz bei Polizei- und Sicherheitskräften entwickelt. Die Geschosse töten nicht, sorgen aber für hohe Schmerzreaktionen.“

Bei Schmeisser heisst es lapidar, man habe mit Waffenherstellung nichts tun. Ge-

schäftsführer Dr. Ing. Werner Resch selbst war gestern nicht erreichbar. Düsseldorfs oberster Tierschützer Karlheinz Koepcke: „Hier umgeht eine deutsche Firma deutsche Gesetze, quält scheinbar legal Hunde im Ausland. Wir protestieren zusammen mit dem Deutschen Tierschutzbund gegen die Firma, aber auch bei der Deutschen Botschaft in Kiew und der Ukrainischen Botschaft in Berlin.“

aus: [www.hundeinberlin.de](http://www.hundeinberlin.de)

Dort ist auch ein Protestbrief abgedruckt, welcher an die Firma gesendet werden kann. Der Artikel ist zwar schon vom 18.04.2001, aber wir finden es dennoch wichtig, darauf hinzuweisen, wie deutsche Firmen sich Schlupflöcher suchen, um billig und in Ruhe weiterfoltern zu können. Zudem ist die indirekte Verstrickung des Staates durch die Polizei zu vermerken. Wenn die beschriebene Waffe plus Gummigeschossmunition wie im nächsten Artikel beschrieben wirken, so grenzt dies an einen Tötungsversuch, wenn diese eingesetzt werden.



## Hunde als Munitionstester

hundezeitung.de ist nicht dafür bekannt, gewalttätigem oder aktionistischem Tier-„Schutz“ zuzuarbeiten und beim - durchaus umstrittenen - Aufgabengebiet der Jagd fanatisch zu sein. Dr. vet. med. Franz P. Gruber ist ein auch der deutschen Regierung bekannter seriöser Zürcher Tierschützer. Er ersuchte die Firma um eine Erklärung zu

diesem unglaublichen Vorgang.

Das „Deutsche Waffenjournal“ brachte es unter dem Titel „Mach's mit Gummi - Spezialwaffen für Gummigeschosse von Schmeisser International“. Das Blatt berichtete waffentechnisch penibel darüber, wie aus verschiedenen Abständen auf Hunde geschossen wurde, um die Wirkung von Gummigeschossen zu prüfen: „Bei den Versuchen wurden aus 6 m Abstand erwachsene Hunde beschossen. Geschossen wurde auf Leistengegend, Ellbogengelenk, Herz, Milz, Bauchspeicheldrüse. Immer wurde eine Beschädigung der Hautdecke von 30 bis 125 mm<sup>2</sup> festgestellt. Elektrophysische Messungen zeigten, dass die Schläge sehr schmerzhaft sind. Grosse Blutergüsse waren im Auftreffbereich festzustellen. Die Geschosse drangen bei Schussdistanzen unter 3,5 Meter 6 bis 15 mm ein. Grosse Blutergüsse und hohe Schmerzreaktionen waren die Folge. Unterhalb 3,0 können Schäden an den inneren Organen entstehen, die spezielle medizinische Eingriffe erforderlich machen.“ Dieser Bericht stand auch in der Zeitschrift des Deutschen Tierschutz-Bundes „du und das tier“. Es ist nicht bekannt, ob der DTB etwas gegen diese Tierquälerei unternommen hat. Dr. Gruber bat für die „Stiftung Fonds für versuchstierfreie Forschung“ die Firma Schmeisser International GmbH in Ratingen (Nordrhein-Westfalen) um eine Stellungnahme zu der Tatsache, dass in der Ukraine an Hunden Munition getestet wird, respektive dabei Hunde mutwillig ermordet werden.

## Brief die Ratinger Firma

Zürich, 17. 7. 01 „Versuche an Hunden zur Entwicklung von Waffen und Munition Sehr geehrte Damen und Herren Übers Internet erhielten wir die beigegefügte Nachricht. Sie wissen, dass nach dem deutschen Tierschutzgesetz Tierversuche zur Entwicklung von Waffen und Munition verboten sind. Tierversuche ins Ausland zu verlegen, wenn sie in Deutschland nicht genehmigungsfähig sind, wäre äusserst verwerflich. Selbst die Bundeswehr legt Versuche, die im Ausland stattfinden, der

Tierversuchskommission des Verteidigungsministeriums vor, der ich seit vielen Jahren angehöre. Ich möchte Sie bitten, zu den erhobenen Vorwürfen Stellung zu nehmen. Mit freundlichen Grüßen PD Dr. Franz P. Gruber“  
Kopien an: Bundesministerium der Verteidigung InSan 18 hundezeitung.de

Auch nach einer Woche bekam Tiermediziner Gruber keine offizielle Antwort von der Firma, dafür aber einen anonymen Brief, ohne Poststempel, aber mit deutscher Briefmarke in die Schweiz geschickt.(...)

## Das anonyme Schreiben (buchstabengetreu):

„Betr.: Protestschreiben zu Waffenhändler lässt auf Hunde schießen (Firma Sport- und Jagdwaffen Schmeisser, Ratingen) Sehr geehrte Damen und Herren!

Dieses Schreiben enthält keine Identitätsangaben, um Gefahren seitens militanter Tierschützer abzuwenden. Auf Grund vieler Zuschriften bitte ich um Verständnis für diese allgemeingehaltene Antwort. Wenn man auf jeden in den Protestschreiben vorgebrachten Kleinkram eingehen würde, müssten wir eine gesonderte Abteilung in der Firma einrichten. 1) Aussagen zu den Schießübungen über die Wirkungsweise der Projektile und das Zeichnen der Tiere (Reaktion der Tiere, nachdem sie vom Geschöß getroffen wurden) sind meines Erachtens nur für Waffenkäufer interessant, ebenso über das Schweißen der Tiere. (Jäger sagen der besseren Argumente wegen nicht die Tiere bluten, sondern sie schweißen, wie Dr. rer. pol. Dr. forest h. c. Kurt Lindner von der Arbeitsstelle „Deutsche Jägersprache“ es bestätigen würde.) 2) Jäger haben auch Interesse am Tierschutz, weil die Ausrottung der Tiere die Jagd verunmöglichen würde. 3) Jäger erlegen die Stücke (Wildtiere) nicht aus Böswilligkeit, sondern die Jagd ist unter anderem auch ein Akt zur Förderung der Fröhlichkeit und Ausdruck der Liebe nach dem Motto „glücklich mit Tieren“.

Die Jagdrechtfertigungsbroschüre „Jagd heute“ des Deutschen Jagdschutz-Verbandes beginnt mit dem Vorwort: „Die Freude am Jagderlebnis und am Jagderfolg war und ist die wesentliche Triebfeder für die Jagd...“ Aus Jagdliedern ergibt sich, daß die Jagd dem Frohsinn dient. Ein Jägerlied lautet zutreffend: „Auf, auf zum fröhlichen Jagen...“ Dies muss gesagt werden, auch wenn nun

manche Hobbyprotestler sagen könnten, dass wir vermutlich in vorhergehenden Schußversuchen im Übereifer die Waffen an uns selber testeten, und somit das letzte bisschen Gehirn bei uns mit Schrot herausgeblasen haben. Dieses Risiko nehmen wir der Sache zu liebe in kauf. Denn leider ist es auch so, dass durch an Besessenheit grenzende unermüdliche Aktivitäten von Jagdgegnern (Anti-jagdfieber-Fieber), der Eindruck entstehen kann, die Jagd würde der Befriedigung abartiger Neigungen dienen. So werden wir in manchen Schreiben als „zuckerkrank“ (Drang zum Zucken des Zeigefingers beim Jagdwaffengebrauch) bezeichnet. Die Schreiben laufen darauf hinaus, daß am Ende jemand wankelmütig werden könnte und sich im Stillen fragt, die Jäger werden doch nicht etwa den Tieren Böses antun wollen?! So ist es nun nicht verwunderlich, daß es zuweilen auch zu Jagdstörungen durch Tierschutz-Extremisten kommen kann. Man denkt an nichts Böses und ist auf der Jagd frohen Mutes, da erscheinen Jagdstörer. Die kritischen Behauptungen von Protestlern ermutigen autonome Tierschützer zur Zerstörung, Beschädigung, Verunreinigung mit Kot usw. von Jagdeinrichtungen (Hochsitze u. a.). Wie soll dann der Jäger in Freude die Jagd ausüben und seine Tierliebe verwirklichen? Die Jagd ist das praktizierte Erfreuen am Wesen der Tiere. Das Gefühl beim Anpirschen, Aufstöbern usw. eines Tieres, es durch Hochmachen zum Hochwerden Bringen und beim Hochwerden (Fluchtbeginn) strecken (erlegen), kann man nicht beschreiben, das muss man durch Hin-

gabe erfüllen. Anschließend denkt man waidgerecht (im edlen Sinn): Ich finde, das Tier hatte eine faire Chance. Gut, daß es nicht vom Wilderer getötet wurde. Ich bin sicher, wenn Sie ein solches Jagderlebnis hätten, Sie wären sehr begeistert und würden Ihre Ansichten zur Jagd revidieren.  
Hochachtungsvoll“  
Keine Unterschrift.

Die Fröhlichkeit der Jagd dieses Menschen, ganz offensichtlich ein führender und damit verantwortlicher Mitarbeiter der Firma Schmeisser, drückt sich freilich in gezieltem Quälen an ukrainischen Hunden aus. Dieses Schreiben bestätigt nur die von Gruber vorgebrachten Vorwürfe in perfider Weise. Bei Gruber ging bis dato (Stand aus der Internetseite nicht erkennbar) noch keine Stell-ungnahme des Bundesverteidigungs-Ministeriums ein.

Volltext: [www.tiernotruf-111.de/mun.html](http://www.tiernotruf-111.de/mun.html)

**Bild unten** (aus militaerhistorie.de) Scharfschützen-Team der Waffen-SS bestehend aus dem Schützen, ausgerüstet mit Mauser Karabiner 98k im Kaliber 8x57 IS mit Zielfernrohr und dem Beobachter, bewaffnet mit Maschinenpistole MP40 (Schmeisser), Kaliber 9mm Para.



# Protokoll des BSÖ-Aktiventreffens vom 21.7.2002

## Tagesordnung:

- TOP 1 Begrüßung, Tagesordnung
  - TOP 2 33. BÖT in Lüneburg
  - TOP 3 FUI
  - TOP 4 Finanzen der BSÖ
  - TOP 5 Nächstes Aktiventreffen
  - TOP 6 ThemensprecherInnen
- Dabei waren: Anne Lang, Sigrid Oberer, Tobias Leußner und Oliver Bäsener

## TOP 1: Begrüßung

Die Anwesenden begrüßen sich und freuen sich, auf einer trockenen Wiese bei der BI in Gedelitz zelten zu können.

## TOP 2: BÖT / BSÖ

Anne erzählt: Das 33. Bundesökologietreffen findet vom Mittwoch, dem 27.11., bis Sonntag, dem 01.12.2002, in Lüneburg statt. Das Motto lautet: "33.BÖT in Lüneburg ...wie Schaf!" Das Vorbereitungsteam zum BÖT besteht zur Zeit aus 5 Leuten. Es ist für sie schwierig, eine Unterkunft für die Teilnehmenden des BÖTs in Lüneburg zu finden. Das Heinrich-Böll-Haus in Lüneburg steht leider nicht zur Verfügung. Aber an der Uni gibt es evtl. noch Übernachtungsmöglichkeiten. Auf jeden Fall stehen für die Arbeitskreise im AStA geeignete Räume bereit. Als Themen schlägt Anne für Arbeitskreise, Workshops und Vorträge vor: Ernährung, Öko-Audit, Johannesburg Rio + 10, Klima, Umweltpolitik, Suffizienzwirtschaft, Textilwaren(-wirtschaft?), Permakultur. ReferentInnen für diese und weitere Umweltthemen werden noch gesucht und können sich im Lüneburger AStA bei Anne melden. Es soll für das BÖT als Werbung und Info ein Faltblatt und ein Plakat erstellt werden. Auch an der Webpräsenz soll es nicht fehlen: Eine Einladung zum 33.BÖT soll auf die Webseiten des Lüneburger AStA gestellt werden. Zur Finanzierung des BÖTs werden verschiedene Möglichkeiten aufgezeigt.

## TOP 3: FUI Schreiben 4/02

Das nächste FUI-Schreiben 04/2002 findet am Wochenende entweder vom 13.-

15.09.02 oder ein bis 2 Wochen später (FUI-Schreiben war vom 27.9.-29.9.02, die Red.) statt.

Als Themen fürs FUI werden genannt: Anti-Atom, (Castormobilisierung), Rio + 10 Gipfel in Johannesburg... Das FUI-Schreiben soll in Oldenburg stattfinden (Oli B.: Ehlert kontaktieren) oder in Bochum (Peer). Der Schwerpunkt dieses FUI ist das Thema "Energie" und wird von Florian geschrieben. Die Einladung zum FUI könnte von der Geste versendet werden. Es wird angeregt, die ASten zu einer besseren Teilnahme am "Was läuft wo?" zu bewegen.

## TOP 4: Finanzen der BSÖ

Tobias erklärt die Finanzen. Den Anwesenden teilt Tobias eine Übersicht über die Einnahmen und die Ausgaben im laufenden Jahr aus und erklärt sie ihnen. Die Rechnungen für das FUI/HUI - Abo für das letzte Jahr wurden versendet. Auch die Mitgliederrechnungen sind versendet. Der Rechtshilfefond der BSÖ wird aufgrund mangelndem Zuspruch aufgelöst.

## TOP 5: Nächstes Aktiventreffen vor dem 33. BÖT

Das nächste Aktiventreffen findet in Lüneburg an einem Wochenende Ende Oktober statt. **Dort wollen wir uns u.a. die Räume für das 33. BÖT ansehen und uns über die Zukunft der BSÖ e.V. unterhalten.**

## TOP 6:

### ThemensprecherInnen

Zum nächsten BÖT sollte sich jede/r überlegen, ob er/sie nicht Lust hat, (wieder) ThemensprecherIn für ein Umweltgebiet zu werden. Folgende Themen gibt es zur Zeit: Anti-Atom, Energie, Flußökologie, Food-Coops, Gentechnik/Biotechnologie, Internationales, Internet (Homepage), Ökologisch Bauen, Ökologische Mensa, Papier, Reformpädagogik, Umweltbildung, Verkehr, Wirtschaft, Tierrechte. Weitere Themenvorschläge sind herzlich willkommen.

Für das Protokoll:

Oliver Bäsener

## Nachtrag BSÖ-Aktiventreffen im Wendland

Geste-Bericht im Nachtrag zum Aktiventreffen vom 21.7.2002:

1) Für die Verschickung des FUI 4/02 im Oktober 2002 sind folgende Anfragen zur Mitverschickung eingegangen:

a) Seminar des Genethischen Netzwerkes: Kostenlose Beilage einer Seminarankündigung auf Empfehlung von Arne Brück, BSÖ-Gentecsprecher angenommen

b) Anfrage Oekom-Verlag (punkt.um etc.) aus München zur Mitverschickung eines Werbefolders für ihre Zeitung GAIA (e.V.: Integrierte Umweltwissenschaft).

Kostenpunkt für oekom-verlag: 100 Euro

2) Der BSÖ-Gündungs-AStA Uni Trier und Sitz der ersten BSÖ-GeSte von 1993 bis 1998 hat leider seinen Austritt erklärt. Sie hätten seit langem nur über die seit 1998 fehlgeleitete Post von der BSÖ gehört?! Komisch!

Wir haben per mail und Brief je einmal versucht, den AStA bzw. die Vorsitzende umzustimmen. Bisher ohne Erfolg.

3) Post von ABS und PM-Bündnis:

a) Die BSÖ e.V. hat die aktuelle allgemein bekannte Unterschriftenliste (<http://www.studis.de/abs> und <http://www.abs-nrw.de>) gegen Studigebühren unterschreiben!

b) PM-Bündnis:

Das Bündnis für freie Meinungsäußerung von Studischaften, in dem wir seit seiner Gründung Mitglied sind, teilt mit, dass Sie eine neue Geschäftsführerin hat: diese heißt Miriam Bürger und hat folgende Kontaktdaten: 10553 Berlin, Rostocker Str.20, Tel: 0173/7774668, 0 3 0 / 3 9 8 3 5 7 4 5 , [pm.buendnis@berlin.de](mailto:pm.buendnis@berlin.de)

4) Bischen Ärger über hohe FUI-Abos:

Die Uni Freiburg und Würzburg haben sich per Telfonanruf über die Verdoppelung des FUI-Abopreises von 10 DM auf 10 Euro gewundert. Die Sache wurde Ihnen per Telefon erklärt (2000 nur zwei Ausgaben, gestiegene Post- und Druckkosten etc.)

5) Weitere BSÖ-Veränderungen:

- Die Uni Kaiserlautern, die FH Oldenburg und die Uni Marburg haben eineN neueN Öko-ReferentIn

Allen herzlichen Glückwunsch zur Wahl und gute Wünsche für beste Zusammenarbeit.

- Der GeSte-Umzug (keine Angst: hausintern) in den großen neuen Raum in der Monbijoustr. 3 kann voraussichtlich Ende Oktober stattfinden.

Für das Nachtragsprotokoll: Oli Stoll

# 33. BÖT in Lüneburg

„... wie Schaf!“

Unter diesem Motto wird das 33. Bundesökologietreffen vom 27.11.2002 bis 1.12.2002 in Lüneburg steigen. Inmitten von Heide und Schafen (auch wenn das Klischee nicht ganz der Wirklichkeit entspricht ...) werden wir uns diversen Themen rund um den modernen und emanzipatorischen Umweltschutz annehmen. Dabei wird der Spaß natürlich auch nicht zu kurz kommen!

Nachdem letzten BÖT im tiefsten Süden (Konstanz), kommt der hohe Norden im wahrsten Sinne des Wortes zum Zuge. Was gibt es Schöneres, als sich kurz vor dem Weihnachtsstress noch einmal richtig von Sturm und Regen erfrischen zu lassen und so ganz nebenbei die Abwehrkräfte etwas zu stärken?

## Exkursionen

Wir möchten mit Euch das international anerkannte Biosphärenreservat Elbtalau entdecken und dabei den Zug von Graugänsen und Kranichen beobachten, herausfinden, was Permakultur ist, ein Blockheizkraftwerk besuchen und aus erster Hand erfahren, was auf dem Weltklimagipfel in Johannesburg passiert ist. Wenn es klappt, haben wir außerdem vor, dem Salzstock und geplanten Endlager für Atommüll in Gorleben einen Besuch abzustatten. Wer sich lieber mit "friedlicheren" Themen auseinandersetzen möchte, kann an einer Exkursion auf den Bauck – Hof, einen der ältesten Biohöfe in Deutschland, teilnehmen.

## BSÖ-Jubiläumsfeier

Neben workshops z.B. zum Thema Anti-Atom, Moderne Mobilität, Umweltschutz an Hochschulen, Vorträgen und Exkursionen, der BSÖ-Jubiläumsfeier am Samstag abend, der BSÖ-MV am Sonntag, 01.12.02 wartet ein vielfältiges Kulturprogramm auf Euch.

## Die Stadt Lüneburg

Vorgesehen ist außerdem, Euch die Stadt Lüneburg mit ihrer über tausendjährigen Geschichte näher zu bringen. Dabei wollen wir Euch neben der wirklich sehenswerten Altstadt im Stil der norddeutschen Backsteinarchitektur auch den einzigartigen Kalkberg zeigen.

Lüneburg hat ca. 70.000 Einwohner, wovon gut 10.000 Studenten der Uni bzw. Fachhochschule sind. Die Uni hat als eine der ersten eine Zertifizierung nach dem Öko – Audit – Verfahren bekommen und bietet u.a. den Studiengang Umweltwissenschaften an.

Die Stadt liegt genau zwischen der Landschaft Lüneburger Heide und dem Naturpark Elbufer - Drawehn mit seinen ausgedehnten Wäldern und Rundlingsdörfern.

Lüneburg ist per Bahn gut zu erreichen, da sich die Stadt an der Bahnlinie Hamburg – Hannover befindet. Das Hinkommen dürfte für Euch also kein Problem darstellen!

Wir hoffen auf zahlreiche Beteiligung und freuen uns auch auf DICH!

## Infos und Anmeldung

Für nähere Informationen, Anmeldung und BÖT-Saga und BSÖ-Jubiläum seht Ihr am Besten aufs aktuelle Falblatt und Poster (beides beiliegend) oder auf die Netzseite des AStA der Uni Lüneburg, Ökoreferat: <http://www.uni-lueneburg.de/asta/oeko> AStA Universität Lüneburg, Unicampus: Gebäude 9, Raum 111, 21 332 Lüneburg

Paketanschrift: Scharnhorststraße 1, 21 335 Lüneburg

Tel: 04131-781510 oder 04131-402952

Fax: 04131-402952

[asta-oeko@uni-lueneburg.de](mailto:asta-oeko@uni-lueneburg.de),

Öffnungszeiten: Mo bis Fr 10 h - 12.30 h

## 10 Jahre BSÖ e.V.

### Jubiläumsschrift, BÖT-Feier und Ausstellung zu 10 Jahren BSÖ e.V.

Auf dem 13. BÖT im November 1992 fand die Gründungsversammlung der Bundeskoordination Studentischer Ökologearbeit e.V. statt.

20. BÖTs weiter und 10 Jahre später findet Ihr aus diesem Anlass in der Anlage beiliegend eine kleine vierseitige Festschrift. Außerdem planen wir für das 33. BÖT in Lüneburg eine kleine Feier und eine kurze Ausstellung zur Geschichte der BSÖ e.V. Wir suchen noch Mithelfende für das Gelingen des 10-jährigen BSÖ-Jubiläums:

Kontakt zum Jubiläumskomitee habt Ihr bei:

Maria Deiglmayr, Römersträterstr. 4n,  
86199 Augsburg, Tel: 0821/95628,  
email: [maria.deiglmayr@gmx.de](mailto:maria.deiglmayr@gmx.de)

Weitere Mitstreiter:

Dr. Lutz Breuer,

Institute of Natural Resources Management, Heinrich-Buff-Ring 26-32, 35392 Giessen, Email: [Lutz.Breuer@agrari.uni-giessen.de](mailto:Lutz.Breuer@agrari.uni-giessen.de) und

Rolf-Werner Weber, [rww@freenet.de](mailto:rww@freenet.de),  
Schafgrube 25, 74177 Bad Friedrichshall

## Neue Internetpräsenz der BSÖ in Arbeit!

Pünktlich zum 10-jährigen BSÖ-Jubiläum wird die neue Internetpräsenz <http://www.studis.de/bsoe> (Link zum neuen Webdesign) fertig sein und auf der BSÖ-Mitgliederversammlung am 1.12.02 ab 10 Uhr an der Uni Lüneburg vorgestellt werden.

Bis dahin können ab 1.10.2002 Anregungen und Hinweise konstruktiver Natur an den Webmaster Alex Jillich unter [bsoe@fs.tum.de](mailto:bsoe@fs.tum.de) oder per Web-Formular gesendet werden!

Auf geht's zur BSÖ!

# Offizielle Einladung an alle Vereinsmitglieder zur - Mitgliederversammlung

## am 01.12.2002 um 10 Uhr in der Uni Lüneburg

**Liebe Mitglieder,**

**hiermit laden wir Euch frist- und formgerecht zu unserer jährlichen Mitgliederversammlung ein. Die BSÖ e.V. sucht dringend neue ThemensprecherInnen und Aktive! Ansonsten muss leider zum zweiten Mal über die Auflösung des Vereins nachgedacht und entschieden werden.**

Bisherige ThemensprecherInnen bitten wir dringend um Mitteilung über Ihre Tätigkeit im letzten Jahr und Überarbeitung bzw. Erstellung Ihres Themenfaltblattes sowie Neubewerbung bis spätestens 1.11.2002 an die Geschäftsstelle: [bsoe@refrat.hu-berlin.de](mailto:bsoe@refrat.hu-berlin.de).

Die MV findet im Anschluß an das 33. BundesÖkologieTreffen (BÖT) an der Universität Lüneburg statt. Den genauen Ort entnehmt Ihr bitte den Hinweisen und Aushängen auf dem BÖT.

Der Vorstand schlägt folgende Tagesordnung vor:

- TOP 1) Begrüßung und Formalia
- TOP 2) Wahl der ProtokollantIn und der Wahlkommission
- TOP 3) Beschluss über die Tagesordnung
- TOP 4) Aktuelles
- TOP 5) Aufnahme u. Ausschluss von Mitgliedern im laufenden Geschäftsjahr
- TOP 6) Bericht des Vorstandes über Arbeitsschwerpunkte und Kassenbericht
- TOP 7) Bericht der KassenprüferInnen
- TOP 8) Entlastung des auf der MV am 25.11.01 in Berlin gewählten Vorstandes
- TOP 9) Diskussion über die Auflösung des Vereins**
- TOP 10) Auflösung des Vereins BSÖ e.V. laut Satzung, § 11, mit 2/3 Mehrheit aller anwesenden Mitglieder und Wahl der gemeinnützigen Organisation, der das Vereinsvermögen übergeben werden soll.**
- TOP 11) Wahl der Vereins-LiquidatorInnen

Wenn sich die BSÖ nicht auflöst, Streichung von von TOP 10 und TOP 11 und Fortsetzung unter:

- TOP 12) Neuwahlen des Vorstandes für den Zeitraum bis Ende 2003
- TOP 13) Wahl von mindestens zwei KassenprüferInnen für den Zeitraum bis Ende 2003
- TOP 14) Wahl der ThemensprecherInnen für:  
Anti-Atom, Energie, Flussökologie, Food-Coops, Gen-/Biotechnik, Internationales, Internet, Ökologisch Bauen, Ökologische Mensa, Papier/Recycling, Tierrechte, Reformpädagogik+Umweltbildung, Verkehr/Mobilität, Wirtschaft, und Streichung bzw. Neubenennungen von Themenbereichen
- TOP 15) Alte u. neue Arbeitsschwerpunkte: MoA 2003, etc.
- TOP 16) Verschiedenes/Sonstiges: z.B. Präsentation des neuen BSÖ-Webdesigns

Bitte meldet Euch vorher an bei:

BSÖ-Geschäftsstelle, c/o RefRat HU, Unter den Linden 6, 10099 Berlin oder [bsoe@studis.de](mailto:bsoe@studis.de).

Wir bitten alle möglichen KandidatInnen um formlose schriftliche Bewerbung an den Vorstand bis spätestens Sonntag, 01.12.02, 9 Uhr.

Wir hoffen, dass durch neues Engagement eine Auflösung der BSÖ verhindert werden kann.

Mit ökologischen Grüßen

Eurer BSÖ-Vorstand

# Ratat-HUI

## „Die Spitze des Eisbergs“

**646 Nichtwähler melden sich mit ihrer Stimme zu Wort  
Für Volksabstimmung statt Parteidemokratie**

Eine neue Bewegung meldete sich erstmals bei dieser Bundestagswahl zu Wort. Die „aktiven Nichtwähler“. „Stummes Nicht-Wählen ist sinnlos“, so das Motto dieser Bewegung. 646 Nichtwähler beteiligten sich bei der vom OMNIBUS FÜR DIREKTE DEMOKRATIE gestarteten Aktion „Volksabstimmung wählen“ und schickten Ihre Wahlbenachrichtigungskarten ein.

Zu diesem Ergebnis erklären Brigitte Krenkers, Werner Küppers und Thomas Mayer vom OMNIBUS FÜR DIREKTE DEMOKRATIE:

Der OMNIBUS FÜR DIREKTE DEMOKRATIE fährt das ganze Jahr durch Deutschland und setzt sich für faire Volksabstimmungsrechte auf allen Ebenen ein, im Augenblick speziell für die Einführung der bundesweiten Volksabstimmung.

Anlässlich des Wahlkampfes für die Bundestagswahl schlug uns bei unserer täglichen Arbeit auf der Straße ein großer Überdruß der Bürgerinnen und Bürger am eigenmächtigen Treiben der Parteien und am Niveau des Wahlkampfes entgegen, auf den wir mit der Aktion „Volksabstimmung wählen“ reagiert haben.

Die aktiven Nichtwähler wollen eine reine Parteidemokratie nicht mehr mit ihrer Stimme legitimieren. Es sind engagierte Bürger, die vor Ort in Initiativen aktiv sind, oder wachsam das politische Geschehen verfolgen. Es sind Bürger, die meist bisher keine Wahl ausgelassen haben, die sich zum Schluß nur noch für „das kleinere Übel“ entschieden haben - doch jetzt auch das „kleinere Übel“ nicht mehr vor ihrem Gewissen verantworten können.

Die Wähler, die uns ihre Wahlbenachrichtigungskarte schickten, haben mit dieser Entscheidung die Schwelle zu dem souveränen „Ich bin verantwortlich“ überschritten. Viele der „aktiven Nichtwähler“ wollen so lan-

ge an einer Wahl nicht mehr teilnehmen, bis das Sachabstimmungsrecht eingeführt ist. Sie verstehen aktive Nichtwahl als eine Aktion, um aus der Verantwortungslosigkeit und dem Ohnmachtsempfinden herauszukommen. Sie wollen und können ihre Verantwortung nicht mehr delegieren und sagen „Die Parteien sind mit unserer Stimme überfordert.“

Hier zeigt sich nur die Spitze eines gewaltigen Eisberges. Wie viele haben ihre Stimme bewußt nicht oder ungültig abgegeben? Wieviele Wähler haben mit sich gerungen, ob sie auch diesmal dem „kleineren Übel“ zustimmen sollten und nach der Wahl nicht begeistert, sondern eher verkatert sind?

Die Aktion „Volksabstimmung wählen“ ist aus der Einsicht entstanden, daß WÄHLEN ohne VOLKSABSTIMMUNG nicht geht. Die jüngste Vergangenheit hat gezeigt, daß im Vertrauen abgegebene Stimmen auch als Ermächtigung gedeutet werden können. Ob Euro-Einführung, Kriegeinsatz, Öko-Steuer, Zuwanderungsgesetz immer entscheidet die Regierung im Namen des Volkes, ohne das Volk zu fragen, sogar oft gegen den erklärten Willen der Mehrheit der Bürger.

Ein Ausweg aus diesem Dilemma ist die Entwicklung direktdemokratischer Instrumente, wie es sie in der Schweiz und anderen Ländern längst gibt. Daß Deutschland im 21. Jahrhundert noch kein Stimmrecht hat, obwohl Millionen Bürger in Initiativen vor Ort und Nicht-Regierungsorganisationen tätig sind und ihren Sachverstand bewiesen haben, ist unglaublich.

Der „OMNIBUS FÜR DIREKTE DEMOKRATIE IN DEUTSCHLAND“ ist seit 15 Jahren für die Volksabstimmung unterwegs. Fast 2 Millionen Bürger und Bürgerinnen trugen sich in den von der OMNIBUS-Initiative unterstützten Landes-Volksbegehren in Bayern 1995, Hamburg 1998 und Thüringen 2000. Seit 1995 gibt es den Bürgerentscheid in Bayern, seit 1998 in Hamburg. In Bayern fanden allein in den 7 Jahren über 1000 Bürgerentscheide statt.

---

Omnibus gGmbH für Direkte Demokratie,  
Öschstr. 24, 87437 Kempten  
Tel. 0831-57 07 689, Fax 0831-58 59 202  
Email: [info@omnibus.org](mailto:info@omnibus.org), Homepage:  
<http://www.omnibus.org>

## Rio +10 boykottieren!

Ende August fand in Johannesburg die Nachfolgekonzferenz Rio+10 statt. Bereits im Vorfeld wird der 1992 in Rio initiierte Agenda21-Prozess als Erfolg gefeiert. Doch die Bilanz der vergangenen Jahre widerspricht dem. Wachsende Armut, Umweltzerstörung und die weiterhin ungerechte Verteilung von Ressourcen zeigen:

Der Rio-Prozess ist gescheitert!

Die Agenda21 erkennt, dass Globalisierung ein Prozess herrschaftsförmiger kapitalistischer Modernisierung ist. Damit blendet der Rio-Prozess gesellschaftliche Machtverhältnisse aus und stabilisiert sie. Die Auseinandersetzungen darüber können nicht kooperativ gegen die nachhaltig neoliberale Globalisierung geführt werden.

Als VertreterInnen der „Zivilgesellschaft“ packen viele NGOs ihre Traumkoffer der Nachhaltigkeit wieder aus. Was 10 Jahre nicht gefruchtet hat, wird auch in Zukunft nicht die proklamierten Ziele erreichen.

Wir fordern die NRO/NGOs dazu auf, den „Gipfel“ in Johannesburg zu boykottieren. Die Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) und viele UnterzeichnerInnen rufen daher dazu auf, die Kritik an der „nachhaltigen Globalisierung“ und an den sie veranlassenden Institutionen zu verstärken.

Kontakt und kostenlose Info-Zeitung:  
[bukohh@t-online.de](mailto:bukohh@t-online.de), Tel: 040 / 39 31 56

## JugendbildungsreferentIn

Ausschreibung:

Jugendumweltnetzwerk JANUN e.V. (unkonventioneller Jugendumweltverband für Niedersachsen für BUNDjugend, Naju, DJN, Jugendumweltbüros, freie Umweltgruppen, Einzelpersonen) sucht zum 01.12.2002 eine JugendbildungsreferentIn mit 2/3-Stelle im JANUN Landesbüro in Hannover bei Vergütung nach BAT (je nach Qualifikation bis BAT IIa) unter 30 Jahre mit Erfahrung im

Bereich Jugend, Projektplanung, Antragsstellung und Abrechnung, Arbeitskreis- und Gruppenleitung und PC-Kenntnissen u.a.  
Bewerbungsfrist: 16.10.02 (Posteingang)  
Vorstellungsgespräche: Di, 12.11. und Mi, 13.11

Schriftliche Bewerbungen an: JANUN e.V.,  
Goebenstr. 3a, 10161 Hannover,  
info@janun.de, <http://www.janun.de>

## Studie "Umweltbewusstsein in Deutschland 2002"

**Klimaschutz gilt als wichtige politische Aufgabe**

**Kernkraftwerke sind keine Lösung**

Kernkraftwerke stellen in den Augen der Bevölkerung keine Lösung dar, denn sie gelten bei der Mehrheit als erhebliche Gefahrenquelle. Unter allen Umweltrisiken, die den Befragten zur Bewertung vorgelegt wurden, rangiert der Klimawandel auf dem zweiten Platz. Lediglich von Atomkraftwerken und dem durch sie entstehenden radioaktiven Müll geht für die Bürger noch eine stärkere Bedrohung als vom Klimawandel aus. Am 3. Juli 2002 wurde im Bundesumweltministerium die neue Studie „Umweltbewusstsein in Deutschland 2002“ vorgestellt. Durchgeführt wurde die Studie von einer Forschergruppe an der Philipps-Universität Marburg (Leitung: Prof. Dr. Udo Kuckartz). Seit Anfang der 1990er Jahre werden solche Erhebungen durchgeführt, seit 1996 in einem Zwei-Jahres-Turnus. Diese Kontinuität der Studien ermöglicht die Erstellungen von Zeitreihen und erlaubt es dadurch, Trends und Entwicklungen zu erkennen. Das macht die Studien zum Umweltbewusstsein innerhalb der sozialwissenschaftlichen Umweltforschung relativ einzigartig. Über das Zentralarchiv für empirische Sozialforschung in Köln stehen die Originaldaten den Umweltforschern verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen für Sekundäranalysen zur Verfügung.

Im Januar und Februar 2002 wurden mündliche Interviews mit Bürgerinnen und Bürgern in allen Teilen Deutschlands geführt. Die Stichprobengröße beträgt n=2361. Die Datenerhebung wurde vom EMNID-Institut (Bielefeld) durchgeführt.

Copyright © 2002 Udo Kuckartz/Heiko Grunenberg, <http://www.uni-marburg.de/>

## Studentischer AK Welthandel und Ökologie

**BSÖ e.V. teilt mit:**

**Weiterer studentischer „AK Welthandel und Ökologie“ soll vom 25. - 27.10.02 in der Jugendherberge Wandlitz gegründet werden**

Auf der attac-Sommerakademie in Marburg haben sich StudentInnen von attac und BUNDjugend getroffen, die zum Thema „Welthandel & Ökologie“ arbeiten möchten. Das Gründungstreffen des AKs findet vom 25. - 27. Oktober in der Jugendherberge Wandlitz bei Berlin statt.

Ziel soll eine Einarbeitung in das Themenfeld sein, um gleich eine Kampagne zu WTO und Umwelt zu beginnen. Das soll in enger Abstimmung mit den attac-AGs „WTO“ und „Ökologie und Globalisierung“ geschehen. Themenvorschläge von attac und WEED: „Trips und Umwelt“, „Agrarabkommen der WTO“, „Umweltstandards und WTO“, „Verhältnis Umweltabkommen zu Freihandels-Richtlinien“, „GATS und Umweltschutz“? Die kumpftige Arbeitsweise des AKs soll auf dem Gründungstreffen festgelegt werden.

ak-wh-oe-subscribe@yahoooroups.de  
Für wohl notwendige Anmeldung, Fragen und Anregung: [Constantin.Vogt@bund.net](mailto:Constantin.Vogt@bund.net)

## Praktikum beim Weltsozialforum

Im Februar 2003 findet in Porto Alegre, Brasilien (Europäisches Sozialforum in Florenz vom 7.11.02) das 3. World Social Forum statt. Zum derzeit wohl wichtigsten globalisierungskritischen Ereignis (dem „Gegen-Gipfel“ zum WeltwirtschaftsForum in Davos) werden mindestens 60 000 Menschen aus aller Welt erwartet. Damit in den ca. 1000 Workshops und Foren das Thema Umwelt und Ökologie wieder eine prominente Rolle spielt, planen der BUND e.V. und der sein internationaler Dachverband „Friends of the Earth International“, FoE, eine Reihe von Veranstaltungen. Zur Vorbereitung, die der brasilianische Partner von FoE „Amigos da Terra“ übernimmt, sucht der BUND 2 PraktikantInnen mit Motivation und Kenntnis über „WTO, Corporate Accountability, Ecological Debt und Environmental Justice“

für November 02 bis Ende Februar 03  
Voraussetzung: fließend English in Schrift und Wort

Günstig: Spanisch und/oder portugiesisch (keine Voraussetzung)

Die Bewerbung in englischer Sprache mit Anschreiben und Lebenslauf bis 15. Oktober an BUND e.V.

Bundesgeschäftsstelle

Marc Engelhardt

Am Köllnischen Park 1

10179 Berlin

[marc.engelhardt@bund.net](mailto:marc.engelhardt@bund.net)

## Ökobase Umweltatlas

**Größte Europäische Umweltschutzdatenbank wird überarbeitet.**

**BSÖ e.V. mit neuem Eintrag am Start bei oekobase und UBA!**

„Ökobase Umweltatlas“ ist ein umfassendes geographisches Umweltinformationssystem für den PC. Nutzer können an x-beliebige Orte in der BRD „gehen“ und die dort vorliegenden Umweltinformationen wie Wasser- und Luftdaten, Deponien, Badewasserqualitäten, Ansprechpartner, Statistische Umweltdaten usw. abrufen.

Bis zum 30.09.02 wird die Datenbank aktualisiert und mit neuem BSÖ-Eintrag versehen. Der „Ökobase Umweltatlas“ kann als CD-Rom bestellt werden bei:

UmweltBundesamt (UBA)

Ökobase Umweltatlas (Version 5.0)

Postfach 33 00 22

14191 Berlin

Tel: +49 (0)30 8903-0

Fax: +49 (0)30 8903-2285

<http://www.umweltbundesamt.de/>

oder im Netz: <http://www.oekobase.de>

# Literatur

## Im Zeichen der Fledermaus

Hernando Calvo Ospina  
Im Zeichen der Fledermaus  
Bacardi und der geheime Krieg gegen Cuba  
PapyRossa Verlag, ISBN 3-89438-243-0  
180 Seiten, 12.90 •

Im Mai ist endlich das Buch über die Machenschaften der Bacardis erschienen, das die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V. (<http://www.brdkuba.de>) zusammen mit dem Papyrossa Verlag herausgibt.

Im Zeichen der Fledermaus, unter dem Bacardi seinen Rum bewirbt, wird seit Jahren Krieg geführt: Handelspolitisch, mit Geld und mit Waffen. Er richtet sich heute gegen Cuba, galt dem sandinistischen Nicaragua und mit Angola aber auch anderen Opfern CIA- geleiteter und –finanzierter Operationen. Hernando Calvo Ospina enthüllt, welche Rolle Angehörige der Bacardi-Dynastie sowie Vorstände und Aktionäre des Bacardi-Konzerns bei terroristischen Aktionen in Cuba, Afrika und Zentralamerika gespielt haben. Er belegt mit zahlreichen Details, wie Bacardi dafür gesorgt hat, dass Gelder der CIA die Contras in Nicaragua, die paramilitärischen Banden der UNITA in Angola und cubanische Reaktionäre erreicht haben. Und er deckt auf, wie ein Konzern mit Sitz auf den Bahamas, der also noch nicht einmal in den Vereinigten Staaten beheimatet ist, es schafft, seine Wünsche US-Gesetze werden zu lassen, die Cuba schaden und Konflikte mit Europa provozieren. Warum? Weil die USA diese Leute benötigen. Wie James Petras es in seinem Vorwort zu diesem Buch ausdrückt: „Die cubanischen Terroristen, die mit der FNCA und Bacardi in Verbindung stehen, haben eine tragende Rolle in den schmutzigen Kriegen gespielt, deren Schauplätze von Washington wegen ihrer strategischen Bedeutung ausgesucht wurden ... als verdeckte Terroristen haben (sie) in der Vergangenheit eine strategische Macht dargestellt und tun dies immer noch.“

Der Autor zeigt, wie Lobbyarbeit im Kongress und Unterstützung terroristischer Aktionen heute erfolgreich parallel laufen,

zum Nutzen Bacardis und zum Schaden Cubas. Allerdings, wenn der oberste Bacardi Chef sich Ende der 60er Jahre die Bomber noch selbst besorgt hat, mit denen er in Cuba Menschen und Ö Raffinerien in Brand setzen wollte, so stehen ihm heute andere Mittel zur Verfügung.

## Durch unsichtbare Mauern

Jutta Ditfurth: Das Letzte:  
Durch unsichtbare Mauern  
Wie wird so eine links?  
Verlag Kiepenheuer&Witsch, Köln 2002  
ISBN: 3-462-03083-3

Zum ersten und hoffentlich letzten Mal schreibt Jutta Ditfurth, die Mitbegründerin der Grünen und ÖkoLinX, engagierte Linke, Journalistin, Autorin vieler Bücher (zuletzt: Das waren die Grünen, 2000), ein autobiographisches Buch, in dem sie nach den Ursachen ihrer politischen Entwicklung fragt – ein „Bildungsroman“ ihrer Generation über Kuba-Krise 1963, Jimi Hendrix bis zur APO, von den Black Panthers bis zum Militärputsch in Chile, vom schottischen Bergarbeiterstreik bis zur Anti-AKW-Bewegung. Jutta Ditfurth wird, man kann es kaum glauben, persönlich: schreibt über ihre verarmten Adels- und Offiziersfamilien derer von Ditfurth und von Raven; plaudert aus ihrer Kindheit und Jugend in der frühen Bundesrepublik, über Internate, Adelsbälle und Burschenschaften, über Musik, Malerei und ihre Ausbildung in England und den USA. Für wen aus der politische Bewegung ist das eigentlich interessant?

Aber es soll ein Bericht sein über das Erwachen zum kritischen Denken und zum politischen Engagement.

Es bleibt zu hoffen, das Jutta zur ihren leidenschaftlichen Sachbüchern zu aktuellen Themen zurückkehrt. Getreu Juttas treuem Grundsatz: „Do not talk private!“

## Feuer in die Herzen

Jutta Ditfurth Nr. 1  
Feuer in die Herzen  
Gegen die Entwertung des Menschen  
Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1997  
ISBN: 3-89458-159-X

Vom Zusammenhang der Atom- und Genmafia und der Rekolonialisierung des Ostens und Südens.

Das Buch ist ein leidenschaftliches Plädoyer für soziale Utopien, für die Emanzipation des Menschen und die Rettung der Natur nach dem -vermeintlichen- weltweiten Sieg des Kapitalismus. Es werden leidenschaftlich Vorschläge für eine ökologische und feministische Wissenschaftskritik, für neue politische Bündnisse gegen die soziale und ökologische Zerstörung, die aus Europa kommt, entwickelt.

Hand in Hand mit dem gigantischen Ausbau der Atomenergie und der nuklearen Eroberung des Ostens breitet sich ein neuer, gentechnologischer Rassismus aus. Wir erleben den Angriff auf die letzte Ressource, die menschlichen Gene. Während die Mehrheit der Menschen außerhalb Europas bestenfalls perspektivlos überlebt, flüchten sich viele EuropäerInnen in Konsum, in rassistische und neofaschistische Ideologien oder in spiritualistische Heilslehren.

Sie entziehen sich den wachsenden sozialen Konflikten, ohne deren Lösung kein Umweltschutz möglich ist. Doch das New Age der Esoterik ist so menschenverachtend, elitär und rassistisch. Neonazis arbeiten erfolgreich an der ökologischen Modernisierung des Faschismus, dem Ökofaschismus. Während in EU-Europa Solidarität, Demokratie und soziale Emanzipation denunziert werden, sind vielfältige Formen von Repression und totale Entdemokratisierung auf dem Vormarsch. Das neue EU-Europa fällt in vor-demokratische Zeiten, hinter die Erfolge der französischen Revolution von 1789, zurück. Zum unverzichtbaren Handbuch revolutionären Basiswissens wird dieses Werk durch ein detailliertes Personen- und Sachregister.

## Neues Verzeichnis alternativer Archive erschienen

Veröffentlichungen der neuen sozialen Bewegungen und der politischen und kulturellen linken Opposition werden von staatlichen Archiven, die immer noch sehr an "amtlichen" Schriftgut orientiert sind, nicht vorrangig gesammelt. Dabei sind diese, oft nur in einer kleinen Auflage verbreiteten Materialien wichtige Quellen zum Verständnis gesellschaftlichen Wandels. Die einzigen Orte, an denen solche Materialien gesammelt werden, sind – neben einer Handvoll institutionalisierter Spezialarchive, etwa an Universitäten oder Landesbibliotheken – die Archive, die die Bewegungen selbst ausgebildet haben. Mit einem kleinen, vom *ASTA* der Universität Bremen herausgegebenen Reader liegt wieder eine Übersicht über die vielfältige Landschaft der Bewegungsarchive vor. Erstellt hat ihn Bernd Hüttner vom *Archiv der sozialen Bewegungen* in Bremen ([www.archivbremen.de](http://www.archivbremen.de)).

Im Reader werden in zwei umfangreichen inhaltlichen Beiträgen Archive sozialer Bewegungen näher vorgestellt sowie zweitens kritische Geschichtszeitschriften daraufhin untersucht, inwieweit sie zu einer Geschichtsschreibung der Linken und der sozialen Bewegungen beitragen.

Im Hauptteil sind die Adressen von insgesamt 225 Bewegungsarchiven aus dem deutschsprachigen Raum aufgeführt. Hüttner versteht unter Bewegungsarchiven vor allem selbstorganisierte und freie Archive, nimmt aber auch Mischformen und staatliche Archive auf, wenn sie den Schwerpunkt "soziale Bewegungen" haben. Der Adressenteil ist untergliedert in 18 große überregionale Archive, 37 feministische Archive, 35 Archive zu verschiedenen Thematiken von Antifaschismus über Internationalismus bis zu Kultur und die 135 weiteren Archive sozialer Bewegungen, darunter fast 50 Umweltbibliotheken.

Angegeben sind jeweils die Postadresse, Telefon/Fax sowie Internet- bzw. E-Mail-Adresse. Offensichtlich war es nicht möglich, Bestandsbeschreibungen und weitere Informationen aufzunehmen. Ein kleiner Teil mit Hinweisen zu Internetadressen (wie z.B. [www.umweltbibliotheken.de](http://www.umweltbibliotheken.de)), auf denen es aktuelle Übersichten des speziellen und unübersichtlichen Feldes der Bewegungsarchive gibt, erleichtert auch in Zukunft die Suche nach Adressen und beugt damit der

Vergänglichkeit von gedruckten Verzeichnissen in Zeiten des WWW vor. Literaturhinweise schließen die Broschüre ab.

Mit dem Reader liegt seit dem 1990 erschienenen, sehr detaillierten Verzeichnis des *ID-Archivs* Amsterdam (mit damals 278 Adressen) wieder eine gedruckte Übersicht über die vielfältige Landschaft der Bewegungsarchive vor. Sie ist, wie auch der Reader von 1990, nicht fehlerfrei, was aber vor allem den prekären Bedingungen, unter denen solche Veröffentlichungen gewöhnlich entstehen, geschuldet sein dürfte.

Oliver Winkel

Bernd Hüttner: *Archive sozialer Bewegungen*. Eine Einführung mit Adressenverzeichnis, Bremen 2002, 40 Seiten A 5, ISBN 3-935849-00-1

Für Einzelbestellungen 4,48 EUR (incl. Versand), *nur gegen Vorkasse* in Briefmarken. Rabattstaffel: 5 Exemplare 16 EUR, 10 Hefte 30 EUR, jeweils incl. Porto, Versand gegen Rechnung. Bezugsadresse:

ASTA Universität Bremen,  
Bibliotheksstraße /StudentInnenhaus,  
28359 Bremen.

## Angewandte Genetik

Angewandte Genetik  
Anti-Gentechnik-Buch  
neu erschienen im b\_books-Verlag  
rund 170 Seiten für nur 7 Euro  
Bestellungen: Fabian Kröger,  
Tel: 030/610 76 980

Das brandneue Buch behandelt die rote Gentechnik (Medizin etc.) und geht dabei auf Methoden, Weltbilder und Standorte besonders in Germania-Berlin ein. Sehr empfehlenswert:

Es werden die wirtschaftlichen und religiös-ideologischen Seiten der Gentechnik an die Oberfläche gezerrt.

Das Taschenbuch umfasst ein Kapitel zu den Mythen und Moden der Biowissenschaften, eines zur Genforschung in der Hauptstadt als paradigmatische Beispiel für die Entwicklung in der gesamten BRD, ein Kapitel zur Kommerzialisierung der Forschung und eines zur Gendiagnostik.

## BSÖ Materialien

### F..... Umwelt-Info (FUI)

Seit 1990 geben wir das HUI heraus. Viele der alten Exemplare sind noch für 5 DM zu haben, einige bereits vergriffen (fragen lohnt sich). Schwerpunkte der letzten Hefte waren:

Anti-Atom	(3/00)
Tauschringe	(4/00)
Wirtschaft / MoA	(1/01)
Gentechnik	(2/01)
Methoden für Gruppen	(1/02)
Tiermissbrauch im Studium	(2/02)
Klima	(3/02)

Die HUI's sind auch im Netz unter der BSÖ-Homepage als pdf-Datei: <http://www.studis.de/bsoe>

### Sonder HUIs

Die SonderHUIs widmen sich ausführlich einem Thema und vermitteln Hintergrundwissen und Erfahrungen in der Arbeit auf entsprechenden Gebieten.

### BÖT-Reader

Im BÖT-Reader sind die wesentlichen Inhalte der Bundesökotreffen zusammengefasst. Berichte und Ergebnisse einzelner Arbeitsgruppen, Exkursionen, Stand der Dinge in der Ökologisierung der Hochschulen und anderes wird hier aufgeführt. Die BÖT-Reader sind kostenlos.

- 20. BÖT in Hamburg
- 21. BÖT in Köln
- 23. BÖT in Münster
- 24. BÖT in Rostock
- 25. BÖT in Witzhausen
- 26. BÖT in Erlangen
- 29. BÖT in Clausthal Zellerfeld
- 30. BÖT in Augsburg

### Faltblätter

Sie dienen als Kurzinformation, die eine Einführung in das Thema, Inhalte, Vorgehensweise, wichtige Kontaktadressen, ReferentInnen und Literaturhinweise geben. Natürlich sind die Faltblätter kostenlos, einige davon gerade hochaktuell überarbeitet:

**Selbstdarstellung BSÖ e.V.**  
**Einführung von Produkten aus ökologischem Landbau in den Mensen**  
**Gentechnologie in den Mensen**  
**Papier**  
**Kaffee**  
**Energie sparen an Hochschulen**  
**Ökologisch bauen – stabil -**  
**Ökologischer Landbau**  
**Verkehrskonzepte an Hochschulen**  
**Umweltkommission / Umweltbeauftragte**  
**Energiewende jetzt!**  
**Fahrradwerkstätten an Hochschulen**  
**Autofreier Hochschultag 1998**  
**Autofreier Hochschultag 1999**

## BSÖ im Internet

Wer per e-mail alle BSÖ-Aktiven oder BSÖ-FreundInnen erreichen will oder Anregungen und Hinweise zum Internet-Angebot der BSÖ e.V. hat, wende sich bitte mit seinem Anliegen an :

Alexander Jillich unter [bsoe@fs.tum.de](mailto:bsoe@fs.tum.de),  
<http://www.studis.de/bsoe>

Ansonsten sind wir in der Geschäftsstelle erreichbar (siehe nächste Seite) oder wendet Euch direkt an eineN konkreten AnsprechpartnerIn.



Das FUI/HUI ist der Infodienst der Bundeskoordination Studentischer Ökologiearbeit. Die Mitglieder der BSÖ beziehen es 1 x im Quartal (2 x im Semester) kostenlos, alle anderen können es für 10 Euro pro Jahr abonnieren.

Einzelexemplare des Hochschul-Umwelt-Infos können gegen 2,50 Euro in Bar oder Briefmarken in der Geschäftsstelle angefordert werden. Sie befinden sich aber auch zum Runterladen ohne Graphiken größtenteils als pdf-Dateien auf unserer Internetpräsenz.

Coupon

### Ich will AbonentIn/ Mitglied werden

- Ich/Wir möchte/n der BSÖ beitreten.
- Schickt mir/uns bitte eine Beitrittserklärung.
- Ich/Wir möchte/n das HUI beziehen:
  - ein Abo für 10 Euro/Jahr
  - weitere Abos für je 10 Euro/Jahr

Name:

Straße:

PLZ/Ort:

Ort, Datum, Unterschrift:

## Impressum

FUI  
Hochschul-Umwelt-Info  
Infodienst der BSÖ

Herausgeberin: BSÖ e.V.,  
c/o RefRat HU Berlin  
Unter den Linden 6  
10099 Berlin  
Tel: 030/20931749

Redaktion: Florian, Oli B., Oli St.,  
Peer, Sigrid

Verantwortlich:

allgemein und für alle nicht gekennzeichneten Artikel:  
Florian Kubitz, Sorge 27, 38678 Claus-  
thal-Zellerfeld

Für namentlich gekennzeichnete Artikel sind die Unterzeichnenden selbst verantwortlich. Sie entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion

Auflage: 800 Exemplare

Druck: AStA-Druckerei der Uni Oldenburg, 26111 Oldenburg

Bitte einschicken an:  
BSÖ e.V., c/o RefRat HU  
Unter den Linden 6, 10099 Berlin  
Tel: 030/2093-1749, Fax: -2396  
[bsoe@studis.de](mailto:bsoe@studis.de),  
<http://www.studis.de/bsoe>

**Bankverbindungen:**  
Bundeskoordination Studentischer Ökologie-  
arbeit e.V.,  
Volksbank im Harz e.G.,  
BLZ 268 914 84, Kto-Nr.: 5308200

Bundesweiter Rechtshilfefonds der BSÖ:  
Ökobank, Niederlassung Berlin,  
BLZ 500 901 00, Kto-Nr.: 1011499

# Adressen der BSÖ auf einen Blick:

Bundeskoordination Studentischer Ökologiearbeit

Stand: Juni 2002

## AnsprechpartnerInnen und Arbeitskreise

### Anti-Atom:

Oliver Bäsener (email Administrator)  
Große Str. 33  
21075 Hamburg Harburg  
Tel.: 040/70104247  
oliver.baesener@web.de

### Energie:

Florian Kubitz (BSÖ-Vorstand)  
Sorge 27  
38678 Clausthal-Zellerfeld  
Tel: 05323/948728 oder 05323/722256  
Florian.Kubitz@tu-clausthal.de

### Flussökologie

Joris Spindler  
Thiemstr. 13  
39104 Magdeburg  
0391/7272842  
joris@luckymail.de

### Food-Coops:

Annette Hoffstiepel,  
Im Mailand 131  
44797 Bochum,  
Tel: 0234-797831

### Gentechnik/Biotechnologie:

Arne Brück  
Gerberstr. 6,  
30169 Hannover,  
Tel: 0511/7625061  
Arne.Brueck@stud.uni-hannover.de

### Internationales:

Sapi Ullrich  
moeweblerlin@yahoo.de

### Internet (Homepage):

Alex Jillich,  
Baldurstr. 79,  
80638 München,  
Tel: 089/31198254  
jillich@fs.tum.de

Andreas Bauer

Situlistr. 35  
80939 München  
abauer@fs.tum.de

### Ökologisch Bauen:

Micha Klimczak  
Niehler Gürtel 101,  
50733 Köln,  
Tel: 0221/2870440  
mic\_klimczak@yahoo.de

Holger Wolpensinger:

Ernststr. 75,  
76131 Karlsruhe,  
Tel: 0721/6238440,  
holger.wolpensinger@stud.uni-karlsruhe.de

### Ökologische Mensa:

Maria Deiglmayr (BSÖ-Vorstand)  
Römerstädterstr. 4n  
86199 Augsburg  
Tel.: 0821/95628  
maria.deiglmayr@gmx.de

Stefan Freudenberg

Weitherstr. 12  
CH - 8280 Kreuzlingen  
Tel: 0041/71/6728629  
stefan.freudenberg@uni-konstanz.de

### Papier:

Christoph Adelheim  
Hiltenspergerstr. 77  
80796 München  
Tel.: 0178/8818638

### Reformpädagogik:

Karsten Schulz,  
Oberhalb des Gerberbruches 9,  
18055 Rostock,  
Tel: 0381/4905597

### Umweltbildung:

Sigrid Oberer (BSÖ-Vorstand)  
c/o Maierhof  
Wertinger Str.  
86368 Hirblingen bei Gersthofen  
pin-wand@gmx.net

### Verkehr:

Oli Stoll (BSÖ-Vorstand),  
c/o RefRat HU Berlin,  
Unter den Linden 6  
10099 Berlin,  
Tel: 030/20932603, Fax: /20932396,  
bsoe@refrat.hu-berlin.de  
http://www.refrat.hu-berlin.de/oeko

Peer Wollnik,  
Markstr. 118, Zimmer 815  
44803 Bochum  
Tel: 0234/9380862  
bikeone@gmx.de

### Wirtschaft:

Andreas Traupe,  
Gartenstr. 40,  
76133 Karlsruhe,  
Tel: 0721/842706  
andreas.traupe@physik.uni-karlsruhe.de

### Tierrechte:

Sven Wirth  
c/o JUMP,  
Postfach 306137  
20327 Hamburg  
sven\_wirth@gmx.de

## Aktive

Nina Grönhagen  
Walburgerstr. 30,  
59494 Soest,  
Tel: 02921/769276  
nina@groenhagen.net

Iris Kunze  
von-Esmarchstr. 28  
48149 Münster  
0251- 4843894  
kunzei@uni-muenster.de

Uli Lerche  
somewhere in spain  
jungamsel@yahoo.com

Ehlert Engel (FUI-Verschickung),  
Prinzessinweg 67,  
26122 Oldenburg,  
Tel: 0441/7775455,  
ehlert.engel@mail.uni-oldenburg.de

Tobias Leußner (BSÖ-Vorstand)  
Erzstraße 22b,  
38678 Clausthal-Zellerfeld  
Tel: 05323/948033  
Tobias.Leussner@tu-clausthal.de

Alex Graf  
Severinstr. 20  
45127 Essen  
Tel: 0201/1098980  
alexander.graf@uni-essen.de

## Neue Adresse der Geschäftsstelle

BSÖ e.V.  
c/o RefRat HU Berlin,  
Unter den Linden 6  
10099 Berlin,  
Tel: 030 / 2093 1749  
Fax: -2396 oder -1743  
e-mail: bsoe@studis.de  
internet: http://studis.de/bsoe

Präsenzzeit: Freitag, 13 bis 17 Uhr  
Geste-Team: Daniel, Frigga, David, Oli, Lorenz

## Finanzen

BSÖ Finanzen  
Sorge 27  
38678 Clausthal-Zellerfeld

Ansprechpartner: Florian Kubitz und Tobias Leußner

Im nächsten FUI

# Themen Schwerpunkt

## Wald

Bringt eure Ideen auf den

Schickt eure Texte ohne Layout (nur Diskette und guten Ausdruck zum scannen, falls mal wieder Viren drauf sind!) oder per Email spätestens bis zum 31.12. an

BSÖ e.V. c/o RefRat HU  
Unter den Linden 6  
10099 Berlin

Tel: 030/20931749  
@: bsoe@studis.de